

AalenerJahrbuch

2002-04

Themenschwerpunkt:
Grundlagen und
Entwicklung des
Nationalsozialismus
in Aalen
1923 – 1934

Geschichts- und
Altertumsverein Aalen e.V.
Bearbeitet von Roland Schurig

Parole Hitler.

Grundlagen und Entwicklung des Nationalsozialismus in Aalen 1923-1934

Der Ausgangspunkt

Bei der Landtags- und Reichstagswahl im Mai 1928 konnte die NSDAP in Aalen 3% der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen. Es mag daher zunächst wenig einleuchten, dem Wahlkampf eine besondere Bedeutung für die Entwicklung des Nationalsozialismus in Aalen zuzumessen. In der Tat verdeutlichen die 173 bzw. 177 Stimmen für die „Liste 10 Nationalsozialistische Arbeiterpartei“, wie wenig die „Parole Hitler“ zu diesem Zeitpunkt bei den Wählerinnen und Wählern in Aalen verfing. Rückt man jedoch nicht nur die Außenwirkung der Propagandatätigkeit ins Blickfeld, sondern fragt auch nach der Innenwirkung, also dem Effekt, der sich aus der politischen Agitation für die 1923 gegründete NS-Ortsgruppe selbst ergab, dann werden bemerkenswerte Veränderungen erkennbar.

Die Wahl im Frühjahr 1928 war die erste, an der sich die „Braunhemden“ in der Kocherstadt aktiv beteiligten. Sehr schnell registrierten sie, dass für ihre Auftritte und die Agitation in der Öffentlichkeit die bisherigen konspirativen Sitzungen in den Hinterzimmern einiger Wirtshäuser nicht ausreichten. Programme waren zu verteilen, Redner zu werben, Versammlungsorte mussten ausgesucht und gebucht werden. Dies erforderte den Ausbau einer bislang nur ansatzweise vorhandenen Infrastruktur und Logistik. Auch wenn das nicht gleich im Wahlergebnis seinen Niederschlag fand, für die Ortsgruppe der NSDAP ergab sich aus der Koordinationsarbeit während des Wahlkampfs eine deutliche Verfestigung ihrer Struktur. Dies wiederum war eine wichtige Voraussetzung für die Fortsetzung der Propagandatätigkeit, die sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik über die gesamte Ostalb erstreckte.

*Propagandamarsch der
Aalener SA-Reserve, SA und
Motor-SA im Winter 1932 vor
Abtsgmünd.*





Bereits aus der Reichstagswahl 1924 gingen die Gegner der Republik gestärkt hervor.

Während die Kommunisten ihre Mandate von 17 auf 62 steigern konnten, erhielten die Deutschnationalen 96 statt bisher 65 Sitze. Die Mittelparteien SPD, DDP und Zentrum verfügten nicht mehr über die Zweidrittelmehrheit, um verfassungsändernde und -ergänzende Gesetze zugunsten der Republik durchzubringen.

Die Entwicklung des Nationalsozialismus in Aalen zu beleuchten, heißt also zunächst die Geschichte der Ortsgruppe zu verfolgen. Über die Dauer eines Jahrzehnts ist sie der Hauptrepräsentant der „Hitlerbewegung“ in der Kocherstadt. Erst in der sogenannten „Gleichschaltungsphase“ ab Frühjahr 1933 verlagerten sich die Verantwortlichkeiten für die NS-Aktivitäten in Aalen allmählich auf die Ebene der Kreisleitung. Nachdem der langjährige Oberbürgermeister Friedrich Schwarz im Februar 1934 gestürzt war, führte Ortsgruppenleiter Karl Barth in enger Abstimmung mit Kreisleiter Kling für zwölf Monate die Amtsgeschäfte im Aalener Rathaus. Die Einsetzung von Dr. Karl Schübel durch das Innenministerium in das Amt des Bürgermeisters markiert 1935 schließlich den Beginn eines neuen Abschnitts der Stadtgeschichte, der zusammen mit der Interimsregierung von Karl Barth unter der Überschrift „Aalen im Nationalsozialismus“ zu einem späteren Zeitpunkt beschrieben werden soll.

Um die Entwicklung des Nationalsozialismus in Aalen nachvollziehen zu können, ist auch nach Rahmenbedingungen zu fragen - nach förderlichen, ebenso wie nach hemmenden. Sicherlich spielen hier Arbeitslosigkeit und Not eine große Rolle. Wie im folgenden zu zeigen sein wird, stimmte bei der letzten freien Reichstagswahl 1932 aber lediglich ein starkes Drittel der Wählerinnen und Wähler in Aalen für die extreme Rechte. Vor diesem Hintergrund ist auch der geistige und kulturkritische Nährboden in Aalen zu skizzieren, in dem die Saat der „Hitlerei“ keimen konnte.

Schließlich dürfen die Emotionen der Menschen nicht ausgeklammert werden. Auch damals waren Gefühle wichtige Entscheidungsfaktoren. Man diskutierte leidenschaftlich über politische Ziele oder ließ sich auf den Parteiversammlungen im wahrsten Sinne des Wortes aus der Ruhe bringen. Allerdings bestand ein grundlegender Unterschied im Hinblick auf die Möglichkeiten der Meinungsbildung. Zur Zeit der Weimarer Republik wurden die Menschen in Aalen nicht rund um die Uhr halbstündlich mit Nachrichten versorgt. Statt Fernsehen oder Internet – das Radio zog erst allmählich ab Mitte der 1930er Jahre in die Haushalte ein – standen zwei Tageszeitungen zur Verfügung. Selten war jemand auf die überregionale Presse abonniert. Der Ausblick auf die Welt, den die „Kocherzeitung“ oder die „Volkszeitung“ boten, erschien ausreichend.

Man tut der Bevölkerung in Aalen gewiss nicht Unrecht, wenn man davon ausgeht, dass ihr Horizont ganz wesentlich von den beiden Blättern bestimmt wurde. Was hier über Unruhen in München, das Leben im französisch besetzten Ruhrgebiet oder die Regierungskrisen im fernen Berlin zu lesen war, fand zwar weit außerhalb des eigenen Lebensbereichs statt. Dennoch empfanden viele diese Nachrichten als „Bedrohung der eigenen Lebensumstände“ oder nahmen das Gelesene als Anlass zur Sorge und Angst – Gefühle die bei der Stimmabgabe 1928 durchaus schon eine Rolle

spielten. Auch die Vertreter der demokratischen Parteien trugen zur Verunsicherung ihrer Wähler bei. Im guten Glauben präsentierten sie sich und ihre Gruppierung allzuoft als alleinige Alternative. Oft hieß es, mit den anderen würde das „Regierungschaos“ nur noch größer. Wie im folgenden deutlich wird, konnten sich die Braunhemden keine bessere Zuarbeit wünschen.

Grundzüge des Wahlkampfs 1928

Der eingehenden Berichterstattung der Aalener Lokalzeitungen ist zu entnehmen, dass die Auseinandersetzung zwischen den Parteien in erster Linie von den akuten wirtschaftlichen Problemen des gewerblichen Mittelstandes oder der hohen Steuerbelastung bestimmt war. Beides wurde auch in der Kocherstadt allgemein beklagt. Früher oder später kam aber jede Parteiversammlung an den Punkt, an dem es um „Grundsätzliches“ ging. War das deutsche Reich tatsächlich nur noch ein „Scheinstaat ohne Souveränität und unter fremder Finanzkontrolle“, wie der Landtagsabgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei bei der Wählersammlung am 16. Mai behauptete? Oder gab die Verständigungspolitik von Außenminister Gustav Stresemann nicht doch Anlass zu der berechtigten Hoffnung, das demokratische Deutschland würde Schritt für Schritt wieder in die Familie der europäischen Staaten zurückfinden? Hierauf hatte der Wahlredner der Deutschen Volkspartei zwei Tage zuvor besonders abgehoben.

Auch zur Innenpolitik wurden ähnlich konträre Standpunkte vertreten. So sah der Reichstagsabgeordnete der SPD, Arthur Crispie, bereits eine neue Zeit anbrechen: „bestimmt von Freiheit, Friede und Glück!“ Um das Ziel jedoch vollends zu erreichen, forderte er ein „Zusammenstehen all derer, die sich zu den Ideen von Marx und Engels bekennen“. Für den national-konservativen württembergischen Staatspräsidenten Bazille, der am 7. Mai vor 800 Zuhörern im Spritzenhaussaal gesprochen hatte, war dagegen diese Vision des „sozialistischen Einheitsstaates“ eine „Wunschvorstellung der Novemberrevolution von 1918“, durch die er Württemberg in seiner Existenz bedroht sah. Offensichtlich traf der Redner den Nerv seiner Zuhörer im Spritzenhaussaal, als er unter starkem Beifall ausrief: „Der Weltkrieg, der vier Jahre lang Europa erschütterte und drei Kaiserreiche zerschmetterte, hat so gewaltige Umwälzungen in der europäischen Staatenwelt hervorgerufen, dass nicht so rasch wieder geordnete Verhältnisse eintreten und man sich unwillkürlich fragen muss: Sind diese Erschütterungen überhaupt zu Ende oder gehen wir neuen entgegen, die einen neuen Weltkrieg bedeuten?“



Wahlkampf auch für das richtige Waschmittel. Das 1918 eingeführte Frauenwahlrecht inspirierte die Werbegraphik der 1920er Jahre.

Wahlanzeige der NSDAP in
der Kocherzeitung.

Wählet Liste 10

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)

Nicht nur die Reichweite der Themen, die hier vor dem Aalener Publikum ausgebreitet wurde, ist bemerkenswert. Dies gilt auch für die Art und Weise, wie die Redner dabei vorgingen. Alle konnten mit Beispielen aufwarten, um ihre „Sicht der Dinge“ zu belegen. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage wurde mit dem fehlenden Selbstwertgefühl der Deutschen, ihrer Genussucht aber auch mit ihrer „Gottlosigkeit“ in Verbindung gebracht. Sorgfältige Analysen, die fundiert nachwiesen, dass die Vernichtung der Sparvermögen im Inflationsjahr 1923 auch noch fünf Jahre später nachwirkte, konnten im nächsten Moment ins Irrationale kippen, wenn derselbe Parteivertreter dramatisch auf den „Dolchstoß“ der Heimat verwies, durch den das noch immer kampffähige deutsche Heer 1918 angeblich der Niederlage ausgeliefert worden war.

Welchen grotesken Verlauf die Versammlungen teilweise nahmen, zeigt die Wahlversammlung der NSDAP am 26. April 1928. Im Gasthaus „Zum Rad“ sprach Rechtsanwalt Dr. Siegel, der aus der NS-Hochburg Geislingen in die Kocherstadt gekommen war, vor ca. 120 Personen. Nach der üblichen „Charakterisierung der anderen Parteien“ und seiner Generalabrechnung mit „den Zuständen in Deutschland und ihrer Ursache“ sprang ein Zuhörer auf, gab sich als Kommunist zu erkennen und äußerte seine volle Zustimmung.

Das war in der Tat eine Pressemeldung wert. Wie es in dem Bericht weiter heißt, vermisste der Anhänger der KPD allerdings die internationale Bruderliebe in den Ausführungen Siegels. „Er machte [daher] seinem gepressten Herzen in einem von brennendem Hass gegen die Gesellschaft strotzenden Gedicht Luft, das aber vom Referenten mit dem Hinweis auf die Zustände in Russland und anderen internationalen Vorkommnissen gebührend zurückgewiesen wurde.“

Die Art und Weise wie Fakten und Emotionen vermischt wurden, reichte von dieser extremen bis zu moderateren Formen. Ob deutschnational oder liberal, ob sozialdemokratisch, dem Zentrum oder dem Christlich Sozialen Volksdienst zuzurechnen – alle Parteidner wussten von „unhaltbaren Zuständen“ in der Republik zu berichten, die man dem politischen Gegner

oder dem „System“ anlasten konnte. Vorwürfe und Rechtfertigungen fielen entsprechend der politischen Couleur unterschiedlich aus. Sie hingen zu dem davon ab, ob die jeweilige Partei Regierungsverantwortung trug, ob Rücksichten auf Koalitionspartner genommen werden mussten oder ob man als Vertreter der Opposition die „ganze Wahrheit sagen“ konnte.

Der Schatten der Vergangenheit

An diese Erscheinungsformen des demokratischen Wahlkampfes hatten sich auch in Aalen noch viele Menschen nicht gewöhnt, verwechselten Meinungsvielfalt mit Geschwärigkeit oder waren schlichtweg überfordert durch die Fülle der Kritik an Staat, Politik und Gesellschaft, die bei den Versammlungen auf sie niederprasselte. Statt Optimismus war Skepsis das Ergebnis, statt Selbstvertrauen machte sich Verunsicherung breit. Der Applaus für Staatspräsident Bazille im Spritzenhaus wäre sonst wohl kaum so intensiv gewesen. Aber selbst, wenn das Publikum der Kritik distanziert gegenüberstand und daran glaubte, dass mit Hartnäckigkeit und Schritt um Schritt eine „bessere Zukunft für die Republik“ erreicht werden könnte, so teilte es mit denselben Parteirednern, die dieses Bild entwarfen, doch die Gewissheit, die „Wurzel allen Übels in Deutschland“ zu kennen: den „Schandvertrag von Versailles“. Während Schlagworte wie „Novemberverbrecher“ oder „Erfüllungspolitiker“ die Gräben zwischen den politischen Gegnern auf der linken und rechten Seite des Parteienspektrums nur vertieften, herrschte über die Bedeutung von „Versailles“ ein parteiübergreifender Konsens.

Die Wahlpropaganda der Kommunistischen Partei richtete sich auch an die Opfer der Inflation von 1923.

Nr. 113 „Sozialer Zeitung“ Samstag, den 19. Mai 1928 „Parteizeitung“ Seite 7

Arbeiter, Kleinbauern, Angestellte, Kleingewerbetreibende!

Die Bürgerblockpolitik im Reich und die Bazille-Bolz-Körner-Politik in Württemberg haben das werktätige Volk in Stadt und Land schwer belastet. Denkt daran am 20. Mai!

Arbeiter: Die bürgerlichen Parteien, ihre Regierung und die staatlichen Schlichter helfen dem Trustkapital, dem Unternehmertum im Kampf gegen höhere Löhne und den Achtsundertag.

Kleinbauern: 580.000 steuerpflichtige Kleinbauern mit einem Grundbesitz unter 5 Hektar und einem Gesamtbesitz von 1210.000 Hektar zahlen 2 Millionen landwirtschaftliche Steuer. Aber 1700 Großgrundbesitzer mit je über 1000 Hektar und einem Gesamtbesitz von 4800.000 Hektar zahlen nur 865.000 landwirtschaftliche Steuer. Ist das gerecht?

Wählt Liste 5

Kleingewerbetreibende: Die Kommunisten beantragten im Landtag, die Freilassung von 3000 Mk. Einkommen von der Gewerbesteuer. Das lehnte die bürgerliche-sozialdemokratische Einheitsfront ab.

Inflationsopfer: Die bürgerlichen Parteien versprachen Euch eine gerechte Aufwertung. Nichts haben Sie getan. Sie lehnten den kommunistischen Antrag im Reichstag ab, „volle“ Aufwertung der kleinen Sparbeträge bis zu 5000 Mk.

Denkt an die Hungerrenten, Fürstendestruktion, Bau von Panzerkreuzern, Phobusskandal, die Fememorde und andere Schändlichkeiten. Macht Schluss mit dieser Reaktion!

Schliesset Euch zusammen zu einer roten Klassenfront gegen die Diktatur des Trustkapitals, gegen Grossgrundbesitz, gegen Bürgerblock. Kämpft gegen die Koalitionspolitik und erklämpft eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Wählt am 20. Mai Kommunisten! Liste 5!

Dass dieses Reizwort in jedem Versammlungsbericht des Wahlkampfs 1928 auftaucht, macht deutlich, wie weit die Schatten der Vergangenheit noch immer reichten. Um sie für unsere Gegenwart durchschaubar zu machen, muss man zurückgehen, bis in die letzten Wochen des ersten Weltkriegs.

Der Wahlkampf des Jahres 1928 hat bereits einige der Rahmenbedingungen sichtbar werden lassen, die den Nationalsozialismus in Aalen förderten. Mit der Weltwirtschaftskrise und ihren katastrophalen Folgen sollten schon im folgenden Jahr weitere hinzukommen. In dem Jahrzehnt zwischen dem Ende des 1. Weltkrieges und dem Wahljahr wird man vor allem auf die wesentlichen Bestandteile des Nährbodens stoßen, ohne den die ideologische Saat schon zehn Jahre vor der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler in Aalen gar nicht ausgebracht werden können.

Vom Kaiserreich zur Republik

Nichts mehr zu beschönigen

*Das deutsche Oberkommando im Juni 1918 im belgischen Spa:
(v. links) Hindenburg, Kaiser Wilhelm II., Ludendorff.*



Mitte September 1918 war die Offensive der Entente-Mächte an mehreren Abschnitten der Westfront bereits seit Wochen in vollem Gang. Schon nach dem englischen Angriff bei Amiens am 8. August 1918 hatten sich die Anzeichen verdichtet, dass die Situation im Westen immer kritischer wurde. Allein an diesem Tag hatten die deutschen Truppen 27.000 Mann verloren, 12.000 von ihnen waren in alliierte Gefangenschaft gegangen¹. Eine Woche später rückten die Einheiten der Entente-Mächte, erheblich verstärkt durch die Truppen der USA, gegen die gesamte Westfront vor. Zwischen dem 12. und 16. September 1918 durchbrachen die US-amerikanischen Truppen den Frontbogen bei Verdun. Der von der Kocherzeitung abgedruckte Tagesbericht der Obersten Heeresleitung (OHL) bemerkte hierzu nur knapp: „Vor unseren neuen Stellungen entwickelten sich mehrfach heftige Infanteriegefechte“².

Kaum zwei Wochen später fiel die stark ausgebauten deutschen „Siegfried-Stellung“ am Frontabschnitt bei St. Quentin. Fast zum selben Zeitpunkt war auch in der Lokalpresse zu lesen, dass Bulgarien der Entente ein Friedensangebot unterbreitete. In den Berichten stand allerdings nichts darüber, dass Generalfeldmarschall von Hindenburg und seine „rechte Hand“, Generalquartiermeister Erich Ludendorff, erst jetzt zur Kenntnis nahmen, dass die deutschen Verbände dem massiven Druck nicht mehr lange



standhalten konnten. Wochenlang hatten sie die sichtbar heraufziehende Niederlage nicht wahrhaben wollen. Österreich und die Türkei waren bereits schwer angeschlagen. Mit dem Ausscheiden Bulgariens aus dem Bündnis der Mittelmächte verschoben sich die militärischen Kräfteverhältnisse noch deutlicher. Es war nur eine Frage der Zeit, bis England seine Truppen vom Balkan abziehen und an der Westfront einsetzen würde.

Hintergründe des Systemwechsels

Am 29. September 1918 konfrontierte Erich Ludendorff den Kronrat im deutschen Hauptquartier in Spa mit seiner Forderung, innerhalb von 24

Über das erfolgreiche
Vorrücken der alliierten
Armeen an der Westfront ab
Juli 1918 erfuhren die Leser
der beiden Aalener Zeitungen
kaum etwas.
Wenn überhaupt, spiegelte
sich die tatsächliche Lage im
knappen Tagesbericht des
Großen Hauptquartiers nur
„zwischen den Zeilen“.



Stunden auf der Grundlage der „Vierzehn Punkte“ des US-Präsidenten einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Bereits am 8. Januar 1918 hatte Woodrow Wilson gegenüber dem Kongress in Washington seine Vorstellung von einem „Frieden ohne Sieg“ erläutert und unter anderem die Demokratisierung Deutschlands als Voraussetzung für einen Friedensvertrag genannt. Ähnliches war auch vom englischen Premierminister Lloyd George zu hören gewesen. Auf beide Aussagen bezog sich der Generalquartiermeister als er Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Graf von Hertling dazu drängte, Entgegenkommen zu zeigen und die „Parlamentarisierung“ der Reichsregierung einzuleiten.

Wie die erstaunten Mitglieder des Kronrats weiter erfuhren, hatte sich Ludendorff jedoch nicht über Nacht zum Demokraten gewandelt. Ihm ging es vielmehr darum, die Verantwortung für die drohende Katastrophe an der Westfront abwälzen zu können. Nach seinem Kalkül sollten die Fraktionen von SPD, Zentrum und Forschrittspartei, die bereits im Sommer 1917 durch ihre „Friedensresolution“ auf sich aufmerksam gemacht hatten, die Rolle des Sündenbocks übernehmen. Wie er sich gegenüber seinen Generalstabsoffizieren am 1. Oktober äußerte, hatte er sie dazu ausersehen: „Die Suppe auszulöffeln, die sie uns eingebrockt haben“³.

Um sie zur Übernahme der Regierungsverantwortung zu veranlassen, sollte der schon lange von ihnen geforderte Verfassungsumbau samt Übergang zur parlamentarischen Regierungsform zugestanden werden. Als Nebeneffekt hatte Ludendorff auch einkalkuliert, damit die Monarchie zu erhalten und der zunehmenden Revolutionsgefahr in den deutschen Großstädten entgegenzuwirken.

Als die Parlamentarier am 2. Oktober die Nachricht von der bevorstehenden Niederlage erhielten, waren sie schockiert. Wie ein Zeuge festhielt, erschienen „die Abgeordneten ganz gebrochen; Ebert wurde totenblass und konnte kein Wort herausbringen; der Abgeordnete Stresemann sah aus, als ob ihm etwas zustoßen würde. Der Minister von Waldow soll den Saal mit den Worten verlassen haben: Jetzt bleibe ja nur übrig, sich eine Kugel durch den Kopf zu schießen.“⁴ Dies geschah jedoch nicht. Nach teilweise heftigen Diskussionen entschied sich auch die SPD auf Betreiben ihres Vorsitzenden Friedrich Ebert für eine Regierungsbeteiligung.

Über die obskuren Hintergründe dieses sogenannten „Systemwechsels“ erfuhr die Öffentlichkeit nichts. Am Morgen des 5. Oktober war auch in den beiden Aalener Tageszeitungen zu lesen, dass Deutschland ab sofort eine parlamentarische Demokratie sei. Zwei Tage später hieß es, die Regie-

Nach dem Vorstoß der Alliierten bei Amiens am 8. August 1918 gerieten 30.000 deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft.

rung unter dem neuen Reichskanzler Prinz Max von Baden sei mit der Bitte an den amerikanischen Präsidenten herangetreten, die „Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen“. Wie man dem Bericht über die Regierungserklärung entnehmen konnte, stand außer Frage, dass „das opfervolle, blutige Ringen“ schnellstens zu einem Ende zu bringen war. Wann „ein Abschluss des Friedens möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt“⁵, wollte die Regierung allerdings noch offen lassen.

Für London und Paris stand jedoch ein Verständigungsfrieden nicht zur Debatte. Falls es einen Waffenstillstand gab, sollte dieser den Krieg beenden und nicht nur für eine Kampfpause sorgen, um Friedensbedingungen auszuhandeln. Die Parlamentarier in Berlin gingen tatsächlich von dieser Option aus und appellierte an die deutsche Bevölkerung, „eine geschlossene Front von der Heimat bis zum Heere“ aufrecht zu erhalten. Nur so könne „der Feind klar erkennen, dass er die Wahl hat zwischen einem billigen, gerechten Frieden und der Fortsetzung des Kampfes bis zum äußersten mit allen seinen schweren Opfern.“⁶ Der „Vaterländische Frauntag“, der zwei Tage später im Aalener Löwenkeller begann, verfolgte das Ziel, auch die „Heimatfront auf diese ungewisse Zukunft vorzubereiten“.

Vaterländischer Frauitag in Aalen

7. Oktober 1918:

abends 8 Uhr: „Begrüßungskabarett“, Delan Rohrer, Delan Eisenbarth und Oberleutnant Ushöfer (Vichtbilder, U'bootfilm).

8. Oktober 1918:

vorm. 1/29 Uhr: „Kriegsursachen“, Pfarrer Kirn,
vorm. 10 Uhr: „Kriegsverlauf“, Hauptmann Hermelin,
vorm. 12¹/₂ Uhr: Gemeinschaftliches Mittagessen,
nachm. 8 Uhr: „Kriegswirtschaft“, Dr. Wohlmannstetter,
Referent im Kriegsernährungsamt
abends 8 Uhr: „Kolonialfragen“ (mit Vichtbildern),
Leutnant d. R. Schenkel.

9. Oktober 1918:

vorm 1/29 Uhr: „Die Frau im Krieg“, Pfarrer Unterholzer
und Frau Müller, Stuttgart

Sämtliche Veranstaltungen finden im Löwensaal statt. Hierzu ist außer den besonders bestellten Gemeinde-Vertreterinnen Federmann freundlichst eingeladen.

Programm der
dreitägigen Propaganda-
Veranstaltung im Löwensaal.

Der Vaterländische Frauentag in Aalen

Im Auftrag des stellvertretenden Generalkommandos XIII. (Königlich Württembergisches) Armeekorps war Hauptmann Hermelink bereits seit Februar 1917 zur „Kriegsaufklärung“ der Bevölkerung in Württemberg unterwegs. Seine Abteilung gab Broschüren und Informationsblätter heraus. Daneben wurden in den mittleren und größeren Oberamtsstädten Vortragsabende mit Lichtbildern veranstaltet, wobei ein besonderes Augenmerk darauf gelegt wurde, die Frauen mit einzubeziehen.

Auch in Aalen und seiner Umgebung hatten viele Frauen in den Betrieben und auf den Höfen die Arbeitsplätze der eingezogenen Männer übernommen. Viele von ihnen folgten der Einladung zur Tagung in den Löwenkeller. Auch die Frauen der Nachbarbezirke Ellwangen und Neresheim zeigten großes Interesse und kamen vom 7. bis zum 9. Oktober 1918 nach Aalen. Schon am Begrüßungsabend verwies Dekan Rohrer die zahlreichen Teilnehmerinnen auf die besondere Bedeutung der Frau bei der „Stärkung der Heimatfront“. Sein katholischer Amtskollege, Dekan Eisenbarth aus Wasseralfingen, referierte dagegen über die Bedeutung der Frau „im Leben überhaupt“. Der Krieg habe nicht nur „Heldensohne“, sondern auch „Heldentöchter“ hervorgerufen, die als „die Seele des ganzen Volkes in treuer Gesinnung und opferwilliger Hingabe mit den Männern an der Front gewetteifert“ hätten.

Oberleutnant Ulshöfer und der bereits erwähnte Hauptmann Hermelink

Durch die Ausgabe von Anleihen verschafften sich alle am Krieg beteiligten Regierungen Privatkapital zur Deckung der enormen Kosten. Noch im Oktober 1918 forderte die deutsche Regierung die Bevölkerung zur Zeichnung der 9. Kriegsanleihe auf. Eine Versicherung sollte die Rückerstattung des jeweiligen Betrags im Falle einer Niederlage garantieren.

Kriegs-Anleihe-Versicherungen

der Lebensversicherungs-Gesellschaft österr. Phönix, Wien werden auch für die

9. deutsche Kriegsanleihe

zu den gleichen unerreicht günstigen Bedingungen und billigen Prämienrätsätzen unter kostenfreiem Eiabschluss der Kriegsgefahr aufgelegt, die der Gesellschaft die Erhöhung ihres Versicherungsbestandes

auf 1½ Milliarden ermöglichen.

Jeder verlange im eigenen Interesse die kostenfreie und unverbindliche Einsendung des Prospektes bei der

Hauptgeschäftsstelle des Phönix für Württemberg :

Stuttgart, Schloßstr. 92, **Fernruf 4478.**

erläuterten an Hand von Lichtbildern den bisherigen Kriegsverlauf. Über seine Ursachen sprach am zweiten Tag Pfarrer Kirn aus Bronnweiler. Er machte als Hauptschuldigen England und seine Bestrebungen zur Errichtung einer Weltherrschaft aus. Der Erlebnisbericht einer Frau Müller aus der Landeshauptstadt, die über ihre Gefangensetzung in der deutschen Kolonie Togo durch die Engländer und ihrem „unfreiwilligen Aufenthalt in Amerika“ berichtete, fesselte die Zuhörerinnen am dritten Tag. Wie es mit ironischem Unterton heißt, „bekam die Versammlung den richtigen Einblick in amerikanische Verhältnisse und in die vielgepriesene Freiheit dieses Landes.“⁷

Mit großer Spannung wurde auch das Referat von Dr. Elsass über Fragen der Kriegswirtschaft aufgenommen. Wie der Redner der Versammlung eröffnete war für 1918 ein Ernteergebnis zu erwarten, das 15% über dem des Vorjahres lag. Allerdings fehlten nach wie vor 40% der „Friedensnahrungsmittel“, so dass man noch auf unabsehbare Zeit „auf das angewiesen war, was man selbst erzeugte“⁸. Auf den ca. 8 Hektar Acker- und Gartenländereien⁹, die auf Aalener Markung für den Anbau von Gemüse genutzt wurden, wuchsen zu dieser Zeit vornehmlich Weiß- sowie andere Kohlarten, gefolgt von Bohnen, Erbsen und Beeren. Lediglich auf ca. 17. Hektar der Hackfruchtfläche wurden Runkelrüben angebaut. Der Anteil der Kartoffelanbaufläche war mit 30 Hektar doppelt so hoch. Allgemein erwartete Dr. Elsass für Württemberg eine gute Ernte. Allerdings konnte er nicht in Aussicht stellen, dass die Rationierung von Butter, Mehl oder Wurst bald ein Ende haben würde.

Den Abschluss der Tagung bildete die Führung durch die Produktionshallen der Schwäbischen Hüttenwerke in Wasseralfingen. Dieser Besuch im größten Rüstungsbetrieb der Region war zugleich der Höhepunkt in der fein abgestimmten Dramaturgie des „Durchhalte-Seminars“. Zumindest an diesem Nachmittag dürfte manche Teilnehmerin bereit gewesen sein, vorbehaltlos ihren Beitrag zu leisten, damit die Verbindung zwischen „Heimat und Front“ nicht abriss. Neben dem Glauben an den Sieg bestand er in erster Linie darin, die Auswirkungen der Versorgungskrise weiterhin zu ertragen.

Angespannte Versorgungslage

Um zu verhindern, dass sich bereits vor Öffnung der Metzgerläden große Schlangen vor der Tür bildeten, hatte der Gemeinderat im Frühjahr 1917 beschlossen, die Fleischausgabe entsprechend der Nummerierung der Lebensmittelkarten vorzunehmen. Dennoch waren „fleischlose Wochen“, – auch mehrmals hintereinander – nicht zu vermeiden. Butter oder Zwie-



*Arbeiterin in der
Munitionsproduktion der
Königlichen Eisengießerei
in Wasseralfingen, 1917.*



Auch in Aalen gehörte das Anstehen vor Suppenküchen zum Alltag in den letzten Wochen des Ersten Weltkriegs.

back wurden nur an bestimmten Wochentagen und zu bestimmten Zeiten ausgegeben. Laut Aufruf vom 22. Oktober 1918 konnten die Inhaber der Bezugskartennummern 1801 bis 2000 am kommenden Tag zwischen 8 und 10 Uhr in der Turnhalle ihre Kartoffelzuteilung abholen. Eine Familie erhielt drei Zentner, der Zentner zu 6,50 Mark.¹⁰ Empfindliche Einschränkungen gab es auch bei Brennstoffen. Petroleum und Kohle waren knapp oder überhaupt nicht mehr erhältlich. Dies hatte wiederum negative Auswirkungen auf das städtische Gaswerk und die Energieversorgung der angeschlossenen Haushalte.

Wenn auch die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs unter erheblichen Einschränkungen litt: eine

Hungersnot herrschte in Aalen ebenso wenig wie in den ländlichen Nachbarbezirken. Auch der Gemeinderat hatte schon bei der Diskussion um die Errichtung einer Volksküche im Juni 1917 ein „dringendes Bedürfnis“ nicht feststellen können. Lediglich den Kindern sollte die Möglichkeit „eines kräftigen Frühstücks“ geboten werden.

Seit September 1917 wurden die Mahlzeiten zunächst von Lehrerinnen und Schülerinnen der Hauswirtschaftsschule in der Küche der Bohlenschule zubereitet und in einem Raum im Erdgeschoss gegen Bezahlung von 5 Pfennig serviert¹¹. Nach einem Protest der katholischen Schulaufsicht, die den „theoretischen Unterricht der Mädchen“ gefährdet sah, wechselten im Frühjahr 1918 die Hilfskräfte. An manchen Tagen versorgten sie bis zu 400 Kinder. Die Küche blieb auch während der Ferien geöffnet. Neben der finanziellen Entlastung der Arbeiter-Haushalte zielte diese Maßnahme vor allem darauf ab, etwas gegen die unübersehbaren Mangelerscheinungen unter der Bevölkerung zu tun.

Viele Menschen litten unter flechtenartigen Ausschlägen oder Furunkeln. Bei Kindern waren häufig Fadenwürmer oder andere Parasiten verbreitet. Die geschwächten Körper hatten den nach Mitteleuropa eingeschleppten Viren der Spanischen Influenza nicht viel entgegenzusetzen. Anfang November zeigten sich auch in Aalen erste Auswirkungen der Grippewelle. Kindergärten und Schulen mussten geschlossen werden. Bis zum Jahresende stieg die Zahl der Influenzapatienten, die im städtischen Krankenhaus behandelt werden mussten, auf 37 Personen an.¹²

Zeitung-Anzeige des
Union-(Film)Theaters am
Bahnhofplatz.

Auflösungerscheinungen

Es passt durchaus in dieses Bild der letzten Kriegswochen, dass die Fußballabteilung des MTV erstmals seit vier Jahren wieder zu einigen Spielen einlud. Auf der Suche nach Unterhaltung und Ablenkung verfolgten auch viele Menschen den Programmwechsel im Aalener Union-Kino mit Spannung. Die „Fürstin von Beranien“ versprach über Wochen eine „bislang nicht gesehene Symphonie von Liebe und Leid“. Diese tragische Geschichte aus einer anderen Welt hatte freilich oder zum Glück nichts mit den realen Schicksalsschlägen zu tun, die viele Familien zur Zeit selbst zu verkraften hatten.

Weitere Abwechslungen boten Konzerte mit Solisten aus Stuttgart. Die Vorstellungen des „Tegernseer Bauerntheaters“ oder des „Liliputanerzirkus“ im Spritzenhaussaal waren gleich für mehrere Abende ausverkauft. Das Veranstaltungsangebot konnte jedoch nicht verhindern, dass die Stimmung beim überwiegenden Teil der Bevölkerung stetig sank.

„Es liegt heute auf Heimat und Heer ein niederdrückendes Gefühl“, erklär-



te der Neresheimer Oberamtmann Schmid am 21. Oktober 1918 vor der Versammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins in Dischingen.¹³ Diese Gefühlslage würde nicht nur in vielen „Redensarten, die man früher für unmöglich gehalten hätte“, zu Tage treten. Der Verwaltungschef glaubte auch konkrete Ursachen benennen zu können: „Die Sucht, Geld zu eraffen, der Wuchergeist, Parteistreitigkeiten, sie haben den Geist geschaffen, der am Volksmark nagt.“ Dass der Redner als königlich-württembergischer Staats- und Körperschaftsbeamter alter Schule Gemeinnutz über Eigennutz stellte, konnte nicht überraschen.

Dagegen dürfte die Versammlung aufgehorcht haben, als es aus Schmid förmlich hervorbrach: „Es muss gewaltig anders werden, diesem bösen Geist ist allerorts entgegenzutreten, so darf es nicht weitergehen, wir müssen uns ja schämen vor unsren Kindern und Kindeskindern.“

Solche Worte hoben sich deutlich von den Durchhalteparolen ab, die üblicherweise auf den anderen Veranstaltungen im Raum Aalen zu hören waren.¹⁴ Zum ersten Mal sprach ein offizieller Redner in der Öffentlichkeit über sein Unbehagen an den grundlegenden Veränderungen der Zeit und forderte seine Zuhörer auf, Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Wie diese aussehen und was sie konkret bewirken sollten, darüber war er sich wohl selbst noch nicht im klaren.

Dennoch sind die Ausführungen von Oberamtmann Schmid bemerkenswert, da sie bereits eine Sichtweise auf die politischen Ereignisse erkennen lassen, die ab der Mitte der 1920er Jahre auch im Raum Aalen immer öfters anzutreffen war.

Noch aber lag der Mann, der dieses Gemenge aus Ohnmachtsgefühl gegenüber unbeeinflussbaren Entwicklungen und einer „Jetzt ist aber genug-Haltung“ für die Verwirklichung seiner politischen Ziele zu nutzen verstand, im Lazarett im pommerschen Pasewalk. Der Gefreite Adolf Hitler

Der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger und die deutsche Delegation unterzeichneten am 11. November 1918 im Eisenbahnwaggon von Marschall Foch in Compiègne bei Paris den Waffenstillstandsvertrag.



Aalener Volkszeitung

Sonder-Ausgabe. 11. 11. 18.

Der Waffenstillstand abgeschlossen.

Amsterdam, 11. November. Das Niederländische Pressebüro „Radio“ hat einen drohlosen Bericht aus Paris aufgefangen, daß der Waffenstillstand um 5 Uhr franz. Zeit unterzeichnet wurde und um 11 Uhr franz. Zeit in Kraft tritt.

noch richtete folgendes Radio-Telegramm an die Oberkommandierenden: Die Feind-
seligkeiten werden an der ganzen Front vom 11. November 11 Uhr vormittags franz. Zeit
an eingestellt werden. Die Alliierten Truppen dürfen bis ein neuer Befehl eintritt die an
diesem Tage und zu dieser Stunde erreichter Linien nicht überschreiten.

Die Aalener Volkszeitung verbreitete die Nachricht von der Unterzeichnung des Waffenstillstands noch am selben Tag durch eine Sonderausgabe.

war am 14. Oktober bei einem Gasangriff an der Westfront verwundet worden und hatte für kurze Zeit sein Augenlicht verloren.

Keine roten Fahnen

Man hat die Novemberrevolution 1918 zu Recht als eine „Hunger- und Erschöpfungsrevolte“ bezeichnet.¹⁵ Dass im Gegensatz zu den Großstädten die Lage in Aalen verhältnismäßig ruhig blieb, ist aber nicht nur ein Ergebnis der lokalen Ernährungssituation. Auch die vorbeugenden Maßnahmen von Gemeinderat und Stadtverwaltung sowie die Aufrufe und Mahnung der örtlichen Vertreter von Kirche, Parteien oder Gewerkschaf-ten, Ruhe zu bewahren, verfehlten ihre Wirkung nicht.

Bereits in seiner Versammlung vom 5. November hatte der Christliche Metallarbeiterverband vor „unverantwortlichen Agitatoren“ gewarnt, die sich die anstehende Entlassungswelle in den Rüstungsbetrieben zu Nutze machen könnten. Zwei Tage später entschärfte der Gemeinderat die Streikdrohung der städtischen Waldarbeiter, indem er ihre Teuerungszulage um 1 Mark erhöhte. Im Hinblick auf die erwartete Demobilisierung wurde eine Reihe von Notstandsarbeiten beschlossen, um den heimkehrenden Soldaten Erwerbsmöglichkeiten anbieten zu können. Mit dem Beitritt der Stadt zum „Verein Schwäbisches Bürgerheim“ setzte Oberbürgermeister Schwarz ebenfalls ein deutliches Zeichen. Die Niederlassung in Aalen, sollte die Aufgabe übernehmen, in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderatsausschuss für Kriegshilfe die heimkehrenden Soldaten mit Möbeln zu versorgen. Zusätzlich berief der Gemeinderat „4 Mitglieder



Während in Berlin und Stuttgart die Spartakuskämpfer auf die Straße gingen, war die öffentliche Ruhe und Ordnung in Aalen nicht gefährdet. Die Ankündigungen der neuen provisorischen Landesregierung (rechte Seite) wurden am Rathaus ausgehängt.

und 4 Ersatzmänner aus der Zahl der Industriellen und aus den Mitgliedern der Arbeiterorganisationen¹⁶ in seinen Ausschuss für Arbeitsvermittlung. Mit diesem Maßnahmenkatalog wurde jeglicher Bestrebung, einen revolutionären Arbeiterrat zu gründen, offensichtlich erfolgreich entgegengearbeitet.

Als SPD-Gemeinderat Simon auf der großen Versammlung des Metallarbeiterverbandes am 11. November im Gasthaus „Zum Rad“ die Maßnahmen erläuterte, traf er auf breite Zustimmung. Ausdrücklich wies er darauf hin, dass für die „Lärmszenen“, die es am Abend des 9. November 1918 in einzelnen Wirtshäusern, manchen Straßen und auf dem Bahnhof gab, keine organisierten Arbeiter verantwortlich waren. Gewerkschaften, Parteien und Verbände übernahmen in den folgenden Tagen und Wochen die Aufgabe, die Einwohnerschaft von Aalen, Wasseralfingen und Unterkochen auf die neuen staatlichen Verhältnisse einzustimmen. Zahlreiche Resolutionen wurden verabschiedet, in denen die Anwesenden versicherten, die provisorische Regierung in Stuttgart nach Kräften zu unterstützen.

Montag 10. Nov. 18 im Stile eingetragen

An das Württembergische Volk!

Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen: Die Republik ist erklärt.

Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.

Seine nächste Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeits-Ausschuss, dem sich General v. Ebbinghaus mit seinem Offizierkorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung.

Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe eine konstituierende Landes-Versammlung auf Grund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechts-Forderungen vorzubereiten.

Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen.

Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder aufzunehmen.

Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Amtter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichen Ausweis versehenen Vollzugsorgane.

Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorsorge getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat.

Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun.

Freies Versammlungs- und Vereinsrecht ist für alle Zivil- und Militärpersonen gewährleistet.

Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet.

Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Stockungen eintreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sämtlicher Erwerbschichten aufs nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbieten brüderlichen Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeiführen zu helfen.

Stuttgart, 9. November 1918.

Die provvisorische Regierung:

Vorsitz: Blos, Crispien Arbeitsministerium: Lindemann Justiz: Matthutat
Auswärtiges: Blos Finanzen: vorläufig unbeseßt Krieg: Schreiner
Inneres: Crispien Kult: Heymann

Erklärung.

Ich habe mich bereit erklärt, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuhelpfen, daß die militärische Ordnung in Stuttgart aufrecht erhalten bleibt.

9. November 1918.

Druck: Stuttgarter Zeitungsverlag.

General v. Ebbinghaus.

Umworbene Erstwählerinnen

Der Wahlkampf für die Landes- und Nationalversammlung, der Anfang Dezember 1918 einsetzte, verlieh der noch immer nicht abgeebten Versammlungswelle erneuten Schwung. Man stritt je nach politischer Ausrichtung über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands oder diskutierte über Sinn und Zweck der Trennung von Kirche und Staat. Alle Parteien bemühten sich insbesondere um die Wählerinnen, die erstmals aufgerufen waren, ihre Stimme abzugeben.

Während die Bürgerlichen in ihren Versammlungen die Zuhörerrinnen gezielt ansprachen, lud die SPD zu besonderen Frauenveranstaltungen ein. Hier wie dort eröffneten sich für die zukünftigen Wählerinnen interessante Einblicke. Um sie nicht völlig den jeweiligen Argumenten der männlichen und weiblichen Redner auszuliefern, veranstaltete der neugegründete „Evangelische Frauenbund Aalen“ seine Reihe „politischer Aufklärungsabende“. In ihrem Eröffnungsvortrag machte Frau Dr. Erhardt aus Stuttgart in erster Linie auf den „gewaltigen Einfluss“ aufmerksam, den die Frauen „künftig“ durch ihr Wahlrecht auf Verfassung Wirtschaftsverhältnisse, Gesetzgebung, Erziehungswesen, soziale Fragen und Privatrecht“ hatten. Eine „Schädigung der Weiblichkeit“ wie von einigen Gegnern des Wahlrechts behauptet wurde, konnte sie beim besten Willen nicht erkennen und mahnte dazu, das Recht auf alle Fälle auch wahrzunehmen.

In der Frauenversammlung der SPD im Löwenkeller am 30. Dezember 1918 durfte zumindest den Besucherinnen, die beide Veranstaltungen besuchten, klar geworden sein, weshalb Frau Dr. Erhardt mit ihren Vorträgen das politische Selbstbewusstsein der Frauen zu stärken versuchte. Redner Zernicke aus Stuttgart – er war für die krankheitshalber ausgefallene Anna Blos eingesprungen – warb zunächst mit dem Argument, seine Partei habe schon lange vor den anderen für das Frauenwahlrecht gekämpft. Die SPD wolle die These „Freie Bahn den Tüchtigen“ verwirklichen. Dies könnte sich allerdings nicht nur auf Männer beschränken. Denn, so Zernicke, wie der Krieg bewiesen habe, würden ja „Intelligenz, Triebkraft und Energie auch bei Frauen in ganz erheblichem Maße vorliegen“.



Fast alle Parteien bemühten sich mit besonderen Wahlkampfveranstaltungen um die Stimmen der Aalener Frauen.



Die Krisenjahre 1919-23

Enttäuschte Heimkehrer

Mancher Heimkehrer aus dem Krieg war verwundert, mit wie vielen Worten und Argumenten in seiner Heimatstadt an der Vorbereitung der „neuen Zeit“ gearbeitet wurde – und kam sich fast verloren vor. Erst auf die öffentliche Nachfrage in der Kocherzeitung: „Ist des Kriegers Heimkehr nicht auch in Aalen eine Bekränzung und Beflaggung wert?“, reagierten Stadtverwaltung und Gemeinderat, indem sie beim Bahnhof eine Ehrenpforte errichten ließen. Eine besondere Ehrung der Soldaten aus Aalen sollte erst nach Abschluss des Friedensvertrages erfolgen.

„Kränze und Girlanden aus Tannengrün“, konnten jedoch nach Meinung vieler Kriegsteilnehmer die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht lösen. „Wenn wir einen Blick in die hiesigen Betriebe werfen, so sehen wir viele Arbeiterinnen und noch blutjunge Bürodamen, die unseren heimkehrenden Kriegern die Arbeit einfach wegnehmen. Gehen wir durch die Straßen, so können wir täglich viele arbeitslose Kaufleute und Arbeiter umherlaufen

Mit Jubel wurden die heimkehrenden Frontsoldaten in Berlin begrüßt.



sehen, denen es trotz aller Bemühungen keinesfalls möglich ist, Anstellung zu bekommen. Wäre es denn nicht am Platze, wenn die Damen jetzt endlich die Büros räumen und dafür einen ordentlichen Haushalt lernen würden, anstatt unseren Feldgrauen, ja sogar unseren Kriegsinvaliden das Brot wegzunehmen.“¹⁷

Aber auch unter den Kriegsteilnehmern selbst bestand keine grundsätzliche Einigkeit. Schon Anfang Dezember hatten sich Soldaten, die 1915 oder 1917 nach ihrer Verwundung ausgemustert worden waren darüber beklagt, dass die Heimkehrer zur Entlassung 50 Mark und einen gebrauchten Anzug erhielten. Ihrer Meinung nach konnte die provisorische Regierung gerade in diesem Fall ihren „Gerechtigkeitssinn“ beweisen, denn sie erwarteten eine ähnliche Geste der Anerkennung.

Es würde den Rahmen sprengen, auf die Wünsche und Forderungen sämtlicher Gruppierungen einzugehen, die sich von November 1918 bis zum Januar 1919 in Aalen zu Wort meldeten. Erwartungsgemäß ebbte die Flut der politischen Verlautbarungen nach den Januarwahlen wieder ab. Im großen und ganzen gelang es den großen Parteien, die feinen Strömungen der öffentlichen Meinung in Aalen für sich zu kanalisieren.

Einer von vielen „Aufrufen“
aus dem Wahlkampf 1918/19,
wie sie auch in Aalen verteilt
wurden.

Wahlergebnisse

Wie im restlichen Württemberg hatte auch in Aalen die SPD mit 40,9 % der abgegebenen Stimmen eine große Mehrheit für die Landesversammlung erhalten. Das Zentrum war nur auf 23,4 % gekommen, die württembergische Bürgerpartei lag bei 8,25%. Bei der Wahl zur Nationalversammlung konnte die SPD in der Kocherstadt 43% für sich verbuchen, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei erhielten jeweils 23% der abgegebenen Stimmen. Wesentlich ausgeglichener war das Verhältnis bei der Gemeinderatswahl im Mai 1919. Auf die SPD entfielen bei 68,9 % Wahlbeteiligung 28,72% der Stimmen. Das Zentrum konnte 22,04% verbuchen. Die DDP lag bei 17,82% und der Beamtenbund bei 18,75%.

Die Legende vom unbesieгten Heer

Wenige Wochen nach den Wahlen machte die Stadtverwaltung am 2. März 1919 ihr Versprechen wahr und veranstaltete eine zentrale Heimkehrerfeier im Löwenkeller, bei der Oberbürgermeister Schwarz auch an die 437 gefallenen, vermissten und verstorbenen Soldaten aus Aalen erinnerte. Ähnlich wie Friedrich Ebert am 10. Dezember 1918 die zurückkehrenden Felddivisionen vor dem Brandenburger Tor begrüßt hatte, hieß er

die Männer in ihrer Heimatstadt willkommen. Über vier Jahre hätten sie für den Schutz des Reiches gesorgt. „Das wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes bleiben. Aber schrecklich sind wir doch zusammengebrochen, die Soldaten tragen [allerdings] keine Schuld daran.“ Das waren Friedrich Eberts Worte in abgewandelter Form. Auch der neue Reichspräsident hatte gegenüber den Soldaten festgestellt: „Kein Feind hat euch überwunden! Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand.“¹⁸ Die fatale Wirkung dieser Worte sollte sich erst noch im Laufe der folgenden Monate herausstellen. Bereits im November 1919 vertrat von Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung dezidiert die These des „im Felde unbesieгten und durch die Revolution von hinten erdolchten Heeres“. Als die Kocherzeitung im Juli 1925 ganzseitig über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses unter der Schlagzeile „die Schuld an unserem Zusammenbruch“ berichtete, war die „Dolchstoßlegende“ längst Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen. Durch Mehrheitsbeschluss hatte der Untersuchungsausschuss des Reichstags gegen das Minderheitsvotum der SPD festgestellt, „dass das Ergebnis der Untersuchung es nicht rechtfertigt, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen.“ In ihrem Bericht über den Münchner „Dolchstoßprozess“ vom 10. November 1925 musste die Kocherzeitung allerdings feststellen, dass sich die Legende soweit verfestigt hatte und die Kluft in der Nation, die sie hervorrief inzwischen unübersehbar war.

Wohnungsnot und Arbeitsbeschaffung

Als Oberbürgermeister Schwarz den neu gewählten Gemeinderat am 18. Mai 1919 zu seiner ersten Sitzung begrüßte, betonte er, dass es unmöglich sei, dem Gremium ein konkretes Arbeitsprogramm für die Wahlperiode vorzulegen. „Da wir nicht wissen, ob wir morgen Frieden haben werden



Blick auf die Häuser des Siedlungsvereins Alen e.V. auf dem Galgenberg neben den Sandgruben.

oder eine feindliche Besatzung, ist das kaum möglich.“ Wenn auch eine Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum noch nicht bestand: Probleme gab es genügend. „Die Lösung der Wohnungfrage, in Verbindung mit einer richtigen Bodenpolitik, die Sorge für Arbeitsbeschaffung, die Mitfürsorge, so wie es unsere Mittel erlauben, für Kriegsbeschädigte, für Kriegerwitwen und -waisen oder die schwierigen Aufgaben zu Linderung der Lebensmittelnot“ führte das Stadtoberhaupt an, um den Handlungsbedarf im unmittelbaren Umfeld der Kommunalpolitik zu unterstreichen.

Schon in den folgenden Monaten wurden konkrete Schritte unternommen. In der Nudelfabrik, im Postgebäude oder im Gasthaus Drei König entstanden neue städtische Wohnungen. Vom ehemaligen Gefangenenzlager Ellwangen bezogene Baracken wurden auf dem alten Turnplatz für Wohnzwecke bereitgestellt. Zügig kam auch das vom 1919 gegründeten Siedlungsverein in Angriff genommenen Wohnungsbauprojekt auf dem Galgenberg voran. Hier entstanden 2 und 3 Familienhäuser. Schon im Juni 1920 trat der Gemeinderat weiteren Baugrund an den Verein zur Errichtung von 6 weiteren Häusern mit 14 Wohnungen ab.¹⁹

Soweit es in der Macht der Stadtverwaltung stand, versuchte sie die Lebensumstände der Bevölkerung zu erleichtern. Im November 1920 wurden 3000 Zentner Kartoffeln für finanziell weniger gut gestellte Personen bestellt. Auch die Kurzarbeiter in den Aalener Industriebetrieben sollten Kartoffeln und Brennstoffe erhalten. In Zusammenarbeit mit dem deutschen Zentralkomitee für Kinderspeisung gab die wieder eröffnete Kinderküche in der Bohlenschule zwischen Dezember 1922 und September 1924 insgesamt 86.780 Portionen aus.²⁰



Das städtische Krankenhaus an der alten Heidenheimer Straße nach dem Umbau im Frühjahr 1921.

So gut es ging, versuchte die Stadtverwaltung durch die Vergabe von Notstandsarbeiten im Baubereich für Beschäftigung zu sorgen. Neben dem Ausbau des städtischen Straßennetzes, der Kanalisation oder der Kocherbegradigung wurde im August 1920 auch die Fortführung des zweiten Gleises auf dem Bahnabschnitt Mögglingen-Aalen diskutiert. Sechs Jahre später wurde es in Betrieb genommen. Bereits im Januar 1921 war dagegen der Umbau des städtischen Krankenhauses abgeschlossen.

„Es geht ums Ganze!“

Der kommunistische Spartakusaufstand in Berlin im Januar 1919 hatte zwar im Aalener Wahlkampf für die Nationalversammlung eine gewisse Beachtung gefunden, aber keine entscheidende Rolle gespielt. Dass die Unruhen im März und April wieder aufflammten und der Generalstreik in Stuttgart bis nach Esslingen, Gmünd und Göppingen ausstrahlte wurde neben den Nachrichten über die Räterepublik in München dagegen mit weit größerer Sorge wahrgenommen. Nach dem Beschluss der württembergischen Regierung sollten sogenannte „Reserve-Sicherheitskompanien“ aufgestellt werden, um auch in den Oberämtern gegen „bolschewistische Plünderungstrupps“ gewappnet zu sein. Am 28. April riefen die Vertreter der bürgerlichen Parteien in Aalen zur Gründung einer solchen Kompanie auf.²¹ Wenige Tage später folgten ihnen die „Vereinigten Gewerkschaften Aalen und Umgebung“ mit einem Aufruf an ihre Mitglieder. „Kollegen! Es geht ums Ganze! Wer die Errungenschaften des 9. November erhalten wissen will, wer nicht will, dass die alten Zustände, wie wir sie vor dem Kriege hatten, in verschärftem Maße wiederkehren, der trete ein in die Reserve-Sicherheits-Truppen. Das Gebot der Stunde heißt jetzt: Schützt unsere Freiheit und unsere Rechte!“

Es dauerte nicht lange und die Bemühungen, die Bevölkerung dazu zu bringen, dass sie für die Zukunft des jungen demokratischen Staates wenn nötig auch mit der Waffe in der Hand eintrat, erhielten einen empfindlichen Rückschlag. Die Entente-Mächte hatten den deutschen Friedensunterhändlern in Versailles ihre endgültigen Bedingungen übergeben und damit eine Welle öffentlichen Protests im Deutschen Reich ausgelöst.

Der Schock von Versailles

Dem Aufruf der württembergischen Staatsregierung zur „Verwahrung gegen diesen Gewaltfrieden“ folgten auch in Aalen über zweitausend Menschen. Sie zogen am Abend des 17. Mai 1919 ruhig und geordnet vom

(v.links) Der französische Ministerpräsident Clemenceau, der amerikanische Präsident Wilson sowie der britische Premierminister Lloyd George vor dem Schloss in Versailles, 1919.



Die neuesten Nachrichten
von den Friedensver-
handlungen in Versailles
wurden per Sondernummer
in Aalen verbreitet.



Marktplatz zum alten Turnplatz an der Jahnstraße, um ihre Enttäuschung und Unzufriedenheit über den „schändlichen Friedensvertrag“ zum Ausdruck zu bringen. Die einhellige, von starken Emotionen geleitete Ablehnung der alliierten Forderungen durch die Vertreter aller Parteien in der Stadt, blieb der stärkste Eindruck, den die Männer und Frauen von der Protestversammlung in Erinnerung behielten.

Oberbürgermeister Schwarz und Oberpräzeptor Dr. Fischer hatten als Hauptredner nichts Erfreuliches zu berichten. Dem Reich drohten empfindliche Gebietsverluste und Reparationsforderungen, nach dem Artikel 231 sollte es außerdem die alleinige Verantwortung für den Krieg übernehmen. Leidenschaftlich und eindringlich reklamierte das Stadtoberhaupt ein Lebensrecht für Deutschland.

Damit gelang ihm zum zweiten Mal an diesem Tag, was so nicht unbedingt vorhersehbar war: die Aalener ließen sich erneut aus der Reserve zu locken. Viele hatten bereits ihre gewohnten Vorbehalte gegenüber politischen Demonstrationen überwunden, indem sie dem Aufruf zur Protestversammlung gefolgt waren. Jetzt unterstützten sie mit stürmischem Applaus die Aussagen der Redner: „Deutschland durfte nicht vernichtet und das deutsche Volk nicht versklavt werden!“ Soviel politische Leidenschaft hatte man zuletzt in den bewegten Tagen des Jahres 1848 auf dem Turnplatz erleben können.

Welche polarisierende Wirkung das Reizthema „Versailles“ auf die Bevölkerung von Aalen ausübte, war indes schon nach vier Wochen zu erkennen. Am 23. Juni 1919, dem Tag als die Nationalversammlung in Weimar erwartungsgemäß die Annahme des Friedensvertrags beschloss, versammelte sich erneut eine große Menschenmenge auf dem Turnplatz.

Allerdings stand den meisten Aalenern der Sinn mehr nach Vergnügen als nach Politik. Die Stadtkapelle gab zum ersten Mal seit Kriegsende wieder ein Konzert, im Anschluss sollte zum Tanz aufgespielt werden.

Am nächsten Tag meldete sich ein anonymer Leserbriefschreiber im Namen eines nicht näher definierten Personenkreises zu Wort. Offensichtlich hatten sich die Mitglieder die Teilnahme am Konzert aus politischen Gründen versagt. „Wenn schon viele unserer Volksgenossen für die Schicksalschwere dieses Augenblicks [der Vertragsannahme] kein Verständnis haben, wenn sie zu Lust und Tanz aufgelegt sind, während wir unsere deutschen Brüder mit blutendem Herzen der Fremdherrschaft, unsere eigenen Kinder dauernder Versklavung ausliefern müssen, so sollte doch wenigstens dafür gesorgt sein, dass diesen Sorglosen und Oberflächlichen die Befriedigung ihrer Vergnügungssucht nicht gar so leicht gemacht wird. Unserem Gefühl nach hätte an einem solchen Tag, wo die furchtbare Entscheidung fallen musste, überhaupt keine öffentliche Veranstaltung stattfinden dürfen.“²²

Dass der Verfasser und der Kreis, für den er zu sprechen vorgab neben der Kritik auch andere Ziele im Auge hatte, wird im weiteren Wortlaut des Artikels deutlich. „Nur wer Leid und Not, das über uns und unser Volk kommt, von Herzen mitfühlt und ganz und gar mit Bewusstsein mitträgt, wird auch den Segen, der aus Leid und Not kommen kann, an sich erfahren.“ Indirekt war dies eine Aufforderung zum politischen Handeln. Interessant ist aber auch die Behauptung von der „reinigenden Wirkung“ des Leids. Dieser Zentralbegriff der aristotelischen Tragödie konnte nur jemandem geläufig sein, der über einen gewissen Bildungshorizont verfügte. Die Vermutung, dass der Brief aus der Feder des Oberreallehrers Dr. Reinöhl stammte, erscheint nicht allzu abwegig, denn man konnte diesen Grundgedanken mit einem etwas deutlicheren Bezug zur Politik zwei Wochen später auf einer Veranstaltung in Aalen wieder hören, die von dem Pädagogen geleitet wurde.

Zum „Schutz der Deutschen Kultur“

Als Vorsitzender der Ortsgruppe der „Schwäbischen Liga zum Schutz der deutschen Kultur“ begrüßte Dr. Reinöhl am 10. Juli 1919 den aus Berlin angereisten Referenten Dr. E. Stadler, der vor großem Publikum über das Thema „Anarchischer Zusammenbruch oder Solidarischer Wiederaufbau“ sprach. Am Ende seiner Ausführungen gab der Redner seiner Hoffnung Ausdruck, dass „das deutsche Volk als das geistig höchststehende der Zersetzung Herr wird und die seelische Kraft besitzt, die Erneuerung selbst in die Hand zu nehmen durch Realisierung des Gedankens der solidari-

Der Unteroffizier Ernst Mutschler war ab November 1917 nach Berlin an die Kaiser Wilhelm Akademie abkommandiert. Ein Jahr später erlebte er hier die Revolution und den Zusammenbruch des Kaiserreiches.



schen Arbeitsgemeinschaft und dass es dann mit dieser neuen Kultur vor die Welt treten kann.“ Dieser Zustand wäre nur zu erreichen – so der Referent, wenn die Gräben zwischen Proletariat und Unternehmertum zugeschüttet würden. Anstelle der alten Klassengegensätze sollten alle Deutschen „lebendige Glieder eines Gesamtorganismus“ werden, von „tiefem sozialem Empfinden für und gegeneinander“.

Diese Ausführungen konnte man durchaus mit den Zielen in Verbindung bringen, die von der Hauptstelle der „Schwäbischen Liga“ bereits im Frühjahr 1919 in der Süddeutschen Zeitung, dem Organ der Deutschnationalen, veröffentlicht worden waren. Hier hatte es geheißen dass neben der „Abwehr des Radikalismus (Kommunismus und Spartakismus) vor allem auf die „Versöhnung der unser Volk zersetzenden Gegensätze“ hingearbeitet werden sollte.²³

Die Aalener Ortsgruppe beschränkte sich bei diesem Auftrag keineswegs nur auf die Stadt. Bereits im November 1919 berichtete die Kocherzeitung über einen Rhetorikkurs, der vom Bezirksbeauftragten der „Schwäbischen Liga“, dem Aalener Pharmaziestudenten Ernst Mutschler, an vier Abenden durchgeführt wurde. Als „Warner vor Kommunismus und Bolschewismus“ war der neue Bezirksleiter bereits mit ausführlichen Leserbriefen in der Lokalpresse in Erscheinung getreten. Dass er sein Engagement für die „Schwäbische Liga“ auch als politische Aktivität verstand, machte er bereits am ersten Kursabend deutlich. „Der Sozialismus, der heute als Schlagwort allüberall vertreten wird, ist der Retter aus der großen Not, wenn er nicht als Parteiprogramm, sondern als Volkssozialismus, als das Ideal „Gemeinschaftlichkeit“ aufgefasst und vom ganzen Volk in die Tat umgesetzt wird.“²⁴

Ähnliche Forderungen vertrat auch die DAP in München, deren Umwandlung in die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ zu diesem Zeitpunkt bereits von Adolf Hitler massiv vorangetrieben wurde.

Der Versuch, der „Schwäbischen Liga“ in Aalen eine festere Struktur aufzubauen, scheiterte indes. Zwar hatte man auf der Mitgliederversammlung am 10. Dezember 1919 Gewerbelehrer Fach zum neuen Vorsitzenden gewählt und Alfred Böhringer zum Schriftführer bestimmt. Auch Hedwig Haas, Fabrikant Simon, Dr. Werner sowie Redakteur Oettinger hatten ihre Bereitschaft erklärt, im Vorstand mitzuarbeiten. Mit der beruflichen Veränderung des Bezirksleiters Ernst Mutschler und dem Wegzug nach Esslingen verlor der Verein bereits vier Monate später seinen Vordenker. Noch im Januar 1920 hatte die Ortsgruppe mit einer spektakulären Totengedenkfeier im Löwenkeller auf sich aufmerksam gemacht. Redakteur Oettinger beschrieb das düstere Zeremoniell in der Kocherzeitung, das dem Gedanken der „Volksgemeinschaft“ und „der Tat“ ebenso wie einer romantischen Todessehnsucht huldigte.

**Gedenkfeier der schwäbischen Liga zum Schutz deutscher Kultur
im Löwenteller in Aalen am 10. Januar.**

Aalen, 12. Jan.

„Gedenket der Toten!“ mit diesen Worten schließt die Einführung zu der Feier. Und diese Nacht lagert sich über den dichtgefüllten Saal und getragene Töne erflingen. Das Largo von Händel. Ein eigenartiger Zauber weht und als sich der Vorhang öffnet, welch weihesvolle Stimmung! Schattenhafte Umrisse eines Altars, auf dem eine Opferischale mit hochlodernden Flammen steht. Vor dem Altar Stahlhelm und Vorbeerkrone. Der Vortragende spricht: „Die Flammen lodern. Opferdüste steigen von des Altars geweihter Schale. Lasst ein Totenamt uns halten, ernst und feierlich, den Helden, die in heiligem Kampf gefallen. Steigt denn heraus mit euren Wundenmalen, ihr teuren Schatten, steigt heraus und führet den Lebenden, was ihr für sie getan!“

Wie in einem Traumgesicht erscheint die Geisterheerschar der Gefallenen, den Vorbeir um die bleiche Stirn gewunden. Ein Raunen und Rauschen und dann ein Schrei, herausgewälzt aus bumpfer Stimmenbrandung: „Lasst uns ans Licht, lasst uns die Flammen trinken, noch einmal uns an Glanz u. Tag erfreuen und Leben atmen und Gestalt gewinnen, eh' wir aufs Nein hinab in's Reich der Schatten sinken.“ Der Feuertrank zieht berauswend durch Herz und Stirn und weckt die Glut der Tatbegeisterung in den verdornten Wfern. Und all die Heldenstaten werden wieder mach: Der Siegeslauf durch Belgien und Flandern, der Vorstoß gegen Paris, die Masuren Schlachten, die riesigen Abwehrkämpfe im Westen, die stolzen Vorstöße tief, tief in den Ring der Feindesländer hinein. Und Namen klingen auf: Hindenburg, Weddigen, Bölle, Immelmann und Richthofen. Die ungezählten Unbenannten weilen noch einmal unter den Lebenden, doch der Flamme heil'ger Trank ist ausgetrunken: Zurück ihr teuren Bruderschatten in das stille Totenreich. So selig war's, den Traum des Lichts zu träumen, kommt hinab! O daß die Flammen sterben, daß Begeisterung erlischt!“ Kein Zuruf hält sie auf, doch feierlich erflingt das Gelöbnis im Namen des versammelten Volkes: „An unserer Helden Tun und Sterben, der heiligen Begeisterung Flammen zu erwerben, zu kämpfen, dulden, bis der Tag einst kommt, der allem Guten, allem Edlen kommt, dann werden ihre Sterne ewig lehn, dann, Deutschland, wirst Du nimmer untergehn. Vergiß mein Volk die teuren Toten nicht und ihre Taten, noch von Nacht umgeben, sie steigen leuchtend einst durch Dich ans Licht zu neuem Glanz und neuem Leben.“ Der Chor der Frauen tritt hinter den Altar und singt das Lied: „Vergiß mein Volk die teuren Toten nicht!“ Der Vorhang schließt sich, die Lichter flammen auf. Und das Gestern geht und das Heute tritt in sein Recht. Zur rauhen Wirklichkeit zurück! In die dunkle Nacht des Saales tönen von der hellerleuchteten Bühne die Worte, die aus der Tiefe der deutschen Vergangenheit Bild um Bild malen. In den Seiten der höchsten Not ringt die deutsche Seele sich empor zum Licht und treibt Blüte um Blüte: Walther von der Vogelweide, Meister Eckhart und Meister Erwin, Hans Sachs, Luther, Albrecht Dürer, Schiller und Goethe, Bach und Kant und Friedrich der Große. In diesen stolzen Ahnen liegt der Vater löslich Erbe — erwirb es, um es zu besitzen. Dies Goethe-Wort zeigt uns heutigen den Weg: „Werpend um das Gut der Väter, suchend das Vaterland, ringend um die eig'ne Seele, das ist der Weg, der aus der Knechtschaft führen kann. Der Vorn klassisch hoher Kunst wird uns aufgetan in Schuberts „Dank an die Trostterin Musik“, in Schumanns seeligfeierlichem Liebeslied, in Schillers dämonisch aufwührendem Eumenidenchor, der die furchtbare Macht des rächenenden Gewissens schildert. Mit Wagners „Gebet aus Lohengrin“ und Schuberts „Allmacht“ schließt in überwältigendem Auslang die erhebende Feier. Und seltsam mutet es einen heute an, daß zur selben Stunde, in der der Frieden in Kraft trat, ganz ungewollt, dies Totenamt die kommende harte Knechtszeit einleitete.



Der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp putschte am 20. März 1920 gegen die Reichsregierung.

SPD contra KPD

Wenn auch die Parteien und Gewerkschaften in Aalen kein Zeichen gegen den Friedensschluss von Versailles setzen wollten, mit seinen Auswirkungen hatten sie sich auf jeden Fall zu beschäftigen. In Folge der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags mussten die neu gegründeten Freiwilligenverbände in Württemberg schon ab 1. Oktober wieder aufgelöst werden. Ein großer Teil von ihnen ging in den sogenannten „Einwohnerwehren“ auf, die zeitgleich entstanden. Bei der gut besuchten Gründungsversammlung der „Einwohnerwehr Aalen“ im Löwenkeller am 23. Oktober 1919 widersprach der aus Stuttgart angereiste Redner Otterbach der Meinung einiger Arbeiter, dass die Truppe „zu einer Streikbrecherorganisation ausschlagen“ werde. Zur Freude der Vertreter der bürgerlichen Parteien äußerte sich der Redner auch zu den unterschiedlichen Möglichkeiten, den Begriff „Freiheit“ zu deuten. „Wer da glaube, Freiheit bedeute Zügellosigkeit, der sei in einem großen Irrtum befangen. Zucht und Sitte, Recht und Ordnung sind die Grundlagen eines jeden geordneten Staatswesens. Der personifizierte Geist des Widerspruchs, der sich allenthalben breit macht, muss bekämpft werden.“²⁵

Es ist nicht bekannt, wie viele Männer sich in die ausgelegten Listen eintrugen oder ob die geplante Gründung dieser lokalen Schutztruppe für die Republik überhaupt gelang. Als Mitte März 1920 der Ernstfall eintrat und der Alldeutsche Wolfgang Kapp und General Walter von Lüttwitz mit Hilfe der Marinebrigade Erhardt gegen die Regierung in Berlin putschten, trat eine Einwohnerwehr in Aalen nicht in Erscheinung. Dagegen rief der



Freikorpstruppen mit Hakenkreuzen auf den Stahlhelmen postierten sich in Erwartung des Putsches auf dem Potsdamer Platz.

Bezirksvorstand der Vereinigten Gewerkschaften seine Mitglieder am 15. März zur Einigkeit auf. Während des dreitägigen Generalstreiks ab dem 16. März fanden mehrere Versammlungen statt, davon die größte auf dem Marktplatz mit über 1000 Arbeitern.

Über 1500 Frauen und Männer kamen am 2. Juni 1920 in den Löwenkeller, um im Reichstagswahlkampf den Zentrumsabgeordneten und Finanzminister a.D. Matthias Erzberger zu hören. Neben aktuellen Themen wie der Konfessionsschule oder des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft, warb er dafür, sich mit dem Versailler Vertrag mangels politischer Alternativen abzufinden. „Der Waffenstillstand und die Friedensunterzeichnung mussten, da die Feinde in keine Weise Entgegenkommen zeigten, erfolgen, um einen neuen Krieg zu verhindern, der namenloses Unglück über Deutschland gebracht hätte, Zentrum und Sozialdemokratie haben die Verantwortung dafür übernommen.“²⁶ Als Basis für eine Revision der Friedensbedingungen in der Zukunft bezeichnete der ehemalige Finanzminister den Aufbau einer neuen wirtschaftlichen Ordnung und erläuterte eingehend die von ihm auf den Weg gebrachte Steuergesetzgebung. „Sie ist sozial und gerecht und die Mehrheitsparteien haben sich dadurch ein unvergängliches Denkmal gesetzt.“

Dass man diese Meinung nicht unbedingt teilen musste, bewies die vom württembergischen Gewerkschaftskartell getragene „Kampagne gegen den Steuerabzug“ im September desselben Jahres. Auf einigen Teuerungsdemonstrationen, die in Württemberg im Juni stattgefunden hatten, war die Forderung erhoben worden, den zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohn wieder aufzuheben. In den folgenden Wochen war es insbesondere die KPD, die diese Kampagne weiter betrieb. Gegen die Bedenken der SPD und selbst der USPD riefen einige Betriebsräte im Land zur Verweigerung des Steuerabzugs auf. Schließlich setzte sich der kommunistische Flügel im württembergischen Gewerkschaftsvorstand durch und es kam zum Generalstreik, an dem sich auch die Aalener Arbeiter beteiligten. Wie eine ausführliche Verlautbarung von sozialdemokratischer Seite Ende September in der Lokalpresse verdeutlicht, wurde diese Arbeitsniederlegung keineswegs von allen Arbeitern in Aalen für gut befunden. „Mindestens 75% waren gegen den Streik. Dass trotz dieses Zahlenverhältnisses der Aktionsausschuss der ganzen Einwohnerschaft Strom und Gas wegnehmen konnte, dass ferner wegen des völligen Mangels irgend eines Schutzes der Arbeitswilligen seitens der Staatsbehörden eine kleine Minderheit die Gewerbebetriebe fast unseres ganzen Bezirkes zum Stillstand bringen konnte, ist eine Erfahrung, die sehr zu denken geben muss.“²⁷ Bis zum Februar 1921 gelang es den Vertretern der SPD in Aalen, den Einfluss der äußersten Linken in der Stadt wieder zurückzudrängen.



Am 26. August 1921 wurde der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger von Anhängern der rechtsradikalen Organisation Consul bei einem Spaziergang auf dem Kniebis im Schwarzwald ermordet.

Wie polarisiert die politischen Meinungen hier zwischenzeitlich waren, verdeutlicht der an alle Parteien gerichtete Aufruf der Sozialdemokraten vom 15. Februar 1921, gegen die ultimativen Reparationsforderungen der Alliierten eine „Einheitsfront“ zu bilden. Die Bürgerlichen sollten endlich ihr Misstrauen ablegen und dem „ehrlichen Willen der Arbeiterschaft“ vertrauen, die Republik mitzutragen. Die Arbeiter links der Mehrheitssozialdemokratie wurden bestimmt auf ihre staatsbürgerlichen Pflichten hingewiesen. „Klärt eure Himmelsstürmer, die die Notwendigkeit organischer Entwicklung erkennen, auf, nehmt den Egoisten und Hetzern, die für die Rechnung der Moskauer Machthaber arbeiten, den Einfluss und wehrt Euch gegen einen verderblichen Bürgerkrieg! Unterstützt so die Arbeit derer in allen bürgerlichen Parteien, die in ihren eigenen Reihen gegen die Euch und weite Kreise des Bürgertums bedrückenden Egoisten vorgehen.“ Deutliche Worte waren das: gegen den Extremismus auf beiden Flügeln des politischen Spektrums und für die Überwindung des Misstrauens, mit dem sich die unterschiedlichen Blöcke auch in Aalen begegneten.

Attentate und Streiks

Dass sich Bürgerliche und Sozialdemokraten in der Ablehnung politischer Extreme durchaus treffen konnten, belegen die beiden zentralen Veranstaltungen, die wenige Tage nach der Ermordung Matthias Erzbergers auf dem Marktplatz und im Löwenkeller stattfanden. Schockiert und mit großer Bestürzung hatten die republiktreuen Kreise in Aalen den Tod des Reichstagsabgeordneten am 26. August 1921 zur Kenntnis nehmen müssen. Während die Redner der SPD mit deutlichen Worten den politischen

Am 15. Januar 1919
wurden Rosa Luxemburg
(rechts) und Karl Liebknecht
(Mitte) in Berlin verhaftet
und von Freikorpssoldaten
erschossen.



Mord im allgemeinen verurteilten und die „schärfste Bekämpfung der Reaktion forderten“, protestierte der Bezirksvorsitzende des Zentrums, Rechtsanwalt Storz aus Aalen, gegen die allgemeine „Politik der Volksvergiftung“.²⁸

Er hätte keinen treffenderen Begriff wählen können, um die Entwicklung des politischen Klimas in den nächsten Monaten zu beschreiben. Fatalerweise trugen auch die staatstragenden Parteien durch ihr Verhalten oder besser gesagt durch Unterlassung zu einer Verschlechterung bei. Während der 1919 ermordeten USPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1922 in Aalen nur von kommunistischer Seite gedacht wurde, schien das tödliche Attentat auf den Reichsaussenminister Walter Rathenau im Juni desselben Jahres wiederum nur die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten zu interessieren. Der wochenlange Streik im April und Mai 1922 hatte nicht nur deutlich gemacht, dass die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften die Entscheidungen ihrer Kollegen der Metallarbeitergewerkschaft unbedingt mittrugen. Auch die Öffentlichkeit, die wieder einmal die Auswirkungen des Arbeitskampfes zu tragen hatte, war sich nicht darüber im klaren, um was es eigentlich ging. Am 13. Mai forderte ein Leser der Kocherzeitung: „Darum ihr Arbeitgeber und Arbeiter des Bezirks Aalen: gebt Eure Kriegsziele bekannt! Opfer sind genug gebracht. Noch kann es einen für beide Teile ehrenvollen Frieden geben. Die Sympathie Eurer Mitbürger wird auf Seite dessen sein, der zuerst die Hand zum Frieden bietet.“ Dass man schließlich der ständigen Aufmärsche und Proteste auch müde wurde, dokumentieren die geringe Beteiligung an den Demonstrationen im Vorfeld der Verabschiedung des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik sowie die leeren Stuhlreihen im Spritzenhaussal bei der „behördlich angeordneten Verfassungsfeier“. Viele der Anwesenden dürften dem Redner, Ratschreiber Wahl, beigefüllt haben, als dieser in großer Offenheit feststellte: „Eine seelische und geistige Zerissenheit geht durch unser Volk. Die bange Frage taucht tief in den Herzen der führenden Männer auf, ob wir überhaupt in Deutschland die Kraft besitzen, der kommenden Dinge Herr zu werden. Das Gespenst des Chaos steht drohend vor uns.“²⁹

Hilfe für die Ruhr

Mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen am 11. Januar 1923 wurde dieser Eindruck noch verstärkt. Drei Tage später wehten in ganz Aalen die Fahnen auf Halbmast. Dreimal trugen die Glocken der Stadtkirche den „Schmerz der Bevölkerung hinaus in die Lande“. Die offizielle Trauerkundgebung, die am Sonntag nach dem Gottesdienst um 11



Am 24. Juni 1922 wurde der DDP-Politiker und Reichsaussenminister Walter Rathenau Opfer eines Attentats der Organisation Consul.

Sammelaufur zur finanziellen
Unterstützung der
Bevölkerung im besetzten
Ruhrgebiet.





*Besetzung des Ruhrgebiets:
Eine französische
Fahrradbrigade fährt im Januar
1923 in Essen ein.*

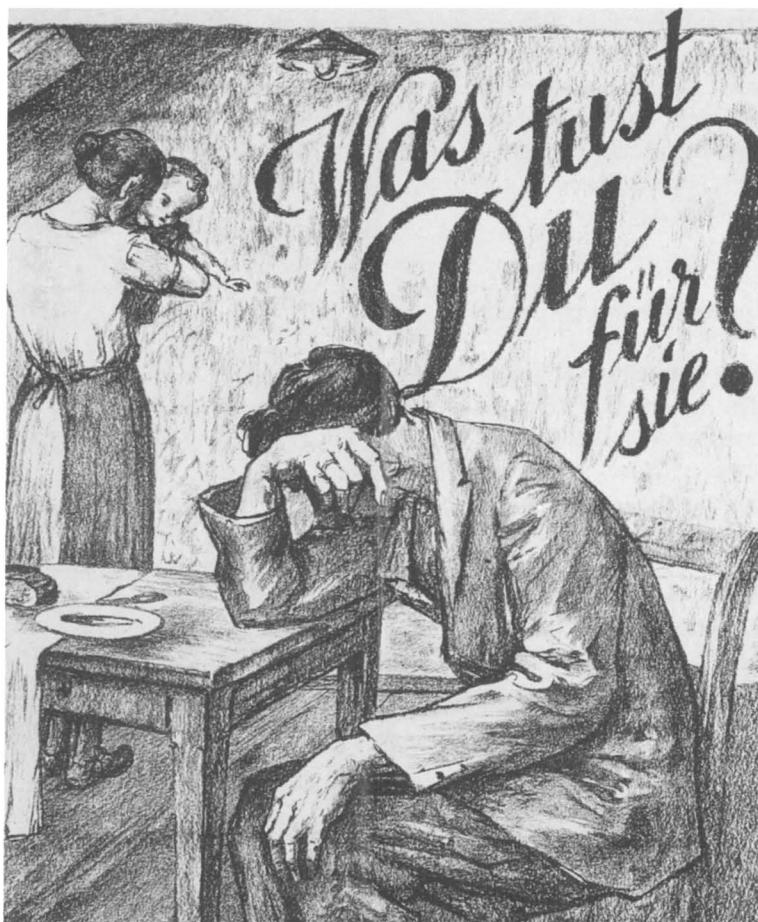
Uhr auf dem Marktplatz begann, wurde von Tausenden besucht. In seiner Ansprache verwies Oberbürgermeister Schwarz darauf, dass „dieser Völkerrechtsbruch, voll brutalster Gewalt, begangen an einem wehrlosen Volke, in der Geschichte kaum seinesgleichen finden könne.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede lehnte sich das Stadtoberhaupt an die Ausführungen des Abgeordneten der DDP, Dr. Theodor Heuß, an, der am Abend vor der Ruhrbesetzung in Aalen die Politik des Kabinetts Kuno erläutert hatte. Er hatte Deutschland mit einem Haus verglichen, das jeder anzünden könne. Statt auf wirtschaftspolitische Feinheiten einzugehen, komprimierte der Oberbürgermeister in seiner Ansprache den emotionalen Gehalt der Heußschen Rede zu einem politischen Appell, den alle seine Zuhörer aufnehmen und verstehen konnten. „Wir haben draußen in der Welt keine Freunde. Wir müssen uns aufraffen, wenn der Feind die Brandfackel an unser Haus legt, alle Zwietracht und allen Bruderzwist begraben und vergessen. Jedes deutsche Herz muss das Gelöbnis erneuern, mitzuhelfen, eine innere geschlossene Einheit zu bilden und treu und fest zusammenzustehen. Unseren bedrängten Brüdern im Westen bringen wir das tiefste Mitleid entgegen.“

Bereits am nächsten Tag war das Ergebnis des Appells zu sehen. Erste Gelder aus Aalen und den umliegenden Ortschaften wurden in die „Ruhrhilfe“ eingezahlt. Anfang Mai wurden trotz Inflation und Nahrungsmittelengpässen die ersten 180 „Ruhrkinder“ in Aalen aufgenommen. Sie stammten aus Arbeiterfamilien in Buer, Westfalen und waren zuvor auf dem Heuberg untergebracht gewesen. Hundert von ihnen sollten im Oberamt Aalen, die restlichen 80 im Oberamt Neresheim unterkommen. Am 18. Juni folgte ein neuer Transport mit weiteren 127 Kindern. Auch sie sollten sich ein Vierteljahr auf der Ostalb erholen können. Menschen, die aus politischen Gründen das Ruhrgebiet verlassen mussten, wurden ebenfalls in Aalen aufgenommen.

Galoppierende Inflation

Was anfänglich wie ein Erfolg kommunaler Bau- und Beschäftigungspolitik ausgesehen hatte, sorgte auf dem lokalen Arbeitsmarkt nur bedingt für eine Entlastung. Seit dem Frühjahr 1923 verschlechterte sich die Auftragslage in den Industriebetrieben ständig. Entlassungen, Geldentwertung und Teuerung machten alle Hoffnungen auf eine baldige Besserung zu Nichte. Am 9. August 1923 hatte die Inflation ein solches Ausmaß erreicht, dass sich der Gemeinderat gezwungen sah, die Ausgabe von Notgeldscheinen zu beschließen. Die in astronomische Höhen gestiegenen Preise ließen sich mit den herkömmlichen Zahlungsmitteln nicht mehr begleichen. Bereits Ende September mussten weitere 29 Milliarden in 5 und 10 Millionen-



Spendenauftrag zur
Unterstützung von
Inflationsopfern.



Die Gedenkmedaillen erinnern an die dramatische Geldentwertung während der Inflation. Nach Ausgabe der neuen Rentenmark am 15.11. 1923 entsprachen 1 Goldmark. Einige Wochen lang konnte auch noch mit Papiermark bezahlt werden.

Scheinen ausgegeben werden. In der Sitzung vom 18. Oktober 1923 wurden Stimmen laut, die forderten, man sollte die Landwirte dazu zwingen, ihre Kartoffeln nicht mehr nur gegen Goldmark abzugeben. Dem Aalener Konsumverein lag zu diesem Zeitpunkt ein Angebot für Mehl vor, das nur mit Auslandsdevisen oder Dollarschatz-Anweisungen erworben werden konnte. Da man über solche Mittel nicht verfügte, konnte es nicht angenommen werden. Die Äußerung eines Gemeinderats, „die Hungersnot zeuge den Bürgerkrieg, Mord und Totschlag“, stieß auf allgemeine Zustimmung im Gremium. Was blieb anderes übrig, als den bereits eingeschlagenen Weg weiterzugehen: die Finanzierung der Lebensmittelkäufe sowie der Notstandarbeiten war nur über die Notenpresse zu finanzieren. Bis zum November stieg die Ausgabe der sogenannten Stadtgeldscheine auf die unvorstellbare Summe von 141.000 Billionen. Wenn auch Oberbürgermeister Schwarz diesen Weg nur mit „schlechtem Gewissen“ ging, er war das kleinere Übel und letztlich auch ein wesentlicher Grund dafür, dass die befürchteten bürgerkriegsähnlichen Zustände in Aalen nicht eintraten. Von einem Pulverfass zu sprechen, wäre freilich übertrieben. Dennoch fehlte es nicht an politischen Themen, die auf zahlreichen Versammlungen heftig diskutiert wurden und für Unruhe unter der Bevölkerung sorgten.

Dr. Kurt Schuhmacher warnt

Dass über diesen Hilfsmaßnahmen und den eigenen Bemühungen, mit den Auswirkungen der galoppierenden Inflation fertig zu werden, das Interesse an der Politik in Aalen nicht in den Hintergrund geriet, belegt der starke Besuch einer SPD-Veranstaltung am 27. Juni 1923 im Spritzenhaussaal. Dabei ging es nicht nur um den richtigen Weg, die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme zu lösen. Der Redner, Dr. Schuhmacher aus Stuttgart, machte sein Publikum, unter dem sich auch zahlreiche Vertreter anderer demokratischer Parteien befanden, mit einer neuen Erscheinung in der deutschen Parteienlandschaft bekannt: der NSDAP. „Der alldeutschen Sinnesart entsprungen sucht und findet diese Partei ihre Mitglieder in den früheren monarchistischen und Offizierskreisen, bei den Kleinhandels- und Gewerbetreibenden, den Schichten des unteren Mittelstandes, den Kapitalrentnern, beim Unternehmertum. Aber auch bei der arbeitenden Bevölkerung. [...] Die Nationalsozialisten sind in der Bekämpfung des Judentums Rassenpolitiker, sie setzen die Herrschaft einer Klasse über den Staat“.

Mit Interesse vernahmen die Zuhörer die Warnungen Schuhmachers, dass sich das Programm der Nationalsozialisten durch seine „Programm-

losigkeit“ auszeichnen würde. Wie allerdings die Vertreter der anderen Parteien die Mahnungen des Redners aufnahmen, die SPD müsse auf der Hut sein, „wolle sie sich nicht die Früchte ihres jahrzehntelangen Strebens entreißen lassen“, ist nicht überliefert.

Für den Sozialdemokraten war es ebenso selbstverständlich, dass das Hauptziel des Nationalsozialismus, Deutschland vom Versailler Vertrag zu befreien, ohne die Arbeiter gar nicht erfolgen könne. Lapidar stellte der Berichterstatter in der Kocherzeitung fest, das die „gegnerische Seite“, also die Vertreter der anderen Parteien, nach dem Referat von ihrem Fragerrecht keinen Gebrauch machten.

Als am 10. November 1923 die Zeitungen über den gescheiterten Hitler-Putsch in München berichteten, dürfte sich mancher Zuhörer an diese Veranstaltungen erinnert haben. Möglicherweise war ihm auch bekannt, dass seit September 1923 in Aalen eine Ortsgruppe der NSDSAP bestand.

Die Ortsgruppe der NSDAP Aalen 1923-1928

Der erste Versuch, im Mai 1923 Aalen für die „Hitler-Bewegung“ zu gewinnen, scheiterte. Sicherlich verfolgten viele Leser der Kocherzeitung in diesem Monat die ausführlichen Berichte über den Freikorpskämpfer Leo Schlageter, der von einem französischen Militärgericht wegen seiner Beteiligung an Sabotageakten während der Ruhrbesetzung zum Tode verurteilt worden war. Das Kalkül der Stuttgarter NSDAP, die nationalen Gefühlsaufwallungen im Land unmittelbar nach seiner Hinrichtung am 26. Mai parteipolitisch zu nutzen, ging jedoch in der Kocherstadt nicht auf. Wie viele Personen sich für den Vortrag von Pg. Stetter im Gasthaus zum „Roten Ochsen“ interessierten, ist nicht bekannt. Nach der von Karl Mutschler im Jahr 1935 veröffentlichten Chronik über die „Hitlerbewegung im Kreis Aalen“, füllten lediglich vier Männer nach dem Referat einen Aufnahmeantrag aus. Über ein Vierteljahr wurden der pensionierte Oberamtspfleger Johann Uhlmann, der aus Augsburg stammende und bei der Schuhwickselfabrik „Union“ angestellte Kaufmann Hans Ebert, der Diplomingenieur und Gewerbelehrer Wilhelm Fischer sowie der Hauptlehrer Emil Ost als Mitglieder der Ortsgruppe Stuttgart geführt.

Von diesem „organisatorischen Zentrum der NS-Bewegung für den Südwesten“ ging im September 1923 eine weitere Initiative aus, auch in Aalen Fuß zu fassen. Dieses Mal kam der neue Vorsitzende der Stuttgarter Ortsgruppe, Dr. Bodo Kaltenboeck, gleich selbst an den Kocher, um hier die Weichen zu stellen. Nach seinem Vortrag sollen sich zwischen 60 und 80 begeisterte Zuhörerrinnen und Zuhörer als neue Parteimitglieder eingeschrieben haben. Wenn auch diese Angaben nicht überprüfbar sind, so

Mit dem „Deutschen Tag“ feierten die vaterländischen Verbände 1923 in Nürnberg die Erinnerung an den Sieg bei Sedan im deutsch-französischen Krieg 1870/71. Unter den Teilnehmern war auch Adolf Hitler.





Der 1. Leiter der NSDAP-Ortsgruppe, Hans Ebert.

bleibt zumindest festzustellen, dass die Zahl für die Gründung einer eigenständigen Ortsgruppe ausreichte.

Der 44 Jahre alte Kaufmann Hans Ebert wurde erster Ortsgruppenleiter. Die Führung der örtlichen Sturmabteilung, zu diesem Zeitpunkt noch als „Wander- und Sportabteilung“ bezeichnet, übernahm der 23jährige Ingenieur Alfred Böhringer, der sich bereits in der „Schwäbischen Liga“ engagiert hatte. Sprechabende, Geländeübungen sowie eine gemeinsame Sonnwendfeier mit der Ortsgruppe Schwäbisch Gmünd auf dem Rosenstein bei Heubach zählten zu den ersten Aktivitäten. Offenbar wusste man aber auch in Aalen von den intensiven Vorbereitungen für den von Hitler geplanten Staatsstreich am 9. November 1923.

Wie Mutschler berichtet, wartete am Vorabend des Putsches in München „eine Anzahl von Pgg. in dem Hause von Fräulein Sachs in der Bahnhofstraße auf den Marschbefehl. Da die bayerische Grenze aber gesperrt worden war, ist dieser Befehl, der über Nördlingen erwartet wurde, nicht angekommen“.

Verbot und Richtungsstreitigkeiten

Nach dem Verbot der NSDAP durch die Staatsregierung am 23. November 1923 tarnte sich die Ortsgruppe als Verein. Die Leitung übernahm zunächst der 29jährige Chef der örtlichen Industrie- und Landwirtschaftsbank Paul Essich. Der spätere Gaugeschäftsführer der NSDAP war bald darauf auch auf Bezirksebene tätig. Nachdem ein Teil der Aalener Gruppe mit den sogenannten „vaterländischen Verbänden“ liebäugelte, konnte über kurz oder lang ein „Richtungsstreit“ nicht ausbleiben. Essich war strikt gegen

SA-Männer mit der kaiserlichen Reichskriegsflagge kurz vor dem Hitler-Putsch am 9. November 1923.



jegliche Annäherung an eine „mittlere Linie“, wie sie der Lorcher Schriftsteller Karl Rohm vertrat, der die Völkischen in Württemberg unter dem Decknamen „Volk und Recht“ zu sammeln versuchte. Mit Hilfe der Landesleitung der NSDAP, die jetzt unter den Tarnnamen „Völkisch Sozialer Block“ bzw. „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ agierte, hielt Essich seine Männer auf Hitler-Kurs.

Am 9. April 1924 kam auf seine Einladung hin der Gymnasialprofessor aus Schwäbisch Hall, Pg. Dr. Mergenthaler, auf seiner Wahlkampftour für den Landtag nach Aalen. Vor einem großen Publikum erläuterte er im Spritzenhaussaal die Ziele der NSFB, wobei er besonderen Wert auf die Abgrenzung von den übrigen Rechtsparteien legte. Obwohl während des Vortrags „vielfach Protestrufe laut geworden waren, die verschiedene Male zu erregten Auseinandersetzungen im Publikum führten“³⁰, nahm niemand die Aufforderung zur abschließenden Diskussion wahr.



Reichstagswahl 1924

Dass auch vier Wochen später das rechte Wählerpotential in Aalen keinerlei Geschlossenheit aufwies, verdeutlicht das Ergebnis der Landtags- und Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924. Der „Völkisch-Soziale-Block“, das Wahlbündnis von NSDAP, Deutscher Arbeiterpartei und deutschvölkischer Freiheitspartei, erzielte ein Ergebnis von 6,7% bzw. 6,9%. Dagegen erhielt der „Vaterländisch-Völkische Rechtsblock“, das Bündnis von Deutsch-nationaler Volkspartei, Württembergischer Bürgerpartei und Vereinigten Vaterländischen Verbänden, 6,9% der Stimmen für den Landtag und 7,8% der Stimmen für den Reichstag. Zum Vergleich: die KPD lag bei 14%, die SPD bei 16% und das Zentrum bei 26,5% der jeweiligen Stimmen.

Bei der erneuten Reichstagswahl im Dezember 1924 stellte sich nur noch die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung zur Abstimmung. Wie in anderen württembergischen Städten auch wurde der Stimmenanteil in Aalen im Vergleich zum Frühjahr mit 3,8% mehr als halbiert. Dagegen konnte die Deutschnationale Volkspartei einen Anstieg der Stimmen auf über 11% für sich verbuchen.



Endgültig auf Hitlerkurs

Auch innerhalb der Gruppe der „Völkischen“ sah es zunächst so aus, als ob die Anhänger des NSFB ins Hintertreffen gerieten. Entgegen der ausdrücklichen Weisung aus Stuttgart, wurde am 15. Januar 1925 wieder Hans Ebert als Vorsitzender eines sogenannten „Ortsgruppenausschusses“ gewählt.

Reichspräsident Friedrich Ebert verstarb am 28. Februar 1925. Im zweiten Wahlgang am 26. April 1925 wurde der 77-jährige Generalfeldmarschall a.D. Paul von Hindenburg als sein Nachfolger gewählt.



NSDAP-Ortsgruppenleiter
Otto Blanz.

Der Hilfspostschaffner Fridolin Schmid übernahm das Amt des Stellvertreters. Kassier war der Schneidermeister Otto Blanz, der Eisenbahnsekretär Wilhelm Holzbaur wurde Schriftführer. Als Beisitzer ließen sich die Pgg. Korell, Hertel sowie der Bäckermeister Hans Unfried wählen.

Schon sieben Monate später schlug das Pendel wieder in die Gegenrichtung. Am 21. August 1925 legten Ebert, Holzbaur sowie Unfried ihre Ämter nieder und erklärten ihren Austritt aus der Ortsgruppe. Die Anhänger Hitlers, nämlich Otto Blanz, Rudolf Schleicher, Georg Wöhrle, der Oberamtspfleger a.D. Johann Uhlmann, Karl Frank und Fridolin Schmid als neuer Leiter gaben jetzt in der neu gegründeten Ortsgruppe Aalen den Ton an.

Wenn sich auch der größte Wunsch von Fridolin Schmid, den inzwischen aus der Festungshaft in Landsberg entlassenen Adolf Hitler zu einer Veranstaltung nach Aalen zu holen, nicht realisieren ließ, glaubte sich die Ortsgruppe bereits auf dem Weg zu kommunalpolitischer Bedeutung. Bei der Gemeinderatswahl im Dezember 1925 wurde ihr Anhänger Johannes Wirth als Mitglied der Fraktion der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ gewählt. Maßgeblicher Einfluss ergab sich hieraus allerdings nicht. Stattdessen sank die Zahl der Mitglieder der Ortsgruppe bis zum Mai 1927 auf 18 Personen.

Bereits im Frühjahr 1926 war auch die Abonnentenwerbeaktion für den „völkischen Beobachter“ in Aalen kläglich gescheitert. Einige Wochen später hatte das Amtsgericht Ortsgruppenleiter Schmid zu einer Geldstrafe verurteilt, worauf er sein Amt auf Betreiben der Stuttgarter Parteizentrale an Otto Blanz abgab. Mittlerweile arbeitslos, übernahm er ab November 1926 den Aufbau der Aalener SA. Parallel hierzu wurde auch der Aufbau einer HJ-Abteilung betrieben.

NSDAP-Ortsgruppenleiter
Dörge.



Erste Schritte in die Öffentlichkeit

Bereits im Herbst 1927 konnte Otto Blanz krankheitshalber sein Amt nicht mehr ausüben. Für weitere Aktivitäten sorgte der ab April 1928 offiziell eingesetzte Ortsgruppenleiter Dörge. Er stammte aus München und war seit 1. Februar 1927 bei der Unterkochener Firma Wöhr beschäftigt. Im Hinblick auf die anstehenden Wahlen konzentrierte er sich in der Hauptsache darauf, die Grundlagen für eine effektive Propagandatätigkeit zu schaffen.

Freilich waren auch seine Möglichkeiten begrenzt, doch zeugt es vom neuen Selbstverständnis der NS-Gruppe, wenn sie ab sofort das gesamte Oberamt als „Einzugs – bzw. Einsatzgebiet“ betrachtete. Wenn nicht zur

Vorbereitung und Organisation der Veranstaltungen, so wurden die Aalener Mitglieder wie bei der Versammlung in Wasseralfingen am 29. April 1928, herangezogen, um eine gewisse Präsenz zu demonstrieren. Von den 60 Zuhörern im Schlegelsaal stammten die meisten aus der Nachbarstadt. Ohne sie hätte der Schriftleiter des „südwestdeutschen Beobachters“, Dr. Geiger aus Stuttgart seine Tiraden gegen die „Erfüllungspolitik“ von Außenminister Stresemann, die „Zinsknechtschaft“ gegenüber den ehemaligen Kriegsgegnern oder das „Novemberverbrechen“ des „Waffenstillstands von Versailles“ womöglich nur vor spärlich besetzten Stuhlreihen äußern können. Auch wenn das magere Stimmenergebnis – von 7754 Wahlberechtigten in Aalen wählten am 20. Mai 1928 lediglich 177 bzw. 173 Personen die NSDAP – in keinem Verhältnis zu den Anstrengungen stand, so sollte doch ihr Effekt für die Ortsgruppe nicht unterschätzt werden. Im Wahlkampf 1928 wurde die organisatorische Grundlage für ihre zukünftigen Aktivitäten ausgebildet und ihre Ausrichtung auf Befehl, Gehorsam und Disziplin gefestigt.

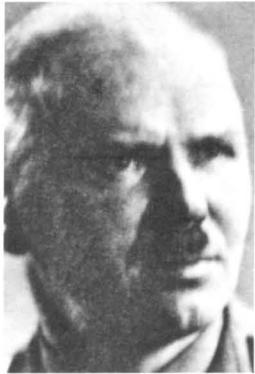
An diese Prinzipien knüpfte Ortsgruppenleiter Adolf Kling, der nach der beruflichen Veränderung seines Kollegen Dörge im Juli 1928 dessen Amt übernommen hatte, nahtlos an. Obwohl der Abwärtstrend der NSDAP auf Landesebene wie in Aalen anhielt, beorderte er seine Mitglieder zu weiteren Veranstaltungen. Als der in den Reichstag gewählte ehemalige Ortsgruppenleiter von Stuttgart Wilhelm Dreher am 3. November 1928 in Aalen sprach, erschienen lediglich 100 Zuhörer. Auch Motivationsprobleme in der SA wurden auf dem Weg der „Vergatterung“ erledigt. Fridolin Schmid nutzte den ersten Sprechabend im neuen Versammlungslokal zum



Fridolin Schmid war ab 1926 für den Aufbau der SA in Aalen zuständig.



Mitglieder der NS-Ortsgruppe bei der ersten Weihnachtsfeier im neuen Stammlokal „Wilder Mann“ in der Bahnhofstraße.



NSDAP-Ortsgruppenleiter
Adolf Kling.

„Wilden Mann“ in der Bahnhofstraße, um sich heftig über die mangelnde Dienstbereitschaft im Aalener SA-Sturm zu beklagen und mehr Disziplin zu fordern.

Der Wechsel des Stammlokals am 29. Januar 1929 steht aber auch für den Beginn einer längeren Konsolidierungsphase in der Aalener Ortsgruppe. Adolf Kling legte besonderen Wert auf die parteipolitische Fortbildung der Mitglieder. Bei den Sprechabenden, die weitgehend von ihm selbst geleitet wurden, arbeitete man zusammen die „Aufklärungsblätter“ der Parteizentrale durch. Themen wie der „Staat als Bauernleger“, „Verfassungsfeier, Freiheit und Gummiknüppel“ oder „Stichproben modernen Volksbetrugs“ sollten die Aalener Nationalsozialisten auf Parteilinie bringen und ihnen „Argumente“ für die Veranstaltungen der politischen Gegner liefern.

Parallel zu diesem ideologischen und verbalen „Aufrüstungsprogramm“ im Inneren suchte Adolf Kling entsprechend der NS-Propagandaregel – „Erforsche die wundeste Stelle an deinem Ort. Dort setze an!“ – weitere Möglichkeiten, um der Ortsgruppe in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu verschaffen. Dies gelang umso mehr, je deutlicher die Auswirkungen der sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise in Aalen und Umgebung in der zweiten Jahreshälfte spürbar wurden.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Aalen

Erste Anzeichen für eine Abschwächung der Konjunktur zeigten sich bereits im Frühjahr 1929. Nicht allen Industriebetrieben im heutigen Stadtgebiet ging es dabei jedoch gleich schlecht. Während die Schwäbischen Hüttenwerke an den Standorten Wasseralfingen und Abtsgmünd wiederholt Mitarbeiter entlassen mussten, war der Geschäftsgang bei der Maschinenfabrik Alzing-Kessler noch so gut, dass hier weitere Arbeiter – vornehmlich die ehemaligen der SHW – eingestellt werden konnten.³¹

Dagegen wurde bei den Frühjahrsversammlungen der Bauernverbände nahezu einstimmig über den Preisverfall bei landwirtschaftlichen Produkten geklagt. Die Ergebnisse der Frucht- und Viehmärkte bestätigten von Monat zu Monat, dass der Landwirt für die Erzeugnisse seiner Arbeit bedeutend weniger als früher erhielt. Dagegen wurden die von ihm benötigten Waren immer teurer.³²

Auch im Bereich von Handel und Gewerbe war die Lage nicht besser. Obwohl Vorstand Otto Raible Ende März 1929 in der Generalversammlung der Gewerbebank Aalen eine erfreuliche Erhöhung der Umsätze sowie der Bilanzsumme für das vorhergehende Geschäftsjahr bekannt geben



Für die zahlreichen und gut besuchten Veranstaltungen der Vereine im Fasching 1929 konnte man sich in den Aalener Modefachgeschäften ausstatten.

konnte, fiel seine Analyse ernüchternd aus. „Durch tausenderlei Gesetze kann die Wohlfahrt der Nation nicht erreicht werden, sie lässt sich nur langsam, durch Mühe und Arbeit erhoffen. Wohl sind die Spareinlagen des Volkes, und nicht zuletzt des schwäbischen stark gestiegen. Aber die Folgerung ist nicht berechtigt, daraus einen entsprechenden Aufschwung herzuleiten, wenn man die weit größere Verschuldung der deutschen Wirtschaft dem Ausland gegenüber betrachtet. Viele Unternehmungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes halten den riesigen Steuerdruck nicht mehr aus. Ihre Existenz wird zusehends zu Grunde gerichtet und nur wenige haben ihre finanzielle Stellung verbessern können.“³³

Der Bankvorstand verwies auf die Arbeitslosenzahlen, um die Folgen dieser Entwicklung in der Region zu verdeutlichen. Anfang des Monats hatte bereits die Aalener KPD bei einer Versammlung im Gasthaus „Schützen“ versucht, die „seelische Verbitterung der Erwerbslosen und die Missstände am hiesigen Arbeitsamt“ anzuprangern. Die pauschale Forderung des Landtagsabgeordneten Becker, kostenlos „Brennstoff, Naturalien und Geld“ an Arbeitslose abzugeben, wurde Anfang April vom Gemeinderat angenommen und zum Teil umgesetzt. Jeder verheiratete oder ledige Erwerbslose, der Angehörige zu versorgen hatte, sollte einmalig 10 Mark aus dem Etat des städtischen Wohlfahrtsamts erhalten.³⁴ Ausdrücklich wollte man bei der „Feststellung der Bedürftigkeit“ großzügig verfahren, denn, wie es aussah, musste man nicht damit rechnen, dass bald weiteres Geld bereitzustellen war.

Nachdem die im Arbeitsamtsbezirk Aalen (Oberämter Aalen, Ellwangen

Trommler sollten
ab 1930 der Aalener
NSDAP mehr Aufmerksamkeit
verschaffen.



und Neresheim) festgestellte Erwerbslosenzahl im März 1929 wieder von 2306 auf 1031 Personen gesunken war, sah es nicht danach aus, als ob sich die pessimistische Vorhersage des Finanzfachmanns Raible bewahrheiten würde. Er hatte von einem „langsamem, aber sicheren Abgleiten“ der Wirtschaft gesprochen und befürchtet, dass „die nächsten Jahre noch als Notjahre in unseren geistigen Etat einzustellen“ seien. Dagegen sank die Zahl weiter: bis 15. Mai 1929 auf 215 Erwerbslose im gesamten Bezirk und bis Anfang Juni auf 107 Personen.

Erste Zwischenrufe der NSDAP

So erfreulich diese unerwartet schnelle Entspannung auf dem regionalen Arbeitsmarkt war, so wenig passte sie NSDAP-Ortsgruppenleiter Adolf Kling ins Konzept. Ursprünglich wollte er die hohen Erwerbslosenzahlen propagandistisch verwerten, um seiner Partei wieder eine breitere Wirkung in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Nun sah es so aus, als ob die organisatorischen Vorbereitungen ins Leere liefen. Dass die erste NS-Veranstaltung in Unterkochen dennoch sehr starken Zulauf hatte, war zu einem großen Teil dem ehrenwerten Versuch von Ortsvorsteher Josef Mayer und Pfarrer Nagel zu verdanken, die Versammlung bereits im Vorfeld zu verhindern.

Der öffentlich ausgetragene Streit mit dem Sternwirt, ob er seinen Saal „Mörder und Gottlosen“ zur Verfügung stellen dürfe, sorgte für entsprechendes Aufsehen im Ort und fachte die Neugierde eher noch an. Mancher hatte vielleicht auch schon etwas von dem Herausgeber des „schwäbischen Angriffs“, Pg. Weihenmayer aus Esslingen, gehört oder gelesen. Jedenfalls war der Sternsaal am 7. Juni 1929 brechend voll, als der „mitreissende Redner“ vor sein Publikum trat.

Mit suggestiven Fragen, wie: „Kommt eine neue Inflation? Wann bricht die deutsche Wirtschaft zusammen?“ zielte er darauf ab, Zweifel unter den Zuhörern gegenüber der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Staates zu wecken. Im Prinzip unterschied sich diese Taktik nicht grundlegend von den Versuchen der KPD im März, die Arbeitslosen in Aalen auf ihre Seite zu ziehen. Nur dass Weihenmayer nicht von „Klassenkampf“, sondern von der „Volksgemeinschaft“ sprach, in der angeblich keine gesellschaftlichen Unterschiede mehr geduldet werden sollten.

Welche Resonanz diese Ausführungen beim Publikum hatten, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht nachvollziehbar. Festzustellen bleibt nur, dass der Saal der „Eintracht“ in Aalen am nächsten Tag ebenfalls bis auf den letzten Platz belegt war. Dass am dritten Veranstaltungstag gleich anschließend an die Weihenmayer-Rede in der Oberkochener Bahnhofsgaststätte eine

Versammlung des katholischen Arbeitervereins stattfinden sollte, mochte wohl zum Teil für den flauen Besuch verantwortlich gewesen sein. Die leeren Stuhlreihen verdeutlichen aber auch, dass Adolf Kling und seine NSDAP-Ortsgruppe jenseits ihres unmittelbaren Wirkungsbereichs noch lange nicht die Aufmerksamkeit erzielten, die sie sich wünschten.

Umso willkommener war daher die unbedachte Schützenhilfe der Kocherzeitung. Sie ließ ihrer knappen und kritischen Meldung vom Montag einen ausführlichen Bericht in der Mittwochsausgabe folgen. Die plötzliche positive Bewertung der Versammlungen legt die Vermutung nahe, dass die Zeilen aus der Feder eines Nationalsozialisten stammen. Jetzt erst wurden die „Erläuterungen“ Weihenmayers gelobt und ihre „erschreckenden Deutlichkeit als besonders interessant für den Mittelstand und das Gewerbe“ hervorgehoben.³⁵

Eine blendende Fassade

Ob die Mehrheit der Leser diese düsteren Prognosen überhaupt ernst nahm oder gar teilte, ist angesichts der allenthalben anzutreffenden Lebenslust zu bezweifeln. Auch in Aalen hatten jene „guten Jahre“ der Weimarer Republik, die im etwas verklärenden Rückblick als die „golden Zwanziger“ bezeichnet werden, für eine deutliche Anhebung des Lebensstandards gesorgt. Die Angebote an Reisemöglichkeiten, Modenschauen, Kinovorstellungen, Konzerten, Theater und sportlichen Großveranstaltungen waren so vielfältig, dass die Presse im Januar 1929 die Frage gestellt hatte: „Leben wir in Saus und Braus?“

Natürlich darf der politische Hintergrund dieser Frage nicht außer Acht gelassen werden. In erster Linie ging es darum, den gesteigerten Genussmittelkonsum oder andere Indikatoren der Wohlstandssteigerung in Deutschland zu relativieren. Nach den Bestimmungen des „Dawes-Plans“ hätte eine im Ausland registrierte Veränderung des „Wohlstandsindex“ zwangsläufig zu erhöhten Reparationsforderungen geführt. Deshalb versuchte man das, was als deutliche „Vermehrung der Unterhaltungsmöglichkeiten“ umschrieben wurde und ohne weiteres auch auf Aalen zutraf, mit dem veränderten „Altersaufbau der Gesellschaft“ zu erklären.

Die Rechnung war ganz einfach: im Vergleich zur Vorkriegszeit lebten in Deutschland 8 Millionen Erwachsene mehr. Daher war es nicht verwunderlich, dass der Verbrauch an Genussmitteln wie Tabak oder Wein anstieg. Dass Erwachsene auch gerne reisten, war ebenfalls nichts Neues. Insofern bestand also gar kein Anlass etwas falsch zu verstehen. Die „neue Üppigkeit“ mochte zwar nicht überall gleichmäßig verteilt sein, aber sie war mit Händen zu greifen. Man durfte nur nicht den Fehler machen, sie als



*Ein Hauch von Eleganz!
Ob Seide, Georgette, Tüll
oder Velours – Chiffon,
schmiegende Stoffe und
Schnitte für die Tanzkleider
junger Damen bot 1929 der
Aalener Modefachhandel.*



An den nächsten 3 Sonntagen sind in
Aalen die Läden von 11-6 Uhr geöffnet!

Das schönste Geschenk
ist ein



Foto-Apparat
aus

DROGERIE



VOLTER

Beachten Sie bitte mein
Schaufenster.



Himbeersaft
1/2 Flasche 1.25 1/4 Flasche 2.5

Pfirsiche	Pfund .58	Gaissmaier	Kartoffeln
Aprikosen	Pfund .52	Tel. 498	3 Pfd. .35 10 Pfd. 1.15 100 Pfd. 9.5
Tomaten	Pfund .35	Sohr sattige Orangen	Stück .32 Pfund .42

Alles frei Haus

UNION-THEATER

Das große Doppel-Programm:



der kühnste u. beste Cowboy,
der höchstbezahlte Filmstar
Amerikas in

Die Mädchenfarm

Ein unübertrefflicher, verwegener »Tom-Mix«-Film voller Spannung, Tempo, Humor und Sensationen über Sensationen, mit dem Helden in tausend Gefahren »Tom-Mix«.

II. Der deutsche Heimat- u. Volksliedfilm:

Es steht ein Wirtshaus an der Lahn

Ein lustiger Film voll deutscher Poesie nach dem bekannten gleichnamigen Volkslied in 6 Akten.

— Ufa-Wochenschau —

Jugendliche haben Zutritt!

Konzert-Musik. Freitag, Samstag und Montag
abends 8 Uhr. Sonntag ab 2 Uhr.

Wenn Sie nicht blind sind, so lassen
Sie sich die hervorragenden Modelle
der

Spiegler



Motorräder

350, 500 u. 600 ccm zeigen, bevor
Sie die Wahl treffen.

Die SPIEGLER-MOTORRADER haben
außer großen Vorteilen der Konstruktion
noch auch für Sie den Vorteil der
Fabriknahe.

3 Jahre Garantie des Stahlchassis und
der Vorderfederbogel.

Fordern Sie Prospekt mit den neuen
Preisen und Referenzliste.

Gebrüder Spiegler
Motorfahrzeugfabrik
AALEN.



Reinhold Kiesel

Von einer Krise war im öffentlichen Leben der Oberamtsstadt bis zum Herbst 1929 wenig zu spüren. Sportveranstaltungen sorgten für Abwechslung. Wer sich keine teuren Hobbys leisten konnte, träumte sich mit „Tom Mix“ auf eine Mädchenfarm.

Ort: 8. „Radsport-Straße“
Dingling, den 17. Mai 1930
„Der Freizeit-Welt“

Hans Stützel
AALEN
Fernruf 531.

**Dr. Scholviens Original-
Kristall-Citronen-Sprudel
:Hasta-Brauselimonaden**
stehen an der Spitze der
alkoholfreien Getränke.

Möchten Sie nicht auch
einen **Radioapparat**
besitzen?



Schon für RM. 39.50 bekommen
Sie einen echten Tele-
funkensapparat. Wenn Sie aber
auf leichte Bedienung und
schönes Aussehen des Apparates
Wert legen, ist die Anschaffung der
„ARCOLETTE 3“ oder
des „TELEFUNKEN 4“ zu
empfehlen

TELEFUNKEN

Die ÄLTESTE ERFAHRUNG — —
Die MODERNSTE KONSTRUKTION

Der 3 Röhrenemp-
fänger »ARCO-
LETTE 3« kostet
RM. 65.—, der 4
Röhrenempfänger
»TELEFUNKEN 4«
kostet RM. 165.—
Fordern Sie Pro-
spekte über neue
Telefunkensäulen.

J. Jerg, Aalen
I. Spezialgeschäft.

Am Sonntag

Verbands-Wettspiel

Sport-Club Stuttgart

B. f. R. Aalen

Beginn 1/2 Uhr. Wacht am Rhein.



Kraftsportverein „Germania“

E. V. AALEN

Rosenstraße 11 // 6. Kreis Würt.
Deutschl. Athl. Sport-Verband 1891.

EINLADUNG

Zu dem am Samstag den 8. und Sonntag den 9. Juni auf dem Sport-
platz des Männerturnvereins Aalen, Rombachstraße stattfindenden

Großen Nationalen Wettspiel

offen für Mitgli. des deutschen Bühnen-Sports-Verbandes 1891

unter Ehrenvorsitz des Stadtverbands-Vorstandes Dr. Wörner.

Hierzu sind unsere Mitglieder mit Angehörigen, sowie alle Sportfreunde
und Förderer von Aalen und Umgebung herzlich eingeladen und der Verein bittet,
um möglichst unterföhren zu wollen.

Um Belebung der Häuser wird höflich erachtet!

*Selbst aus Heidenheim und
Schwäbisch Gmünd kamen
die Besucher des neuen
Aalener Freibads im
Hirschbachtal.*



Wohlstand zu deklarieren. Vielfältig und quirlig wie das öffentliche Leben in Aalen bis zum Herbst des Jahres 1929 war, bot es genügend Gelegenheiten diesen Lebensstandard auch zu genießen. Im Mai feierte vor allem die Jugend der Stadt das traditionelle Kinderfest. Am 10. Juni lud der Kraftsportverein Germania zu einem „Nationalen Wettstreit“, an dem 500 Teilnehmer von 50 Vereinen aus dem 6. Kreis des deutschen Athletikverbandes teilnahmen.³⁶ Zwei Wochen später erwies sich der Sportwettbewerntag, den der 1928 gegründete „Standverband für Leibesübungen“ veranstaltete, mit seinem Städtewettkampf Aalen-Heidenheim erneut als Publikumsmagnet. Wenn auch zu lesen war, dass der Gewerbe- und Handelsverein in seiner Generalversammlung zwischen diesen beiden Großveranstaltungen über die Existenznot seiner Mitglieder diskutierte: die Öffentlichkeit interessierte sich mehr für die Wettfahrten zwischen Fesselballon und Motorrad, die sportliche Radakrobatik oder mancherlei andere Spektakel, die an diesem Festwochenende noch vorgesehen waren. Wer sich mehr für den Gesang begeisterte, bereitete sich mit seinen Sangesbrüdern auf die anstehenden Wettbewerbe in Ulm und Nürnberg vor oder besuchte die zahlreichen Vorführungen und Sommerfeste der anderen Vereine. Anfang Juli ging es bereits sportlich weiter. Diesmal stand die Eröffnung des vergrößerten Hirschbach-Bades auf der Tagesordnung. Mit dem neuen 50m-Becken präsentierte sich die ehemalige Badenastalt ab sofort als moderne Sportstätte, die den Schwimmern in Stadt und Umland endlich die lang ersehnten Trainingsmöglichkeiten bot. Aber auch das Turnen und der Schulsport sollten in Aalen nicht zu kurz kommen. Im September übergaben Oberbürgermeister Schwarz und Architekt Paul Bonatz die neue Halle (Jahnturnhalle) neben dem Oberschulgebäude am Rand des Rohrwang (heutiges Schubartgymnasium) feierlich ihrer Bestimmung. Bekanntlich war auch schon der Bau des neuen Gaskessels in der Planung. Diese beeindruckende Abfolge von Festen, Sportveranstaltungen und Einweihungen wirkte auf die Aalener Öffentlichkeit wie die repräsentative Fassade eines Barock-Schlösschens. Durch den Glanz ließ sich manches Auge blenden. Über Einblicke in die komplexen politischen und wirtschaftlichen Probleme hinter der Schauseite verfügten dagegen nur diejenigen, die sich damit aus beruflichen Gründen auseinander zu setzen hatten. Mehr als beobachten, warnen und auf eine bessere Zukunft hoffen, konnten aber auch sie nicht.

Absturz mit verheerenden Folgen

Bis zum Herbst 1929 sah es so aus, als ob der im August bei den Haager Konferenzen abschließend verhandelte „Young-Plan“ für eine Stabilisierung der deutschen Wirtschaft sorgen würde. Im Gegensatz zum alten Zahlungsabkommen, dem „Dawes-Plan“, sollten die Reparationen in Zukunft nicht mehr an einen Wohlstandsindex gekoppelt sein und die internationale Finanzkontrolle entfallen. Die Räumung des Rheinlandes von alliierten Truppen, Begrenzung der Zahlungsverpflichtung auf 59 Jahre oder die Festsetzung der jährlich abzuführenden Summe auf durchschnittlich 2 Milliarden Reichsmark waren weitere Ergebnisse der erfolgreichen Verhandlungen unter der Leitung von Außenminister Gustav Stresemann. Bisher hatte es keinerlei Spielraum gegeben, mit den ehemaligen Kriegsgegnern Vereinbarungen dieser Art auszuhandeln.

Solange Amerika weiterhin Kredite nach Deutschland pumpte, schien alles so weitergehen zu können, wie bisher. Man würde wie gewohnt die Reparationen an England und Frankreich abführen und einen ausreichenden Rest für den fortschreitenden Aufbau des Landes übrig behalten. Dadurch aber, dass England und Frankreich ihrerseits die Kriegsschulden gegenüber den USA mit den Entschädigungen aus Deutschland beglichen, war ein sensibler Geldkreislauf entstanden. Als sein Antriebsmotor, die Börse in New York, ins Stottern geriet und schließlich am 24. Oktober 1929 völlig zusammenbrach, bekam Deutschland, dessen Auslandsschulden sich mittlerweile auf 25 Mrd. Reichsmark beliefen, umgehend die Auswirkungen zu spüren.



Außenminister Curtius
(2.v.links) mit der deutschen
Delegation vor der Abreise
nach Den Haag.

Der Zusammenbruch der
New Yorker Börse am 24.
Oktober 1929 ging als
„Schwarzer Freitag“ in die
Geschichte ein.





Trauerzug für den am 3. Oktober 1929 verstorbenen Außenminister Gustav Stresemann in Berlin. Durch seinen Tod verlor die Republik ihren fähigsten Politiker.

Nicht nur, dass kein Kapital mehr aus Übersee ins Land floss, die USA begannen damit, Gelder abzuziehen. Dies wiederum führte zu einer rapiden Verschärfung der bisher latenten Wirtschaftskrise mit Firmenzusammenbrüchen, Kurzarbeit und hochschnellenden Arbeitslosenzahlen. Wenn dieser Prozess in Württemberg auch im Hinblick auf Tempo und Verlauf Besonderheiten aufwies, letztlich unterschieden sich die verheerenden Folgen nicht von denen im übrigen Reich.³⁷

Dies gilt auch für die Entwicklung im Arbeitsamtsbezirk Aalen (Oberämter Aalen, Ellwangen und Neresheim). Bis Ende Dezember 1929 stieg hier die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen relativ langsam auf 400 Personen an. Im Spätsommer waren es noch 214 gewesen. Nur fünf Wochen später, am 5. Februar 1930, wies die Statistik bereits 1711 Erwerbslose aus. Durch das verschärzte Arbeitslosenversicherungsgesetz wurden die Inhaber landwirtschaftlicher Anwesen und anderer selbständiger Betriebe nicht mehr mitgezählt. Auch andere Arbeitslose waren aus der Unterstützung „infolge Erschöpfung ihres Anspruchs“ herausgefallen. Wie das Arbeitsamt weiter mitteilte, hatten „zur Zeit viele Betriebe, insbesondere in der Metallindustrie, Kurzarbeit eingeführt, sodass Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen wöchentlich nur 3 Tage Arbeit haben und deshalb ebenfalls unterstützt werden müssen.“³⁸

Welches Tempo die rasante Talfahrt der Wirtschaft auf der Ostalb schließlich in den folgenden Monaten erreichte, verdeutlicht der Novemberbericht des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitsamts. War die Zahl der sogenannten Hauptunterstützungsempfänger bis Juli wieder auf 374 gesunken, so stieg sie im folgenden Quartal auf etwa 1200 an. „Die Zahl der Arbeitssuchenden ist am größten bei Lohnarbeiten wechselnder Art, wo einschließlich der Bauhilfsarbeiter 382 Männer als arbeitslos laufen, dann folgt die Metallindustrie mit 303, das Baugewerbe (Facharbeiter) mit 144 und das Holzgewerbe mit 86 Arbeitssuchenden. Auch bei den kaufmännischen und Büro-Angestellten sind die Andrangszziffern mit 38 männlichen und 19 weiblichen Stellensuchenden verhältnismäßig hoch, ebenso in der Nachfrage nach häuslichen Dienststellen, wo einem ganz geringen Angebot von offenen Stellen 174 weibliche Stellensuchende gegenüberstehen. Dieses Angebot von weiblichen Arbeitskräften röhrt sowohl vom Arbeitsmangel in der Industrie her, als auch von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vieler Familien, welche keine Dienstboten mehr halten können. Die Aussteuerung aus der Arbeitslosenunterstützung nimmt von Monat zu Monat zu. Es mussten wegen Erschöpfung des Anspruchs in der Zeit vom 16. 8. bis 15.19.1930 insgesamt 139 männliche und 12 weibliche Personen aus der Unterstützung ausgeschieden werden, wovon nach den bestehenden Vorschriften nur 48 in Krisenunterstützung kommen konnten. [...] Die Zahl der Kurzarbeiter

mit 3 und mehr Ausfalltagen beträgt immer noch zwischen 600 und 700. Beteiligt sind insbesondere zahlreiche Betriebe der Metallindustrie. Da leider auch im Sommerhalbjahr 1930 die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig groß war, ist allein in der Zeit vom 1.4. bis 30.9. 1930 im Arbeitsamtsbezirk Aalen für Unterstützungen ein Gesamtaufwand von 327.845 RM entstanden, worunter 62.562 RM für Kurzarbeiter und 18.551 RM für Krisenunterstützung.³⁹

Die aufziehende Wirtschaftskrise sorgte jedoch nicht nur für eine drastische Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation und damit auch der Lebensumstände auf der Ostalb. Wie ein Vergleich der Ergebnisse der Volksabstimmung zum „Young-Plan“ im Dezember 1929 und der Reichstagswahl im September 1930 verdeutlicht, wirkte sie sich ebenfalls auf das Abstimmungsverhalten der Wahlberechtigten in Aalen aus.

„Rückwärtsblickend nach vorne schauen“

Etwa zwei Wochen nach der abschließenden Beratung über den „Young-Plan“ in Den Haag, wurde auch die Kocherstadt in den erbitterten Kampf der sogenannten „nationalen Opposition“ gegen das neue Reparationsabkommen mit einbezogen. Am 17. September lud die Ortsgruppe des „Alldeutschen Verbandes“ zu einem ersten Vortragsabend. Eine Woche später stellte ein „Ortsausschuss für das deutsche Volksbegehr“ im Spritzenhaussaal die Frage, ob „Deutschland auf 60 Jahre zur Ausbeutungskolonie der internationalen Großfinanz und der Ententemächte“ werden sollte. In seinem Vortrag reanimierte der Landtagsabgeordnete der nationalkonservativen Bürgerpartei, Dr. Hölscher aus Ulm, längst abgelegte Schlagworte aus den Anfangstagen der Republik. Vom „14-Punkte-Programm“ des US-Präsidenten Wilson war die Rede, ebenso von der Kriegsschuldfrage, vor allem aber von dem „Schandfrieden von Versailles“.

In die gleiche Kerbe schlug die Ortsgruppe der NSDAP am 21. November 1929. Wie die Kocherzeitung feststellte, wurde bei dieser Veranstaltung „das Verhalten der Regierung und aller gegnerischen Parteiführer im Weltkrieg und während der Inflation und bis jetzt beim Versailler Vertrag, beim Dawesplan und Youngplan scharf gegeißelt“. Durch seine Verpflichtungen gegenüber den Feinden würde Deutschland nicht nur sein Kapital und Betriebsvermögen verlieren, damit würde auch einem Volk mit 65 Millionen Menschen die Arbeit genommen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung über den „Young-Plan“ am 23. Dezember 1929 macht deutlich, dass diese Polemiken erst bei einem sehr geringen Teil der Abstimmungsberechtigten Wirkung zeigten. Lediglich 5,5% der Aalener waren dafür, dass die Zustimmung der Regierung zur



Mit Versammlungsanzeigen in den beiden Aalener Lokalzeitungen begann auch in Aalen ab September 1929 die Agitation gegen den „Young-Plan“.



Als neuer Kanzler bildete Heinrich Brüning am 30. März 1930 sein

Minderheitskabinett mit einer Koalition vom Zentrum bis zu den Volkskonservativen.

neuen Reparationsregelung durch Strafandrohung für Reichskanzler und Reichsminister verhindert werden sollte.

Die „Nationale Einheitsfront“ bestehend aus DNVP (in Württemberg Bürgerpartei), NSDAP und Stahlhelm hatte im Oktober ihr Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ nur mit knapper Mehrheit durchgebracht. Wenn auch die 77 Unterschriften aus Aalen für das Volksbegehren von den 460 Ja-Stimmen bei der Abstimmung kurz vor Weihnachten um ein Vielfaches überboten wurden, das Ergebnis war für die Parteien am rechten Rand des Spektrums eine eindeutige Niederlage. Über 94% der Wahlberechtigten in Aalen hatten die Kampagne entweder abgelehnt oder sich aus anderen Gründen gar nicht mobilisieren lassen.

Nach der Jahreswende 1929/30 beherrschte neben der Ratifizierung des Youngplans durch die deutsche Regierung und die Ententemächte ein weiteres Thema die Öffentlichkeit, das vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Erwerbslosenzahlen nicht ohne Brisanz war. Wochenlang diskutierten und stritten die Reichstagsfraktionen über die geplante Änderung der Arbeitslosenversicherung. Schließlich war die Koalition aus SPD und DVP unter dem Druck der Freien Gewerkschaften einerseits und der Arbeitgeberverbände andererseits nicht mehr zusammenzuhalten. Am 27. März 1930 trat die Regierung unter Reichskanzler Müller zurück. Bereits drei Tage später begann der ehemalige Zentrumsabgeordnete und neue Reichskanzler Heinrich Brüning mit der Bildung seines Kabinetts – einer Koalition vom Zentrum bis zu den Volkskonservativen. Die SPD, die wegen der zerfahrenen Verhältnisse im Reichstag mit baldigen Wahlen rechnete, wollte sich an der neuen Regierung nicht mehr beteiligen.

Das Reichsgesetz zum „Youngplan“ war vom Parlament in Berlin noch am 13. März verabschiedet worden. Etwa vier Wochen später wurden die Menschen in Aalen zum ersten Mal mit den Konsequenzen konfrontiert, die sich für sie und ihr unmittelbares Lebensumfeld aus dem neuen Reparationsabkommen ergaben. So mancher Leser der Kocherzeitung dürfte ungläubig auf die Zahlen gestarrt haben, die ihm hier unter der Überschrift „Aalen und die Reparationen“ genannt wurden. Schon im nächsten Jahr sollte sich der Anteil der Stadt an der Gesamtsumme, die Deutschland zu bezahlen hatte, auf 352.600 Mark belaufen.

Damit aber noch nicht genug! Weiter hieß es: „wenn man die Durchschnittssumme der Reparationen überhaupt nimmt, so muss unsere Stadt bis zum Jahr 1987 nicht weniger als 403.200 Mark jährlich aufbringen. Erst diese Zahlen lassen erkennen, wie der Einzelne zu sparen hat, um die Reparationsschuld mit tilgen zu helfen!“⁴⁰ Freilich sollte der Betrag über die direkten und indirekten Steuern zusammenkommen. Im Klartext bedeutete dies aber nichts anderes, als dass weiterhin drastische Einschränkungen in Kauf zu nehmen waren – neben Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit.

In ihrem Leitartikel am Tag nach Annahme der Younggesetze hatte die Kocherzeitung das Ende der Nachkriegszeit festgestellt und Zweckoptimismus verbreitet: „Auf wirtschaftspolitischem Gebiet gehen wir, wenn nicht alles täuscht dem Frühling entgegen“. Selbst derjenige, dem die Welt der Politik in Berlin mit ihren Konferenzen, Debatten und Verträgen bislang fern war, musste an seiner eigenen Situation oder und der seiner Verwandten und Nachbarn erkennen, das dies wohl nur im jahreszeitlichen Sinne gemeint sein konnte.

Doch unabhängig davon, ob der regierungsnahe Kommentar die Zukunftsaussichten richtig einschätzte oder nicht, der Verfasser konnte wie viele seiner Zeitgenossen auch nicht umhin, „rückwärtsblickend nach vorne zu schauen“ – in einem durchaus doppeldeutigen Sinn. Zum einen mussten die Leistungen der deutschen Politik während der vergangenen 11 Jahre durch den Vergleich mit der Ausgangslage deutlich hervortreten. Zum anderen lässt aber auch die Bemerkung, die „Schnelllebigkeit in unserer Zeit“ habe gerade bei der jüngeren Generation die „Bürde des Versailler Friedensvertrags“ in den Hintergrund gedrängt, ebenso aufhorchen, wie die harsche Belehrung: „In Versailles verlor das Deutsche Reich seine Souveränität, deutsches Land und Volk wurde wie Schachfiguren auf feindliche Felder gestellt, unsere nationale Ehre ward geschändet, die Nation bewusst aus dem Konzern der Mächte ausgeschaltet und dem deutschen Volk auf unbestimmte Zeiten untragbare Lasten aufgehalst. Dies ist mit nackten Worten die Quintessenz des Versailler Friedensvertrags.“⁴¹ Deutlicher konnte nicht zu Tage treten, wie tief auch bei den Befürwortern der Republik der Stachel von „Versailles“ noch saß.

Am Dienstag, den 24. September 1929 abends 8 Uhr
findet im Spritzenhausaal in Aalen ein

Öffentlicher Vortrag

statt über

Volksbegehr gegen den Pariser Tributplan.

Soll Deutschland auf 60 Jahre zur Ausbeutungskolonie der internationalen Großfinanz und der Ententemächte werden?

Redner S. Landtagsabgeordneter Dr. Hölscher, Ulm.
Hierzu wird jedermann freundlichst eingeladen.

Auch nach dem Scheitern des Volksentscheids gegen den Young-Plan verschwand der Begriff „Versailles“ nicht mehr aus der politischen Diskussion.

Politische Unsicherheit

Die wichtigsten politischen Themen, die in den folgenden Monaten in Aalen für Aufsehen sorgten, hingen ebenfalls auf die eine oder andere Weise mit dem Friedensschluss zusammen. Im regionalen Bereich sorgten die Vorschläge des Reichssparkommissars Saemisch zur Neugliederung der Oberamtsbezirke für Unruhe.

Auf der Liste der dringend notwendigen Einsparmöglichkeiten auf sämtlichen staatlichen Verwaltungsebenen hatte der Umbau der öffentlichen Verwaltung höchste Priorität. Das neue Oberamt Aalen sollte aus dem Stamm der Oberämter Aalen und Ellwangen, dem nördlichen Teil des Oberamtes Neresheim und einzelnen Gemeinden des Oberamtes Crailsheim gebildet werden. Durch die Kombination versprach man sich einen Ausgleich zwischen dem steuerkräftigen Industriebezirk Aalen und steuerschwächeren ländlichen Umland zugunsten der Staatskasse. Allerdings schreckte die Landesregierung in Stuttgart vor den teilweise sehr heftigen Protesten der Bevölkerung zurück und entschied 1931, den „Umbau“ vorerst nicht durchzuführen.

„Fast zwölf Jahre lang bildete er Deutschlands Grenze, jetzt ist er wieder Deutschlands Strom“, schrieb die Kocherzeitung in Anlehnung an Ernst Moritz Arndt am 1. Juli 1930. Anlass war die vorzeitige Räumung des Rheinlandes durch Frankreich. Mit einem gemeinsamen Gedenken feierten am nächsten Tag Schüler und Lehrer des Reformrealgymnasiums und der Oberrealschule in Aalen das Ereignis. Erst allmählich realisierte die Öffentlichkeit, dass die französischen Soldaten zwar abzogen, das Rheinland



Mit einer Kartenskizze verdeutlichte die Kocherzeitung ihren Lesern die Konsequenzen der „Stuttgarter Pläne“ zur Neueinteilung der Verwaltungsbezirke.



Der Abzug der alliierten Truppen aus dem Rheinland am 30. Juni 1930 wurde auch in Aalen mit Begeisterung aufgenommen.

aber fortan eine „entmilitarisierte Zone“ sein sollte. Entsprechend harsch kommentierte die Kocherzeitung am 8. Juli: „Dies ist daher ein andauernder Gewaltakt gegen die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches und ermöglicht den Franzosen ein wirtschaftliches und militärisches Spionage- system zu organisieren gegen das die deutsche Regierung und die deutsche Wirtschaft im gegebenen Fall völlig wehrlos dastehen“.⁴²

Kaum zwei Wochen später wurde dieses Gefühl der Unsicherheit um eine innenpolitische Facette erweitert. Bei dem Versuch durchgreifende wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen durchzusetzen war das Kabinett Brüning sehr schnell an die parlamentarischen Grenzen gestoßen. Der Kanzler verfügte im Reichstag über keine Mehrheit, sondern stützte sich allein auf die Zusicherung des Reichspräsidenten von Hindenburg, die Maßnahmen, die er für notwendig hielt mit Hilfe des Artikel 48 als Notverordnung in Kraft zu setzen. Sollte der Reichstag dies nicht billigen, würde das Parlament aufgelöst.

Dieser Fall trat am 18. Juli 1930 ein, nachdem die SPD ihren Antrag eingebracht hatte, die Notverordnung zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ aufzuheben. Neuwahlen wurden für den 14. September 1930 festgesetzt. Im Hinblick auf diesen Termin veranstaltete die Volksrechtpartei bereits am 21. Juli einen Vortragabend zum Thema. „Der Weg zu Deutschlands Rettung“. Wie aus dem Versammlungsbericht hervorgeht war die Veranstaltung auch deshalb so gut besucht, weil die Bevölkerung in „der gegenwärtigen kritischen Zeit voll politischer Verwirrung und finanziellen Nöten“ dringend nach Antworten suchte.⁴³.

Unüberbrückbare Gegensätze

Dies versuchte sich auch die NSDAP zu Nutze zu machen. Nachdem sie bereits am 18. Juli ihre erste Veranstaltung in Ellwangen durchgeführt hatte, startete sie eine „Versammlungswelle“, die weit über ihr angestammtes Terrain hinausführte. Erste Ansätze, flächenmäßig zu agieren, hatte Ortsgruppenleiter Kling bereits im Januar 1930 mit der Neugründung der NSDAP in Heidenheim gezeigt. Ab August 1930 waren auch Bopfingen, Neresheim, die dazwischen liegenden kleineren Ortschaften und wiederholt Ellwangen Ziel der NS-Propaganda. Der seit April 1930 zum Bezirksleiter Ost (NSDAP-Bezirk X) aufgestiegene Adolf Kling plante und koordinierte die Aktionen in dem traditionellen Wahlgebiet der katholischen Zentrumsparthei. Flugblattaktionen, SA-Aufmärsche mit „klingendem Spiel“ und auswärtige Redner waren die wesentlichen Bestandteile seines



Im Reichstagswahlkampf 1930 wurden von der NSDAP in Aalen auch Spruchbänder und Lautsprecherwagen eingesetzt.

Aktionsprogramms, wobei die zeitlichen Abstände zwischen den Veranstaltungen immer kürzer wurden. In den zwei Wochen vor der Reichstagswahl war alle zwei Tage eine Versammlung angesetzt. Kling selbst konzentrierte sich auf die Versammlungen der politischen Gegner. Bei allen wichtigen Veranstaltungen saß er im Publikum und versuchte die Diskussion im Anschluss an den Vortrag als Plattform für die Verbreitung der NS-Ideologie zu benutzen. Am 28. August 1930 traf er im Aalener Spritzenhaussaal auf den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Theodor Heuß.

Die Vertreter der Deutschen Staatspartei und Deutschen Volkspartei hatten ihren gemeinsamen Spitzenkandidaten nach Aalen eingeladen. Neben der Finanz- und Steuerpolitik unterbreitete Dr. Heuß dem Publikum seine Gedanken zur Reichsreform und der Agrarpolitik. Abschließend behandelte er die Veränderungen im deutschen Parteiensystem. „Dr. Heuß stellte dar, wie die große Deutschnationale Partei an Hugenbergs fanatischer Einseitigkeit zerbricht und wie dieser Mann zum Wegbereiter der Nationalsozialisten wird. Parlamentarisch sind die Nationalsozialisten wie die Kommunisten für alle sachliche Arbeit noch nie ernst zu nehmen gewesen. Aber ihre Technik des Hasses ist eine Gefährdung des deutschen Gemeinschaftsbewusstseins.“⁴⁴

Diese unverblümten Worte des Kandidaten nahm der im Publikum sitzende NSDAP Gebietsleiter Kling zum Anlass, um die Standpunkte seiner Partei zu verteidigen. „In seiner Schlussbemerkung verwahrte er sich gegen die Auffassung, die wie er zugab, nicht vom Redner geäußert worden sei, dass seine Partei nur die „furchtbare Klappe“ besitze.“ Offensichtlich eilte den Aalener Nationalsozialisten ein Ruf voraus, der bei dieser Gelegenheit korrigiert werden sollte. Erwähnenswert schien der Presse auch der Redebeitrag des SPD-Mitglieds Baas, der nicht nur den von Heuss gebrauchten Begriff der „bürgerlichen Mitte“ kritisierte, sondern „sich mit einem die Versammlung überraschenden [Gedanken-] Sprung für die Diktatur der Sozialdemokratie aussprach, durch die vermutlich manches besser werde.“

Die detaillierten Berichte der beiden Aalener Tageszeitungen vermitteln neben den Hauptthemen des Wahlkampfs und den unterschiedlichen Standpunkten der Parteien auch ein treffendes Bild des jeweiligen Versammlungsverlaufs:

Dr. Theodor Heuß war den Wählerinnen und Wählern in Aalen bereits aus früheren Wahlkämpfen bekannt.



Wahlversammlung der S.P.D.

„Gegen Haltenkreuz und Diktatur“, „Gegen Verschlechterung der Krankenversicherung usw.“, „Um was geht es bei der Reichstagswahl?“, unter dieser Parole hatte die Sozialdemokratische Partei Aalen auf gestern abend 8 Uhr zu einer öffentlichen Wahlversammlung in den Spritzenhausaal eingeladen und den Landtags-Abgeordneten Dr. Kurt Schumacher, Stuttgart, als Referenten gewonnen. Im Namen seiner Partei eröffnete Gemeinderat Mikel er die Versammlung, die der Spritzenhausaal kaum zu fassen vermochte, und erteilte nach kurzer Einleitung dem Referenten das Wort.

Der Referent behandelte zuerst die Auflösung des letzten Reichstages, die umso bemerkenswerter sei, als offenbar die sogenannten bürgerlichen Parteien sich aus den Neuwahlen eine Stärkung versprechen. Ein Antritt der S.P.D., die bereit gewesen wäre, die Verantwortung für die Deckung des Defizits mitzutragen, habe man überhört. Der Redner ging dann zuerst mit dem Zentrum ins Gericht, indem er es als unverantwortlich bezeichnete, daß man der Sozialdemokratie die Schuld am finanziellen Niedergang in die Schuhe zu schieben versuche, während Hilscherding schon das Erbe einer verfahrenen, mit einem Milliardendefizit belasteten Finanzpolitik angetreten habe. Dieses Defizit sei ein „gewolltes“, da man mit ihm den Beweis habe erbringen wollen, als ob die deutsche Sozial-, besonders Arbeitslosenversicherungspolitik überspannt und auf die Dauer im bisherigen Umfang undurchführbar sei. Dabei seien Nutznießer der Sozialpolitik diejenigen landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Kreise, die heute gegen sie kämpfen, denn die Milliarden der Sozialversicherungsbeträge dienen ja nur zur Deckung der Nahrungsmittel und des täglichen Bedarfs. Der Art. 48, der in verfassungswidriger Weise zur Anwendung gekommen sei, decke nun alle gegen die Sozialversicherungen und die untersten Kreise gerichteten Maßnahmen.

Der Redner behauptete dann ferner, daß nicht etwa die Höhe der deutschen Lohnsätze die Exportfähigkeit behindere, vielmehr seien die meisten Länder, mit denen Deutschland in Konkurrenz trete, mit Löhnen, Steuern und Abgaben mindestens ebenso vorbelastet wie die deutsche Industrie. Lohnabbau und Abbau der Versicherungsleistungen würde vielmehr nur den inneren Markt schädigen durch ein weiters Absinken der Kaufkraft der breiten Masse. Er verglich im weiteren Verlauf dieser Gedankengänge dann die Leistungen des Kabinetts Müller und Brüning miteinander; ersteres habe mehr für die Arbeitsbeschaffung getan, letzteres den Deynhausen-Schiedsspruch beschert. Der deutsch-polnische Handelsvertrag, der 120–150 000 deutschen Arbeitern Beschäftigung bringen würde, sei vom Kabinett Müller vorbereitet, von Schiele-Brüning wegen der ostelbischen Großagrarien hintertrieben worden. Die Milliardenkredite für die deutsche Landwirtschaft seien in der großen Hauptfache nicht der Allgemeinheit, sondern 8000 bis 10 000 Großgrundbesitzern zugeslossen.

Die Behauptung des Zentrums, daß es eine in sich ausgewogene Partei darstelle, sei bedeutungslos, da man im Zeichen dieser klassenpolitischen Wahl Parteien brauche, die die breiten Massen gegen das Großkapital zu schützen bereit seien. Das Zentrum habe sich immer mehr zu einer das Eigentum verteidigenden Partei entwidelt und insbesondere das württ. Zentrum treffe der Vorwurf, die radikalsten Anträge auf Herabsetzung der Sozialversicherungsleistungen beim Reichsrat eingebracht zu haben.

Nach dieser Auseinandersetzung mit dem Zentrum beschäftigte sich der Redner weiter mit dem Bürgertum, das liberal gewesen sei im Zeitalter der Militär- und Klerus-Kaste, das aber jetzt, wo die Masse des Volkes nach oben strebe, gegenüber dem demokratischen Gedanken immer mehr erkalte. Diese innere Ablehnung des demokratischen Gedankens führe, was geschichtlich nachzuweisen sei, zum Faschismus. So entspringe auch die deutsche nationalsozialistische Bewegung dem Klassenbedürfnis des Großkapitals. Die kleinen Leute, die aus Gründen der Tradition, der Suggestion, der Erziehung usw. immer noch das Groß der bürgerlichen Parteien bilden, haben allmählich den wahren Charakter des modernen Kapitalismus erkannt. Da nun an sich die Sozialdemokratie der natürliche Anziehungspunkt für diese Kreise gewesen wäre bezw. wäre, so habe man diese Partei verleumdet und mit Verantwortung für Dinge zu belasten versucht, die sie nicht ~~zu~~ vertreten habe. Als weitere Maßnahme, um den Abstrom zu verhindern, habe man neue Parteien gegründet, die wie die Aufwertungs- und Volksrechtspartei zu politischer Bedeutungslosigkeit verurteilt sei oder wie der Christliche Volksdienst gänzlich versagt habe. Als dritter Faktor diene der Faschismus dem Schutz des Großbesitzes, der dem Frieden nicht mehr trae.

Mit dem deutschen Nationalsozialismus beschäftigte sich der Referent nun besonders eingehend, indem er ihm zum Vorwurf mache, daß er weder national noch sozial sei. Erstes beweise die Haltung gegenüber Italien vor und nach dem Jahre 1925 in der Frage Südtirol, letzteres die Einstellung des Faschismus zu den sozialen Problemen. Der Redner ging so weit, die Partei als Verderberin des Volkes und insbesondere der Jugend zu bezeichnen, die die Seele der Jugend mit einem Spielen mit dem Kriegsgedanken vergifte; denn der moderne Krieg sei nicht der Kampf mehr Mann gegen Mann, sondern eine Angelegenheit der Technik und Wissenschaft geworden. Während die NSDAP. die Erfüllungspolitik bekämpfe und ablehne, haben ihre Vorgänger und Gefährten aus den Tagen des Kapp-Putsches zuerst sich dem Ausland gegenüber zur Erfüllungspolitik verpflichtet, und auch Dr. Goebbels, einer der NSDAP.-Führer, habe ausgesprochen, daß man „zuerst“ erfüllen müsse. Die ganze Bewegung bezeichnete er als die bewaffnete Knüppelgarde des Großbesitzes gegen das Proletariat. Der Nationalsozialismus, der für eine Erweckung der „Herrenmoral“ in Deutschland eintrete, der 40 Prozent des Deutschen Volkes als rassistisch minderwertig bezeichne, der durch die antisemitische Einstellung den angeblichen Kampf gegen das Kapital auf eine kleine Minderheit beschränke, beweise — neben der Zusammensetzung der nationalsozialistischen Führer — die unsoziale Einstellung dieser Partei. Auch Mussolini habe die deutsche Bewegung als die Nachfolgerin des alten Systems bezeichnet und ihr Armut an Führern und Ideen vorgeworfen. Gegen die Politik der Faust seje die Sozialdemokratie ihre Treue zur Verfassung und Gesetzmäßigkeit, würde aber auch Gewalt gegen Gewalt zu feiern wissen, wenn sie dazu gezwungen werde.

Als versteckter Faschismus bezeichnete der Referent das Vorgehen der Volksnationalen, Volkspartei und des Zentrums, die auf verfassungswidrigem Wege unter Missbrauch des Reichspräsidenten Hindenburg Maßnahmen erlassen haben, für die keine Mehrheit im Reichstag vorhanden gewesen sei und die in ganz ungleichem Maße die Masse der Unbemittelten belaste. Mit der Feststellung, daß nur noch die Sozialdemokraten als 100prozentige Verfeindiger der demokratischen Idee angesehen werden können, und dem Appell, der Sozialdemokratie am 14. September auf dem Wege zum Siege vorwärts zu helfen, schloß der Redner seine außerordentlich gewandten, z. T. ironischen Ausführungen, die mit stärkstem Beifall aufgenommen wurden.

In der anschließenden Diskussion kam Ingenieur K l i n g von der NSDAP. zu Wort, der der Sozialdemokratie in der Frage des preußischen Konfordats ein Zusammengehen mit dem Zentrum vorwarf, seine Partei gegen den Vorwurf verteidigte, als ob sie vom Großkapital finanziert werde, und in seinen weiteren Ausführungen, zu dem ihm bereitwillig verlängerte Redezeit zugestanden worden war, die Sozialdemokratie mit Art. 231 des Versailler Friedensvertrages, mit einer Mitschuld an der Inflation, mit der Annahme des Dawes- und Youngplanes belastete.

Ein Kommunist W i e s n e r warb für seine Partei, nachdem die bisherige, von der Sozialdemokratie z. T. mit zu verantwortende Politik ins Elend geführt habe.

In seinem Schlusswort ging der Referent, z. T. mit starker Ironie, auf die gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe der beiden Diskussionsredner ein, die er an Hand von Unterlagen widerlegte und berichtigte. Er bewies dabei eine außerordentliche Kenntnis der politischen Vorgänge der letzten Jahre und fand auch für diese Ausführungen stärksten Beifall.

Der Versammlungsleiter, Gemeinderat M i k e l e r, dankte dem Redner für seine Ausführungen und richtete auch von sich aus den Appell an die Versammlung, am Tage der Wahl zu der Sozialdemokratischen Partei zu stehen; er schloß mit dem Dank an die Versammelten für das außerordentlich zahlreiche Erscheinen und das Interesse an dem Referat des Abends.

Wahlversammlung der K. P. D.

An Stelle des offenbar verhinderten Abgeordneten Wohlmuth sprach am Donnerstag abend im überfüllten „Spriehausaal“ der kommunistischen Reichstagsabgeordnete K i p p e n b e r g e r über das Thema „Sozialistischer Aufstieg oder Untergang in Barbaria“, nachdem die Versammlung durch den Vorsitzenden H u t - A a l e n, eröffnet worden war.

Der Redner ging davon aus, daß nicht nur im Ausland — selbst dort, wo heute noch der Faschismus herrsche —, sondern auch im Inland die revolutionäre Idee im Wachsen begriffen sei. Auf die deutsche Politik übergehend, versuchte der Redner nachzuweisen, daß die mit Unterstützung der S. P. D. erfolgte Annahme des Youngplanes die Wurzel alles Übels sei. Der Youngplan verlange eine Steigerung des deutschen Exports, und diese bedinge wiederum eine Herabsetzung der Gestehungskosten in Form von Abbau der Arbeitslöhne und der Sozialversicherungsleistungen. Indirekt treibe diese Export-Expansion zu einem neuen Krieg und zwar gegen die Sowjet-Union. Der Referent forderte deshalb zu schärfstem Kampf und zu einer Sabotierung des Youngplanes auf in Form von Lohnforderungen und Streiks und in Form von Steuerverweigerungen auf breitestter Grundlage.

Der Redner rechnete dann in ähnlicher Weise, wie am Vorabend der Referent der S. P. D., mit der n a t i o n a l - s o z i a l i s t i s c h e n Bewegung ab, deren „nationale“ und insbesondere „sozialistische“ Einstellung er auf das schärfste bestreit. Der Sozialdemokratie mache er insbesonder zum Vorwurf, daß sie im November 1918 die proletarische Diktatur in Deutschland mit verhindert habe. Das Z e n t r u m versuche durch eine Entstellung der Tatsachen, die Sowjet-Union in den Verdacht zu bringen, als ob sie die Anhänger des katholischen Glaubensbekenntnisses verfolge, was durchaus nicht zutreffe.

Er ging dann dazu über, aus seinen Erfahrungen im Reichstag zu berichten und betonte, daß nicht dort und im Zeichen des Parlamentarismus die Entscheidung gesucht werden müsse, selbst wenn die K. P. D. bei der Wahl an Stimmen gewinnen werde; der Kampf werde vielmehr in anderer Form auszutragen sein.

Der Redner schilderte dann den wirtschaftlichen Aufstieg der Sowjet-Union, wo es nur 470 000 Erwerbslose, darunter keine „gelernten“ Arbeiter, gebe, und wo an Hand der Planwirtschaft und modernster Wirtschaftsmethoden die revolutionäre Bewegung den Beweis der Richtigkeit ihrer Idee erbringe.

Die Ausführungen des Redners, der am Schluß dazu anforderte, am 14. September die kommunistische Liste zu wählen, wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

An der Diskussion beteiligte sich nur der hiesige Kommunist Schenck, der seine persönliche Einstellung zum Christentum und Kommunismus schilderte. In seinem Schlußwort wies der Referent des Abends noch besonders darauf hin, daß überall dort, wo der Katholizismus herrschend sei, der Faschismus zur Vorherrschaft gelange. Im übrigen bedauerte er, daß sich kein politischer Gegner zum Wort gemeldet habe, was die Erstarkung des revolutionären Gedankens beweise. Der Leiter schloß gegen 11 Uhr die Versammlung.

Wahlversammlung des Zentrums.

Das Zentrum hat, nachdem in verschiedenen Ortschaften des Oberamtes schon Versammlungen abgehalten wurden, auf gestern abend auch hier seine Anhänger und Freunde, und überhaupt jedermann, in den Löwenkellersaal zu einer öffentlichen Wahlversammlung eingeladen, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende der Halener Zentrumsparcie, Herr Oberlehrer Höfner, eröffnete und begrüßte die Versammlung, dankte für das zahlreiche Erscheinen und gab in bekannt humorvoller Weise der Hoffnung Ausdruck, die Versammlung möge einen geordneten, friedlichen Verlauf nehmen. Sodann erteilte er dem Hauptredner des Abends, dem früheren Reichstagsabgeordneten Groß, das Wort zu seinem Vortrag über: Was bedeutet der 14. September für die Zukunft unseres Volkes? Benannter Herr sprach zunächst über die Reichstagsauflösung und über das Zustandekommen des letzten Reichstages. Es seien da von verschiedenen Parteien, besonders den sozialdemokratischen, Versprechungen, die z. T. als Wahlversprechen erfüllt wurden, gemacht und nicht gehalten worden. Verschiedene Parteien seien nur Interessenhausen, mit denen keine staatspolitischen Aufgaben gemeistert werden können. Das gesamte parlamentarische Leben liege z. Zt. stark darnieder; es fehle das Vertrauen und der demokratische Gedanke sei gefährdet; die Sozialdemokratie habe den Todesstoß dazu gegeben. Das Zentrum sei klug genug, auch jetzt wieder nichts zu versprechen, was es nicht einhalten und realisieren könne. Die Arbeitslosigkeit und die Kapitalflucht, welche beide vor der Reichstagsauflösung eine gewisse Stabilität erreicht hätten, seien von dem Tag der Auflösung an wieder gewachsen. Nach einer 12-jährigen Zersplitterung sollte nicht noch eine größere Zerschafftheit um sich greifen; es sei Sammlung notwendig, und wenn keine Gesundung auf diesem Gebiet eintrete, müsse man für unser Vaterland die größten Bedenken haben. Der Redner kennzeichnete sodann die Stellung des Zentrums und von den anderen Parteien besonders die der Sozialdemokraten, wie sie u. a. bezüglich des Youngplanes, der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, der Arbeitslojenversicherung und des Krankenfassenwesens eingenommen worden ist. In der Wirtschaftskrise, die zur Weltwirtschaftskrise geworden sei, deren Auswirkung kein Mensch übersehen könne, seien wir noch nicht über dem Berg. Die Arbeitslosigkeit, worin Deutschland an zweiter Stelle stehe (Polen an erster), bedeute für viele Familien das Schlimmste, was einem widerfahren könne und habe auch auf Mexika übergegriffen mit furchtbaren Folgen. Die Zinspolitik der Banken müsse gebrochen werden, sonst gehe die

Wirtschaft zugrunde. Verschiedene Auswüchse im Kranken-lassenwesen sollen beseitigt werden. Hier wäre besonders auch für die Sozialdemokraten als Arbeiterpartei ein reiches Feld zur Mitarbeit und fruchtbringender Betätigung. Der neue Reichstag habe schwierige Probleme und große Aufgaben zu lösen, um das deutsche Volk besseren Zeiten entgegenzuführen, und das Zentrum scheue sich auch jetzt wieder nicht, ernsthaft an die Arbeiten heranzugehen. Mit begeisterten Worten wandte sich der Redner noch an die Jugend, die zahlreich vertreten war, und der ein wohnliches Haus gebaut werden soll, und schloss seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: Mit Gottvertrauen auf zu neuem Kampf und zu neuem Sieg am 14. September!

Nach kurzer Pause wurde in die Diskussion eingetreten. Es meldete sich als erster Redner Herr L. Wölle zum Wort und bezeichnete in einem überreichen, wirren Worteschwall den bisherigen Reichstag als schwerfälligen Apparat. Den Herren Abgeordneten hielt er Interesselosigkeit und Mangel an Ernst und Opferwilligkeit vor; es fehle das Gewissen und das Rechtigkeitsgefühl. Sodann verlas er noch ein umfangreiches Flugblatt der Volksrechtspartei, worin besonders von hohen Gehältern die Rede war, die auch ihm ein Dorn im Auge sind.

Als Vertreter der Nationalsozialisten sprach Herr Schmidt. Er führte scharfe Worte gegen Politik in der Kirche, da ein katholischer Geistlicher hier vor einiger Zeit eine Wahlpredigt gehalten habe, und bezeichnete die Zentrumsprese als eine Schmach für das deutsche Volk. Die Kirche sei das Haus Gottes und dürfe nicht zu Wahlagitationen benutzt werden. Die Nationalsozialisten seien keine Kirchen- und Religionsfeinde; sie achten und schätzen den konfessionellen Frieden. Unter besonderer Betonung seiner guten, religiösen Gesinnung und die der ganzen Partei, und unter dem fröhlichen Beifall seiner anwesenden Parteifreunde endete er mit dem Ruf: Gott sei mit uns!

Herr Grieser, Geschäftsführer der „Einla“, erklärte, daß hier noch nie ein Geistlicher in der Kirche eine Wahlrede gehalten habe, und ging dann noch im besonderen auf das Krankenklassengesetz ein. Daselbe habe allerdings teilweise eine Verschlechterung gebracht, was aber im Hinblick auf andere, denen es noch schlechter gehe, getragen werden könne. Andererseits biete es auch Vorteile. Das Zentrum habe bisher immer noch das größte Verantwortungsgefühl aufgebracht, und darum solle man ihm treu bleiben.

Ein weiterer Redner, Herr Mayer, bekannte sich als parteilos und meinte, es sei nicht zu verstehen, wie der Youngplan habe angenommen werden können; aber er habe eben den bestehenden Klassen keine Verschlechterung gebracht in dem Umfang, wie der unteren Volkschicht. Das Zentrum bekämpfe jede Partei und gehe nachher doch wieder mit allen zusammen. Wenn der Staat so arm sei, wie es immer hingestellt werde, so sollten Monatsgehälter von 1000, höchstens 2000 Mark, genügen. Sein Schlußwort lautete: Deutsche Jugend, deutsche Frauen, deutsche Männer, wenn Ihr nicht wisst, welche Partei Euch helfen kann, so bleibt am Wahltag zu Hause!

Anschließend nahm Reichstagsabgeordneter Groß noch einmal das Wort und gab dem ersten Diskussionsredner in Ernst und Ruhe aufrichtige Mahnworte und Beweise von der Opferwilligkeit sämtlicher Reichstagsabgeordneter und anderer Persönlichkeiten zu Gunsten der Arbeitslosen. Dem nationalsozialistischen und ebenso dem als parteilos bezeichneten Redner, hinter dem ebenfalls ein Nationalsozialist stand, legte er in längeren, durch störende Zwischenrufe von verschiedenen Seiten unterbrochenen Ausführungen die „gute“ religiöse Bezeichnung der nationalsozialistischen Partei an zahlreichen Beispielen klar. Unter tosendem, anhaltendem Beifall schloß der gewandte Redner mit dem Ruf: Jetzt erst recht Zentrum!

Der Vorsitzende sprach noch geziemende Dankesworte und schloß die Versammlung mit dem Appell: Wählen Sie mit dem Mut der Verantwortung und mit der Glut der Begeisterung für unser Volk und Vaterland!

Wahlversammlung der N.S.D.A.P.

Nachdem die Nationalsozialisten schon in den letzten Tagen auch in der Öffentlichkeit eine starke Werbetätigkeit entwickelt hatten, bewies der außerordentlich starke Besuch der Donnerslags-Versammlung, die den „Löwenkellersaal“ einschl. Galerie bis auf den letzten Platz füllte, die Anziehungskraft dieser verhältnismäßig jungen Bewegung. Der Saal war in der üblichen Weise ausgebaumt, vor der Bühne hatte sich die hiesige SA-Abteilung aufgebaut, die auch zwischen Referat und Diskussion mit Trommeln und Pfeifen für die Partei warb.

Der Ortsgruppenführer, Ing. Kling, eröffnete die Versammlung und führte als Redner des Abends den Schriftleiter des „Stürmer“, Stadtrat Holz, Nürnberg, ein, der zu der „Bedeutung der kommenden Wahl“ in einem etwa zweistündigen Referat das Wort ergriff.

Im ersten Teile seines Vortrags ging er in einer nach Form und Inhalt außerordentlich scharfen Weise mit den Gegnern der nationalsozialistischen Bewegung ins Gericht. Schon die Tatsache, daß seine Partei von rechts und links in gleich scharfer Form, aber unter direkt entgegengesetzter Begründung angegriffen werde, müßte dem Vernünftigen zu denken geben. Den Vorwurf der Linken, als sei die Partei die Schuhtruppe des Kapitals und des Unternehmertums, widerlegte er mit dem Hinweis, daß das Kapital gar keine Schuhtruppe benötige, nachdem es in den 12 Jahren bürgerlich-marxistischer Regierung weder ausreichend besteuert, noch selbst unter einem sozialistischen Finanzminister der Kapitalflucht entgegengewirkt worden sei. Nur das schaffende Volk habe man besteuert. Er legte in diesem Zusammenhang die nationalsozialistische Auffassung des Begriffs der „Arbeit“ und der „Ausbeutung“ dar, indem er trennte zwischen dem jüdischen Bank- und Aktienkapital und dem produktiv schaffenden Wirtschaftskapital. Der „Aktionär“ und „Aufsichtsrat“, der durch ausbeutende Ausnützung fremder Arbeitskraft und überspannte Nationalisierung lediglich egoistisch für eine möglichst hohe Verzinsung seines Kapitals ohne eigene Arbeitsleistung sorge, sei allein zu bekämpfen. Der S.P.D. mache er zum schweren Vorwurfe, daß sie die großen Werke in Deutschland, wie Krupp, Stinnes usw. nur so lange bekämpft habe, als sie in dem Besitz von Deutschen gewesen seien, die für diese Werke gearbeitet und geschafft haben. In dem Augenblick, wo sie in die Hände des jüdischen Bankkapitals übergegangen seien, habe man nichts mehr von einer Bekämpfung durch den Marxismus gehört und gesehen. J. Ue. sei der Nationalsozialismus nicht für eine bedingungslos gleichmachende Sozialisierung, sondern fordere als obersten Grundsatz: „Wie die Leistung, so der Lohn.“ Der Staat habe die Verpflichtung, jedem Arbeitswilligen Arbeit zu verschaffen; wenn eine Regierung dies nicht fertig bringe, so habe sie abzudanken. Denn das deutsche Volk sei fleißig, tüchtig und arbeitswillig. Aber über dem durch deutschen Fleiß geschaffenen schönen Vaterlande sitze der jüdische Bankier. Deshalb sei es Pflicht, den Arbeiter der Sterne und der Faust gegen das jüdische internationale Bankkapital zu schützen.

Bezüglich des Eigentumsbegriffes stehe der Nationalsozialismus auf dem Standpunkt, daß das, was der Mensch er arbeite, auch sein Eigentum sein und bleiben müsse. Die Inflation sei ein Riesenraubzug der Banken und Bankjuden an deutschen Volk gewesen, deshalb habe seine Partei das Programm, die Banken zu verstaatlichen und im Jahre 23 habe die R.S.D.A.P. als erstes sämtliche Banken geschlossen und beschlagnahmt, im Jahre 1926, das für die Spekulation ein „goldenes“ gewesen sei, im Reichstag beantragt, daß man die Hälfte der auf dem Wege der Spekulation usw. „verdienten“ 13 Milliarden beschlagnahmen solle. Aber alle anderen Parteien haben sich in der Ablehnung dieses Antrags als die wahre Schuttruppe des unproduktiven Kapitals gezeigt.

Wie der Arbeiter nur gegen das Kapital gehetzt werde, solange es als werbendes Kapital im Besitz deutscher Unternehmer sei, so höre man auch jetzt nichts mehr von Streiks, seit die Juden in der Hauptsache die deutsche Industrie in der Hand haben.

In Russland herrsche Lebensmittelnot, und der Arbeiter sei dort der ausgebeutete Mensch, weil auch dort der Jude herrsche. Auch für die mit Juden durchsetzten sozialistischen Parteiführer in Berlin sei die soziale Frage seit dem November 1918 gelöst, denn diesen Parteiführern an den Futterkrippen gehe es ganz ausgezeichnet. Der Frontoffizier, der sein Letztes mit dem Frontsoldaten geteilt habe, sei hundertmal sozialer gewesen, als diese Parteibonzen. Der Redner ging dann scharf ins Gericht mit der Revolution im Jahre 1918, die arm gewesen sei an Ideen und die sich gegen den verdienten Frontoffizier und Frontsoldaten gerichtet habe, statt gegen Schieber- und Kriegsgewinnertum, statt gegen Warenhaus und Judenbank. Fürsten, Könige und Kaiser habe man verjagt und Schieber und Gauner auf den Thron gesetzt. Die Angst der sozialistisch-marginalischen Parteibonzen vor dem Nationalsozialismus sei begründet, denn seine Partei werde, zur Macht gekommen, einen Staatsgerichtshof einsetzen gegen die Novemberverbrecher.

Dem Zentrum warf der Redner vor, es zeige nach außen das Priesterkleid, nach innen Charakterlosigkeit. Der Nationalsozialist sei nicht religionsfeindlich, aber er fordere ein Christentum der Tat. Wer ein ehrlicher Deutscher sei, der sei auch ein ehrlicher Christ und umgekehrt.

Stadtrat Holz forderte dann im zweiten Teile seiner Rede dazu auf, dem Nationalsozialismus am 14. nicht nur die Stimme, sondern auch das Herz zu geben, obwohl er nur schweren Kampf und einen steilen Weg in Aussicht stellen könne. Er selbst aber ziehe den Tod vor einer Versklavung auf Generationen vor. Die Erde sei, wie Hitler sage, nicht da für seige Völker, der Pazifismus führe nur zum Kriege, denn man habe im Betrag von Locarno den Westmächten für ihren Kampf gegen Sowjetrussland nicht nur das freie Durchzugsrecht, sondern auch das Recht der Rekrutierung in Deutschland zugesichert. Ein Bündnis mit England und Italien würde Deutschland schützen und den Frieden sichern. Aber jetzt, wo Deutschland am Boden liege, da dürfe man es nicht im Stiche lassen, sondern müsse es erst recht lieben. Das Ideal der „Internationale“ gebe es in Wirklichkeit nicht, was die Einstellung der auswärtigen Arbeiterregierungen und Parteien zum Friedens- und Young-Vertrag beweise.

Seine temperamentvollen Ausführungen gipfelten in der Forderung einer Wiedererweckung der nationalen Tugenden in Deutschland, das seinen Weg zurückfinden müsse zu dem Grundsatz „lieber tot, als Sklave“.

Die Ausführungen des Redners wurden mit stürkstem Beifall aufgenommen und in sein später ausgebrachtes Heil auf Deutschland und Adolf Hitler stimmte ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer mit Begeisterung ein. Ingenieur K i n g eröffnete nach einer kleinen Pause die Diskussion; einem früheren Anhänger der Partei wurde aber wegen seiner „Desertion“ und „Jugendlichkeit“ das Wort verweigert. Dagegen brantwörte der Redner noch eine Ansfrage, wie sich der Nationalsozialismus zum Beamtenstumme stelle, mit dem Bekenntnis zum Berufsbeamtenstum, während man das Parteibeamtenstum mit Stumpf und Stil wieder auszumerzen habe. Zu sparen müsse man oben anfangen, nicht bei den unteren und mittleren Beamten. Mit einem nochmaligen Appell an die Mitarbeit im Kampf um einen Wiederaufstieg Deutschlands schloß der Redner unter erneutem starkem Beifall und „Heil“ rufen.

Öffentliche Wahlversammlung.

Am Donnerstag den 4. September abends 8 Uhr im „Sprichhausaal“ spricht Reichstagsabgeordneter W o h l m u t h aus Berlin über:

„sozialistischer Aufstieg oder Untergang in Barbarei“.

Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter und Gewerbetreibender verjammte es, sich die programmatischen Ausführungen Wohlmutts über den einzigen Ausweg aus Not und Verflamung, über die Errichtung eines freien sozialistischen Deutschland anzuhören.

Einheit fei!

Kommunistische Partei, Ortsgruppe Aalen.

Die Nichtwähler sind für das Schicksal Deutschlands verantwortlich!



Anzeigen in den Tageszeitungen wandten sich gegen erste Anzeichen von „Wahlmüdigkeit.“

Die Landtags- und Reichstagswahl 1930

Mit der Schlagzeile „Der gestärkte Radikalismus“ betitelte der Schwäbische Merkur in seiner Sonderausgabe am Tag nach der Wahl treffend das württembergische Gesamtergebnis. Neben NSDAP (9,35%) und KPD (9,3%) zählte vor allem das Zentrum (21,6%) zu den deutlichen Gewinnern im Land. Infolge der starken Wahlbeteiligung büßte die SPD (20%) zwar Prozentpunkte ein, konnte jedoch absolut gesehen einige Tausend Stimmen dazugewinnen. Dagegen waren die liberalen und konservativen Parteien, die Einheitsliste deutsche Volkspartei und deutsche Staatspartei (9,6%) sowie die DNVP (3,92%) und der Bauernbund (12,8%), die Verlierer der Wahl.

Die Ergebnisse im Oberamt Aalen unterschieden sich nicht vom Gesamtrend, zeigten aber in einigen Fällen doch deutliche Abweichungen vom jeweiligen Landesdurchschnitt. So erzielte das Zentrum mit 42,2% das mit Abstand beste Ergebnis aller Parteien im Bezirk. Mit 18,8% rangierten die Sozialdemokraten auf Platz 2. Zum Vergleich: in den benachbarten Oberämtern Ellwangen und Gmünd lag der Stimmenanteil für das Zentrum bei 76,9% bzw. 54,4%. Die SPD kam dagegen im Virngrund auf bescheidene 1,9%. Im Gmünder Raum blieb sie mit 8,24% hinter der KPD zurück, die mit ihren 9,9% etwas über dem Landesdurchschnitt kam. Dagegen lagen die schlechten Ergebnisse der Liberalen, der Deutschnationalen sowie des Bauern- und Weingärtnerbundes in allen drei Oberämtern deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

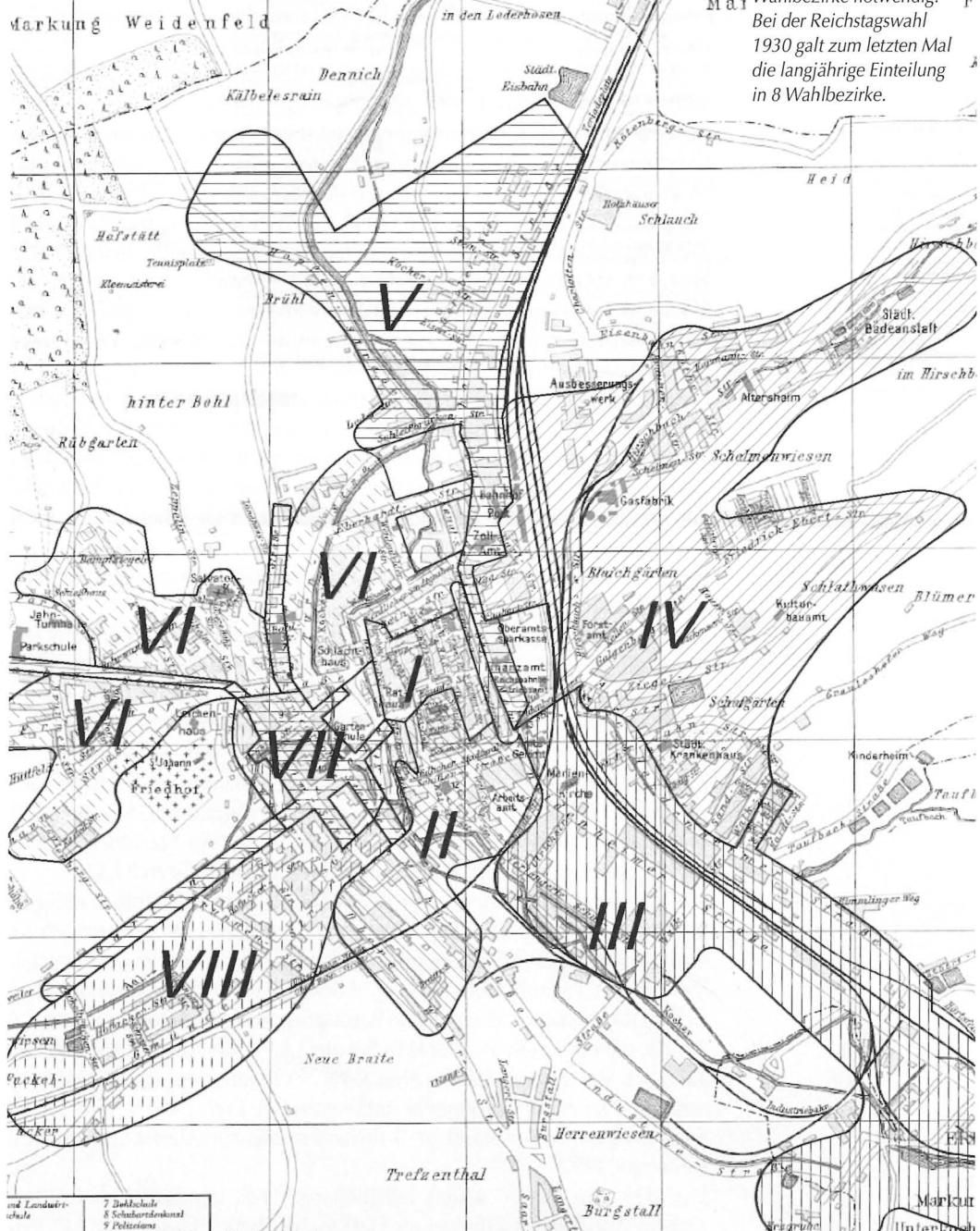
Im Vergleich zur Reichstagswahl 1928 konnte die NSDAP erhebliche Gewinne für sich verbuchen. Während sie im Bezirk Gmünd die Stimmenzahl von 201 auf 1220 (5,57% der gültigen Stimmen 1930) und im Oberamt Ellwangen von 88 auf 488 (3,2%) steigern konnte, schnellte der Anteil im Oberamt Aalen von 303 Stimmen im Jahr 1928 auf 2223 Stimmen und damit auf 11,9% hoch. Anzumerken ist auch, dass die Nationalsozialisten im Bezirk Heidenheim, wohin nach wie vor enge Verbindungen bestanden, ihr zweitbestes Ergebnis auf der Ostalb erreichten.

Bei der Verteilung der Stimmen innerhalb des Oberamtes ist festzustellen, dass 44,4% der SPD-Wähler in Aalen ansässig waren. Die restlichen 55,5% für die Sozialdemokraten kamen aus den übrigen Ortschaften, wobei Wasseralfingen, Unterrombach und Unterkochen eine deutliche Vorreiterrolle übernahmen. Deutlich anders gewichtet waren die Stimmenanteile beim Zentrum. Diese Partei holte 23,5% in Aalen und über 76% in den Dörfern, allein 1117 Stimmen in Wasseralfingen. Bei der NSDAP lagen die Ergebnisse zwar enger beisammen, die Verteilung war jedoch genau umgekehrt. Während die Nationalsozialisten etwas mehr als 42% im Oberamt holten, kamen allein 57% der Stimmen aus Aalen. Prozentual

AALEN

1932

Maßstab 1:11000
50 100 200 300 400 500
Meter
Zeichnung von Stadtgeometer Roschmann, Aalen.



Durch den Bevölkerungsanstieg (1930: 12177; 1932: 12703 Einwohner) wurde ab 1932 eine Einteilung der Stadt in 12 Wahlbezirke notwendig. Bei der Reichstagswahl 1930 galt zum letzten Mal die langjährige Einteilung in 8 Wahlbezirke.

erreichten das Zentrum in der Kocherstadt erreichten das Zentrum 26,6%, die SPD 22,8% und die NSDAP 18,7% der gültigen Stimmen.

Dabei sind interessante Unterschiede im Abstimmungsverhalten der einzelnen Aalener Wahlbezirke festzustellen. Mit 1149 Wahlberechtigten lag der Bezirk Nr. 4 als größter von insgesamt 8 Bezirken bis auf die Schubart- und Olgastraße (heute Wilhelm-Zapf-Straße) jenseits der Bahnlinie. Den Schwerpunkt der Oststadt bildete die nördlich gelegene Hirschbachsiedlung, mit einem hohen Anteil an Eisenbahnhern und Arbeitern. In südlicher Richtung erstreckte sich der Bezirk entlang der Alten Heidenheimerstraße bis zur Sandstraße. Sowohl das Zentrum (362 Stimmen; 5,2%), als auch die SPD (238 Stimmen, 3,4%) und die KPD (74 Stimmen, 1,08%) erzielten hier ihre besten Ergebnisse. Dagegen brachte es die NSDAP mit 139 Stimmen (2%) auf das zweitschlechteste Resultat in Aalen.

Nach absoluten Zahlen erzielten die Nationalsozialisten ihr bestes Ergebnis im Bezirk 2 (215 Stimmen), der die südliche Hälfte der heutigen Kernstadt zwischen Reichstädterstraße und der Bahnlinie umfasste. Hier lagen sie gleichauf mit dem Zentrum (215 Stimmen) und der SPD (216 Stimmen). Für die KPD stimmten 64 Wähler. Auch die Liberalen waren in der weitgehend von den potenteren Handels- und Gewerbebetrieben geprägten „Oberstadt“ und ihrem südlichen Randbereich mit 105 Stimmen gut vertreten.

Ein ähnliches Kopf-an-Kopf-Rennen gab es dagegen im Zentrum der Kernstadt und ihren westlichen bzw. östlichen Randbereichen nicht. In Wahlbezirk 1, zu dem der Alte Kirchplatz, die Haupt-, Hirsch-, Kreuz-, Lamm-, Löwen-, Mittelbach-, Roß-, Schul- und Storchenstraße sowie der westliche Stadtgraben zählten, holte die NSDAP mit 187 Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis. Damit gelang es ihr, alle anderen Parteien hinter sich zu lassen. Von den abgegebenen gültigen Stimmen (753, bei 871 Wahlberechtigten) im Wahlbezirk 1 entfielen auf die Sozialdemokraten 21,1%, das Zentrum 20,6% und auf die Nationalsozialisten 24,5%.

Die stärkste Berufsgruppe unter den 401 männlichen Wahlberechtigten bildeten in diesem Bezirk die Handwerker mit 39,9%. Man muss sich jedoch die Größe ihrer Betriebe bestenfalls als mittel, eher sehr klein vorstellen. Allein 15 Schuhmachermeister, 2 Schuhmacher und 1 Gehilfe teilten sich im Bezirk die Kundschaft. Die Berufsgruppe der Arbeiter belief sich auf 24,6%, die der Kaufleute und Händler auf 13,2% und die der Angestellten auf 6,8%. Bei der Eisenbahn waren 5,4% der Männer im Wahlbezirk 1 beschäftigt. Der Anteil der Rentner und Pensionäre betrug 4,5%, die Gruppe der Sonstigen. (8 Selbständige, 4 Privatiers, 2 Unternehmer, 2 Beamte, 2 weitere) 4,49%.

Von den 466 Frauen waren lediglich ca. 16% berufstätig, wobei mit großem Abstand die Tätigkeit als Haustochter bzw. Hausgehilfin (47 Per-



sonen) zu nennen ist. Daneben gab es 5 Kontoristinnen, 2 Lehrerinnen, einige Arbeiterinnen und Servierpersonal. Schneiderinnen, Näherinnen oder Modistinnen waren als Einzelberufe ebenfalls vertreten.

Bedauerlicherweise konnte nur bei 65,7% der Wahlberechtigten die konfessionelle Zugehörigkeit festgestellt werden. Mit 40,1% lagen die Protestanten deutlich vor den Katholiken, zu denen 25,6% der Männer und Frauen im Bezirk zählten. Da sich der evangelische Bevölkerungsanteil Aalens in der Regel auf den Innenstadtbereich konzentrierte, ist davon auszugehen, dass auch bei den ungeklärten 35% ein deutliches Übergewicht der Protestanten bestand.

Die Frage nach dem Wählerpotential, das sich in Aalen von Hitler und seiner NSDAP 1930 angesprochen fühlte, kann also relativ konkret beantwortet werden. Wie in anderen Städten zählten hierzu insbesondere die Männer und Frauen aus dem Kleingewerblichen Milieu, der untere vornehmlich protestantisch geprägte Mittelstand.⁴⁵ Nicht zu übersehen ist freilich auch, dass die Altersgruppe der 20-29jährigen im Wahlbezirk 1 mit 30,28% zahlenmäßig am stärksten vertreten war. Bekanntlich gelang es der NSDAP, einen erheblichen Anteil der Jungwähler zu mobilisieren.

Bei der Eröffnung des neu gewählten Reichstags am 13. Oktober 1930 erschienen die 107 Abgeordneten der NSDAP in ihren braunen Uniformen.

Radikalisierung statt Ausgleich

Schon mit der Bekanntgabe der Ergebnisse bemühte sich die Kocherzeitung, die im Wahlkampf aufgerissenen Gräben wieder zu überbrücken. „Eines aber ist notwendig dass man von Kampf und Hass der Wahl zurückfindet zu der Erkenntnis, dass wir alle Deutsche sind und in unserer übergroßen Mehrheit das Beste wollen für Volk und Vaterland, wenn auch die Wege verschieden sind, die wir gehen wollen und suchen.“⁴⁶ Die erneute „ gegenseitige Verständigung“ erschien ihr als der einzige mögliche Weg, um überhaupt „zu regieren und zu lenken“. Allerdings sah sie auch Schwierigkeiten, insbesondere für die Parteien, die „alle Brücken nach rechts oder links abgebrochen und gegen alle anderen gekämpft hatten“. Die Hoffnung, dass der kommenden Winter bereits den „Keim eines neuen Frühlings, des Aufstieges trotz Arbeitslosigkeit und Arbeitsmangels in Industrie und Gewerbe“ in sich trug, stellte sich schon bald als trügerisch heraus. Statt des erhofften politischen Ausgleichs kam es in den folgenden Monaten zu einer weiteren Radikalisierung des innenpolitischen Klimas im gesamten Reich. Sowohl NSDAP als auch KPD sorgten durch ihre verstärkte Propagandatätigkeit für eine Verhärtung der Fronten.

Bis zum Mai 1931 traten in Aalen auch die Kommunisten verstärkt in Erscheinung. Am 5. Januar hielt der Referent G. Wunsch aus Stuttgart einen mehrstündigen Vortrag über die Sowjetunion. Am 23. Februar wiederholte eine Frau Walter, ebenfalls aus der Landeshauptstadt, in ihrem Referat die Vorzüge „des russischen Experiments“ und grenzte sich gegen über der SPD, welche die „Interessen der Arbeiter verrate“, scharf ab. In dasselbe Horn stieß die Genossin Gehr bei der Demonstration, die am 1. Mai auf dem Marktplatz stattfand. Als Zweck der Veranstaltung nannte sie „weitere Arbeiter in die revolutionäre Partei zu führen, zum Kampf gegen den Kapitalismus, Sozialfaschismus und Nationalfaschismus und zur Errichtung eines Sowjetdeutschland“.

Es ist nicht davon auszugehen, dass diese Schlagworte der Ortsgruppe großen Zulauf bescherten. Das Frühlingsfest, das die Aalener Sozialdemokraten zusammen mit dem Gesangverein Lassalia, den Naturfreunden und den Sportlern auf dem Gelände des Arbeitersportvereins „Jahn“ im Rohr-

Dem Aufruf des kommunistischen Flugblattes: „Kämpft in der Einheitsfront unter Sichel und Hammer“ folgten in Aalen nur wenige Menschen.

*Kapitalist. Republik = nur Elend
u. Fämmen. Kämpft in der
Einheitsfront unter S. u. H.*

wang am selben Tag veranstalteten, war wesentlich besser besucht. Weshalb die KPD in Aalen ihre Versammlungstätigkeit kurz darauf für das nächste halbe Jahr nahezu einstellte, ist zwar nicht bekannt, lässt aber ebenfalls auf eine gewisse Erfolglosigkeit schließen. Die letzte Veranstaltung des Jahres 1931, die am 18. Oktober im Spritzenhaus stattfand „verstärkte sich auch trotz längeren Zuwartens nicht“⁴⁷.

Dennoch blieb die Partei ein wichtiger Bezugspunkt für die Propagandatätigkeit der Aalener NSDAP und ihre heftigen Attacken gegen die Republik. Bereits in der ersten Versammlung am 13. Januar 1931 hatte sie mit der Fragestellung „National-sozialistischer Aufstieg oder marxistischer Untergang?“ die Konfrontation gesucht. Bis Juli folgten weitere fünf Veranstaltungen, in denen ein wachsendes Publikum vor „sowjetischen Zuständen“ gewarnt und zugleich die parlamentarische Demokratie als „System der Verantwortungslosigkeit“ verdammt wurde. An seine Stelle musste nach Auffassung der Nationalsozialisten ein Staatsgebilde mit „einem verantwortungsfreudigen und verantwortungsbewussten Führertum“ rücken. Nur so schien es ihr möglich, Deutschland zu retten.

Zur Verteidigung der Demokratie

Mit enormem Kraftaufwand versuchte das Zentrum diesen „Visionen“, die nichts weiter als eine Diktatur bedeuteten, entgegenzutreten. Dabei beschränkte sich die Partei nicht auf punktuelle Aktionen, sondern hatte durchaus die gesamte Ostalb im Blickfeld. Am 25. Januar 1931 wurden in allen katholischen Gemeinden des Oberamts Aalen Versammlungen mit „gewandten Rednern“ abgehalten, um vor der braunen Gefahr zu warnen. In Aalen hatten im überfüllten Löwenkeller Domkapitular und MdL Dr. Kaim sowie der württembergische Staatspräsident, Dr. Bolz mit einem bemerkenswerten Vergleich ihren Zuhörern den Ernst der Lage vor Augen geführt: „In den derzeitigen Großkampftagen und Großkampfzeiten, die heftiger sind als im Weltkrieg, ist auch das Zentrum auf der Wacht; es lässt sich an Liebe zum Vaterland nicht übertreffen, auch von denen nicht, die das Wort „national“ in ihrer Firma haben.“

Wie sich bald herausstellte, war dieser Aktionstag des Zentrums nur der Auftakt für weitere ungewohnte Aktivitäten. Dabei trat in den folgenden Monaten ausschließlich das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in der Öffentlichkeit auf. Als „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“ 1924 von Vertretern der SPD, DDP und des Zentrums in Magdeburg gegründet, hatte sich die Selbstschutzorganisation inzwischen zum mitgliederstärksten politischen Kampfverband der Weimarer Republik entwickelt. Die Ortsgruppe in Aalen übernahm ab Februar 1931 stellvertretend für das Zen-



Plakat des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold.

trum, die SPD und die Liberalen die politische Auseinandersetzung mit der NSDAP.

Wie der Bericht über die Veranstaltung am 20. März 1931 mit dem Gau-führer des Reichsbanners, Karl Ruggaber, verdeutlicht, standen die Demokraten jedoch vor einem Dilemma. Sollte man zu denselben Mitteln greifen, wie die gefährliche Hitlerpartei, um ihr wirksam entgegentreten zu können? „Nicht Sozialpolitik, nicht Hebung der Arbeiterschaft, nicht ein geistiges Ringen in der Politik ist das Ziel der Faschisten, sondern die Gewalt will man als politisches Ziel setzen und gebrauchen, wo irgendwie es nur möglich ist. Und das führt letzten Endes zum Bürgerkrieg. Ein Krieg wird geführt bis zur Niederlage des Gegners, ein Bürgerkrieg aber bis zur völligen Vernichtung. Das Reichsbanner wird den Krieg vermeiden. [...] Werden die anderen aber mit Gewalt kommen, so wird das Reichsbanner mit denselben Mitteln kommen wie die Angreifer. Das Reichsbanner verteidigt die Demokratie und verurteilt die Diktatur“.

Von verdeckten Kampfansagen dieser Art ließen sich die Hitler-Anhänger in Aalen jedoch ebenso wenig beeindrucken wie von den Versuchen, sie und ihren sogenannten „Führer“ lächerlich zu machen. „Bemerkungen“, wie sie Amtsrichter Dr. Bauer aus Stuttgart in seinen Vortrag auf der letzten Reichsbannerversammlung des Jahres am 18. Mai 1931 einstrebte, wirkten mit ihrem Bezug auf Äußerlichkeiten eher hilflos: „Hitler gleicht dem Reklamegeschäft eines Warenhauses, und sein Verhalten erinnert an einen Zirkus. Er marschiert stets mit der Hundepeitsche in der Hand und schwingt sie wie einen Marschallstab, bereit, jeden Augenblick die Zirkusvorstellung zu beginnen. Nach der Ansicht Hitlers braucht dieser nur auf den Tisch zu schlagen, und die Wirtschaftskrise ist beseitigt.“

Wovon sollen die Leute eigentlich leben?

Dass es so einfach nicht ging, dürfte auch denen klar gewesen sein, die mit der rigiden Spar- und Deflationspolitik des Kabinetts Brüning unzufrieden waren. Die Wirtschaftskrise durchzustehen und sie gleichzeitig zur Streichung der Reparationen zu nutzen, war eine Sache. Die drastischen Folgen der Lohnkürzungen und Steuererhöhungen, mit denen eine erneute Inflation vermieden werden sollte, zu ertragen, jedoch eine andere. Alle Altersgruppen der Bevölkerung bekamen die Auswirkungen mittlerweile zu spüren.

Wie das Jugendamt Aalen im Mai meldete, wurde es immer schwieriger, den männlichen und weiblichen Schulabgängern sowie vielen jugendlichen Arbeitslosen, einen Ausbildungsort oder eine geeignete Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.⁴⁸ Die zweite Notverordnung des Reichspräsi-



Viele der oft kinderreichen Arbeiterfamilien in Aalen und Wasseralfingen wurden von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hart getroffen.

denten und der Reichsregierung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 sparte auch die Versorgung der Kriegsopfer nicht aus. Laut dem Vorsitzenden des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten – Ortsgruppe Wasseralfingen, Nikolaus Uhl, musste ein Verheirateter, 50% erwerbsbeschränkter Kriegsbeschädigter, der für 2 Kinder zu sorgen hatte und erwerbslos wurde, davon ausgehen, dass „ihm von der ab 1. Juli in Ortsklasse D zustehenden Rente von monatlich 57,80 RM, 42,80 RM auf die Arbeitslosen-Unterstützung angerechnet“ wurden. Bei einem Unterstützungsbeitrag von z. B. 60 RM monatlich, blieben dem Betreffenden gerade einmal 17,20 RM Arbeitslosen-Unterstützung im Monat erhalten.⁴⁹ Die drohende Kürzung ihrer Renten wollten die Wasseralfinger Knapp-schaftspensionäre nicht einfach hinnehmen und riefen Anfang Juli zu einer Protestversammlung auf. Verluste bis zu 60%, sollten verkraftet werden. Manche Witwe hatte nur noch 4 Mark in ihrem Geldbeutel, andere erhielten überhaupt nichts mehr. „Wovon sollen nun diese Leute leben und Miete bezahlen?“, fragte die Kocherzeitung besorgt und verwies zugleich auf die „blutleeren Kassen“ der kommunalen Wohlfahrtspflege.⁵⁰ Wie lange noch die Eigentümer der mittelständischen Betriebe ihre Mitarbeiter durch Kurzarbeit vor der Entlassung bewahren oder die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden in Aalen von eigenen Reserven zehren konnten, war ebenfalls fraglich. Die Unzufriedenheit mit den Maß-

nahmen der Regierung kam auf der Bezirksversammlung der Gewerbevereine am 10. August 1931 im „Roten Ochsen“ deutlich zum Ausdruck. „Aus der Mitte der Versammlung wurde auf einen Artikel in einer hiesigen Tageszeitung hingewiesen, in dem von Maßnahmen für eine weitere Preissenkung geschrieben wird, als ob sich eine solche mit den ungeheuren Zinsen und Steuern von heute vertragen würde, weiter wurde über Miet-Abbau, Wohnsteuer, Zwangs-Hypotheken und Gebäude-Entschuldungssteuer, die umgeformt werden soll, gesprochen, alles Dinge, die für den Hausbesitzer neue Lasten mitbringen. [...] Wenn es so weiter gehe wie jetzt, haben Handwerk und Gewerbe kein Interesse mehr an ihren Geschäften, es sei höchste Zeit, dass der selbständige Geschäftsmann endlich aufwache und sich diese Verhältnisse nicht weiter bieten lasse.“⁵¹ Welche Vorbehalte auch im Vorstand des Aalener Handels- und Gewerbevereins gegenüber der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung herrschten, verdeutlichte der Vorsitzende der Handwerker-Abteilung, Flaschnerobermeister Rieger, als er in seiner Ansprache forderte: „es wäre jetzt an der Zeit, dass man von der Regierung statt der leeren Versprechungen endlich einmal Taten sehen würde“.

Der Aalener Kaufhausstreit

Finanzielle Not, wirtschaftliche Verzweiflung sowie die allenthalben spürbare Enttäuschung über die Regierungspolitik – dies alles war Wasser auf die Mühlen der Hitlerpartei. Zwar konnten auch ihre Anhänger in Aalen kein Patentrezept präsentieren, das einen Ausweg aus der Krise versprach. Mochten die Vertreter der demokratischen Parteien bei den Versammlungen im Löwenkeller den NS-Rednern noch so bohrende Fragen stellen, sie erhielten immer dieselbe stereotype Antwort: als „Männer der Tat“ würden die Nationalsozialisten auf jeden Fall alles anders machen. Wie, brauchten sie offensichtlich gar nicht zu sagen. Der Anteil der Bevölkerung, dem diese Antwort genügte, war im Wachsen begriffen.

In der Versammlung vom 16. Juli 1931 erläuterte der neue NS-Ortsgruppenleiter Barth den sogenannten „besseren Kreisen“ von Aalen das Erfolgsrezept der „nationalen Erhebung“: „Der Weg des Nationalsozialismus ist einmal der Kampf um die Macht im Staate auf legalem Wege, aber auch der Kampf um die Seele des deutschen Volkes, um es nicht zu seinem Sklavenlos in einem Sklavengeiste untergehen zu lassen.“

Die verführerische Wirkung dieser Demagogie wurde im wesentlichen durch zwei weitere Komponenten gesteigert. Nicht zum letzten Mal präsentierte sich die NSDAP an diesem Abend als einzig wirksames Gegen gewicht gegen einen „aufziehenden Kommunismus“. Lokalpolitisch von

Wohlwert Einheitspreise in Aalen

So war der Andrang
bei den Eröffnungen in allen Städten!
Bei uns wird er noch größer sein!

Alle Artikel des täglichen Bedarfs
verblüffend billig!

Eröffnung, Freitag den 18.
nachmittags 3 Uhr

25 PFENNIG 50 PFENNIG 1 MARK

Zur Eröffnung Omnibus-Freifahrten	
ab folgenden Ortschaften:	
Unterkochen (2 Fahrten)	1. Abfahrt 2,45 Uhr
Oberalfingen-Hofen	2,15 "
Wasseralfingen (3 Fahrten)	2,45 "
Fachsenfeld	Abfahrt 2,30 Uhr
Laubach	2,45 "
Dewangen	3,15 "
Essingen über Hofherrnweiler	4,00 "

**Wohlwert Einheitspreise
AALEN.**

Mit Großanzeigen warb das neue Kaufhaus Wohlwert in der Bahnhofstraße für seine Eröffnungsaktion.

größerer Bedeutung war jedoch, dass bereits im April 1931 an Stelle des Reichsbahnsekretärs Rudolf Schleicher der Brauereibesitzer Karl Barth die Leitung der Ortsgruppe übernommen hatte. Mit dem in der Öffentlichkeit bekannten und durchaus angesehenen Chef eines mittelständischen Aalener Traditionssunternehmens an der Spitze, gelang es der NSDAP nicht nur, gesellschaftliche Schranken in der Stadt zu überspringen und neue Wählerschichten zu erschließen. Wie die Auseinandersetzung um die Eröffnung des „Wohlwert“-Kaufhauses Anfang Oktober 1931 und das Ergebnis der Gemeinderatswahl im Dezember zeigen, verschaffte sich die Partei dadurch auch ein kommunalpolitisches Profil, das ihr bislang gefehlt hatte. Mit einer fast ganzseitigen Anzeige in der Kocherzeitung protestierten am 17. September 1931 die Gewerbevereine des Bezirks und der Stadt sowie der Bezirkswirteverein Aalen gegen die Eröffnung des neuen „Einheitspreiskaufhauses“ in der Bahnhofstraße und warben um ihre bisherigen Kunden. „Landwirte, Geschäftsleute, Handwerker, Beamte, Angestellte,

Die Mittelstandsvertretungen
in Stadt und Oberamt
protestierten gegen die neue
Konkurrenz.

Muß das sein!

Morgen soll auch hier ein Einheitspreisgeschäft eröffnet werden. Muß das sein? Sind nicht genügend reelle Geschäfte am Platze, welche seither sich alle Mühe geben, die Bevölkerung gut und preiswert zu beliefern?

Muß das sein, daß der **schwerkämpfende Mittelstand auch hier vollends zur Verzweiflung** in der wahrlich trüb genug aussehenden Zeit getrieben wird?

Es ist das Treiben übermächtiger Finanzgrößen, die mit solchen Konsumorganisationen es verstehen, die Not der Massen für sich auszunutzen.

Wir wollen nicht untersuchen, wieviele Gewerbetreibende, **Industrielle und Handwerker** durch die **raffinierten Einkaufsmethoden** der heutigen Auswüchse der Warenhauskonzerne in den Bankrott getrieben werden und wieviele **Arbeiter und Angestellte indirekt** durch solche rücksichtslose Ausbeutung der Hersteller brotlos werden. Ist das nötig?

Durch den Numin des Einzelhandels wird die Stadtverwaltung der weniger noch zuverlässigen steuerlichen Stützen beraubt, durch ruinierte Geschäftsläden das Wohlfahrtsamt noch mehr belastet. Muß das sein?

Ist es nötig, daß der Öffentlichkeit die Augen geöffnet werden darüber, was rücksichtslose Spekulation fertig bringt? Ja, das ist nötig. Ein Hausbesitzer kann sich rühmen, daß er trotz der Steuern eine Rente aus seinem Haus sich gesichert hat, die ein müde und fortgenöss Leben garantiert, daß sie werden **Hunderte anderer Häuser** entwertet, weil die Geschäfte darin zu Grunde gehen, die Kosten aber bleiben. Muß das sein?

Wenn eine Bevölkerung ohne volkswirtschaftliche und nationale und gemeindopolitische Sicht im vermeintlichen Erstaunen eines vielleicht augenblicklichen geringen Gewinnes großkapitalistisch Ausbeutung unterstellt, dann ja.

Landwirte, Geschäftsleute, Handwerker, Beamte, Angestellte, Arbeiter!

In der heutigen Notzeit sind wir mehr als je eine aufeinander angewiesene Schicksalsgemeinschaft. Die Not des Einen ist der Numin des Anderen.

Darum bleibt euren seitherigen Lieferanten treu, **kaufst nur** bei dem **Mitbürger und dem Geschäftsmann**, der hier schon lange Steuern bezahlt, der die Brücke zwischen reich und arm bildet, der mit Euch zusammen die festste Stütze unseres Gemeinwesens ist.

Kauft heute und in Zukunft beim reellen Einzelhandel und gebt alle Handwerksaufträge an hiesige Handwerker.

Die Gewerbe-Vereine
des Bezirks Aalen.

Der Gewerbe- und Handelsverein Aalen
Der Bezirks-Wirte-Verein Aalen.

Arbeiter! In der heutigen Notzeit sind wir mehr als je eine aufeinander angewiesenen Schicksalsgemeinschaft. Die Not des Einen ist der Numin des anderen. Darum bleibt euren seitherigen Lieferanten treu, kauft nur bei dem Mitbürger und dem Geschäftsmann, der hier schon lange Steuern bezahlt, der die Brücke zwischen reich und arm bildet, der mit Euch die festste Stütze unseres Gemeinwesens ist. Kauft heute und in Zukunft beim reellen

Einzelhandel und gibt alle Handwerksaufträge an hiesige Handwerker.“ Omnibusfreifahrten sollten am 18. September dafür sorgen, dass die Menschenmassen von Laubach bis Unterkochen und von Wasseralfingen bis Essingen in die Kocherstadt gebracht wurden, um Artikel für 25 und 50 Pfennige bzw. 1 Mark zu erstehen. Bei der Eröffnung bedauerte der Mitinhaber der Wohlwert-Handelsgesellschaft „Staufia“ m.b.H. mit Hauptsitz in Göppingen, Moritz Guggenheim, dass der örtliche Handel wie im übrigen auch der württembergische Wirtschaftsminister Maier seinem Unternehmen feindlich gegenüberstünden. Der Hinweis, dass der durch das Kaufhaus geförderte „Austauschverkehr“ zwischen Stadt und Land auch den anderen Geschäften zu gute käme, wollte die Konkurrenz nicht gelten lassen. Der Aalener Gewerbeverein sprach von „rücksichtloser Ausbeutung der Hersteller“, „raffinierten Einkaufsmethoden und Auswüchsen der Warenhauskonzerne“, die Mitbewerber in den Bankrott trieben. Zwei Wochen später erhielten die besorgten Geschäftsleute ungebeten Schützenhilfe von Ortsgruppenführer Barth, der erkannt hatte, dass sich der Streit vor allem im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen im Dezember ausschlachten ließ. Am 3. Oktober lud die NSDAP zu einer Versammlung, um zum Thema „Warenhaus-Vernichter des Mittelstandes“ Stellung zu beziehen. Bereits die einleitenden Worte Barths gerieten zu einer Generalabrechnung mit den „Mittelparteien“. „Schuld an der Tatsache, dass heute noch Großkapital zur Gründung derartiger Unternehmen vorhanden ist,

Menschenmassen drängten sich am Eröffnungstag vor den Schaufenstern des neuen Kaufhauses Wohlwert.



sind die Mittelparteien, die der Regierung in ihrer Notverordnungspolitik der Stützung des jüdischen Bankkapitals Hilfe leisten“. Der Hauptredner des Abends, Pg. Metzger aus Calw, forderte die „Kommunalisierung“ aller Warenhäuser, um zu gewährleisten, dass nur „gute Waren“ statt „billiger Lockartikel“ angeboten würden, durch die nur „künstlich ungesunde Luxusbedürfnisse“ entstünden. Mit seiner Polemik gegen die „engstirnige Einstellung der Gewerbevereine, die immer noch das Heil in einer Standes- und Interessenpolitik suchten“, leitete er über zu einer Erläuterung des Hauptziels der NS-Wirtschaftspolitik: „mit Standes- und Parteipolitik Schluss zu machen“. Stattdessen sollte ein Mittelstand „von Grund auf neu gebaut“ neben einem gesunden Bauernstand für eine „gesunde Wirtschaft“ sorgen.

Mit dem neuen Kaufhaus in der Bahnhofstraße hatte die Aalener NSDAP ein Thema besetzt, das ihrer Agitation lokale Bodenhaftung verschaffte. Tunlichst vermeid Ortsgruppenleiter Barth daher jede direkte Forderung nach einer Schließung des Hauses. Er hätte ansonsten keinen lokalen Anknüpfungspunkt mehr für die ideologischen Höhenflüge seiner Redner gehabt. Wie auch der Gewerbeverein erfahren musste, ging es der Ortsgruppe gar nicht um konkrete Vorschläge zur Lösung der lokalen Probleme in Handel und Gewerbe, sondern nur darum, Stimmung für Adolf Hitler und damit gegen die Republik zu machen. Mit dem Kaufhaus als „Aufhänger“ war es möglich, „den Einfluss des jüdischen Goldes“ anzuprangern und zu „beweisen“, dass „der zerstörende Konzerngeist gewissenloser Interessengruppen“ bereits auch Aalen erfasst hatte.⁵²

Drei Gemeinderatsmandate für die NSDAP

Den Termin der Gemeinderatswahl am 12. Dezember 1931 im Visier, verstärkten die Nationalsozialisten kurz darauf die Maßnahmen zur Verunsicherung der Wählerschaft. Zum einen versuchten sie glaubhaft zu machen, dass es nur noch eine Frage der Zeit war, bis Hitler die politische Verantwortung in Deutschland übernehmen würde. „Das III. Reich kann durch Verschiebung der Wahlen, durch den Versuch einer Reichsreform, durch Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten nur noch verzögert aber nicht mehr verhindert werden“, behauptete der Reichstagsabgeordnete von Knesebeck am 10. Oktober im Löwenkeller. Zum anderen versuchten die NS-Redner den Eindruck zu vermitteln, dass außer Hitler und seinen Anhängern niemand zur „Rettung Deutschlands befähigt sei“.

Dies geschah zunächst auf recht einfache Art und Weise. Während die SPD, das Zentrum, der Weingärtnerbund oder die DNP in ihren Veranstaltungen noch Zeit und Kraft darauf verwandten, die Positionen der

Was wollen die Nationalsozialisten in den Gemeinderäten?

Wahlpropaganda der NSDAP
für die Gemeinderatswahl
1931.

Niemand, der ehrlich ist, kann abstreiten, daß die Nationalsozialisten seit Jahren das klar erkannt und vorhergesagt haben, was heute Tatsache geworden ist. Dafür wurde in allen Formen gegen sie gehetzt, und dafür wurde ihre Aufklärungsarbeit mit allen Mitteln unterdrückt.

Gerade die Gemeindevertreter, die doch Führer der Gemeindeglieder sein sollten, waren taub gegen die Stimmen, die immer und immer wieder warnten vor dem drohenden Verhängnis.

Diejenigen, die heute dem Volk unverblümt sagen müssen, daß sie gewaltige Fehler begangen haben, besitzen nicht mehr das Vertrauen des Volkes, denn es ist unmöglich, zu glauben, daß diese Führer ihr verhängnisvolles Wirken nicht selbst erkannten.

Wähler!

Wählt nunmehr solche Gemeindevertreter, welche die Zusammenhänge zwischen Reich und Gemeinden kennen.

Wählt Männer, die die Geheimnisse der Politik durchschauen und die Gemeinden vor den großen Gefahren bewahren wollen.

Wählt Kämpfer, die bereit sind, ihre ganze Kraft in den Dienst der Gemeinde zu stellen.

NSDAP zu hinterfragen und vor den Konsequenzen zu warnen, schien die Parteienlandschaft aus dem Blickwinkel der extremen Rechten überhaupt nicht mehr zu existieren. Die demokratischen Parteien und ihre Programme wurden von sämtlichen NS-Rednern vor der Gemeinderatswahl schlichtweg ignoriert. Stattdessen konzentrierten sie sich darauf, „Grundsätze für den nationalsozialistischen Staat“ zu vermitteln. Dies war ein weiterer Schritt, um die „Bewegung und ihren Führer“ zum Retter des Reiches zu stilisieren. Er sollte als der einzige erscheinen, der fähig war, das „bankrote System der Parteien“ abzulösen.

Dass sich dies nicht ohne Kampf bewerkstelligen ließ, wie der

Der größere Teil der Wählerschaft stand den Forderungen und Versprechungen der NSDAP reserviert gegenüber.

Die nationalsozialistischen Gemeindevertreter fordern:

Scharfen Kampf der Gemeinden um Erhaltung ihrer Selbstverwaltung und ihre finanziellen Lebensmöglichkeiten.

Berhinderung weiterer Verhöhlung durch Sparsamkeit am rechten Fleisch.

Schutz der Bürgerlichkeit aller Stände vor unverschuldetem Verarmung.

Unterbindung des Partei- und Klassenkampfes.

Gleichberechtigung jedes Bürgers im Sinne der allein segenbringenden Zusammenarbeit, gemäß unserem Hauptfah:

Gemeinnütz vor Eigennütz.

Erhöhte Sorge für alle Notleidenden, Alte und Gebrechliche, Arbeitslose, Kriegsbeschädigte und Kinderreiche nach Bedürftigkeit.

Förderung der kulturellen Fragen, Schule und Berufsbildung. Unterstützung begabter, minderbemittelten Schüler.

Erhaltung von Zucht und Sitte in der Gemeinde.

Pflege der Heimat und des vaterländischen Geistes.

Wählt Liste 1:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Die Nationalsozialisten versprechen, sich in den Dienst der Gemeinde mit der Beharrlichkeit zu sezen, mit der sie seit Jahren unermüdlich für die Freiheit und Ehre unseres Vaterlandes kämpfen!

**Der Wahlausschuss der Liste 1
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.**

Reichstagsabgeordnete Löppelmann am 5. Dezember feststellte, erhöhte nur die Dramatik: „der Nationalsozialismus macht die Mittelparteien zu einem Trümmerhaufen und die Fronten frei für den Kampf zwischen einem Idealismus und dem Materialismus des Bolschewismus. In diesem Kampfe wird er siegen oder fallen.“

Die Frage ist berechtigt, ob in diesem „gewaltigen Ringen“ um „Alles oder Nichts“ auch ein Platz für den Aalener Gemeinderat vorgesehen war. Wie Löppelmann bestätigte, ging es der Partei im Grunde noch gar nicht um konkrete Fragestellungen der Kommunalpolitik, sondern vornehmlich um den Ausbau des politischen Einflusses – auf jeder möglichen Ebene.

Dass ein Gesamtsieg des Nationalsozialismus umso wahrscheinlicher war,

je mehr die „politischen Führer mit dem geschlossenen Willen einer Nation hinter sich“ rechnen konnten, stand für den Redner außer Frage. Hierfür zu sorgen, betrachtete er als eine wesentliche Aufgabe der Gemeindepalamente. „Sie sind im nationalsozialistischen Sinne zu beeinflussen und daher wichtige Bestandteile des neuen NS-Staates. Zugleich bieten die Gemeinden die Möglichkeit, die Grundzüge des NS-Wirtschaftsprogramms in die Tat umzusetzen bzw. vorzubereiten.“

Als am 12. Dezember 1931 Karl Barth, Metzgermeister Wilhelm Ruck und Landwirt Ernst Wiedmann als Vertreter der NSDAP mit einem Stimmenanteil von 19,8% ins Aalener Stadtparlament einzogen, war für die NS-Ortsgruppe eine wichtiges Ziel erreicht: sie hatten ab sofort Zugang zu den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen und konnten damit beginnen, die taktischen Vorgaben ihrer Partei zu verwirklichen.

Der 12. Dezember 1931 ist aber auch in anderer Hinsicht ein wichtiges Datum für die Stadtgeschichte. Dass es nur 13 Monate dauern sollte, bis Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt und damit auf höchster politischer Ebene die Weichen für den NS-Staat im wesentlichen gestellt wurden, wissen wir heute. Als die Hälfte des Aalener Gemeinderats turnusmäßig zur Wahl stand, bestand darüber noch keinerlei Gewissheit. Die Beteiligung sowie das Abstimmungsergebnis zeigen zwar, dass ein erheblicher Teil der Wahlberechtigten Pg. Knesebecks Hoffnung vom unaufhaltsam näherückenden III. Reich wohl teilte. Noch deutlicher wird allerdings, dass die überwiegende Mehrheit große Anstrengungen unternahm, um sich per Stimmzettel deutlich gegen diese Vision auszusprechen.

„Während bis zur Mittagszeit in sämtlichen 12 Wahllokalen nur gering abgestimmt wurde, schritten in der dritten und vierten Nachmittagsstunde die Wähler scharenweise zur Urne. Gegen Abend war teilweise wieder ein Abflauen zu beobachten. Auch verschiedene Autos wurden in Betrieb gesetzt, um kranke Wähler herbeizuholen. Erfreulicherweise ist der Wahlsonntag ruhig verlaufen. Die Zahl der Abgestimmten wurde in den einzelnen Abstimmungsbezirken sofort nach dem auf 6 Uhr angesetzten Wahlschluss festgestellt. Dabei zeigte sich, dass etwa über 80% der Wahlberechtigten abgestimmt haben gegenüber 61,8% bei der letzten Gemeinderatswahl 1928.“⁵³

Deutlicher Gewinner war das Zentrum mit einem Stimmanteil von 27,11% (1928: 26,45%). Dagegen hatte die SPD mit 19,64% (1928: 27,52%) dramatische Einbußen hinnehmen und lag knapp hinter der NSDAP. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ – ein Wahlbündnis aus Liberalen, Gewerbe-, Grundbesitzer- und Industrieverein – verlor sogar zweistellig und sackte auf 11,41 % (1928: 28,5%). Die Kommunisten erreichten 6,76% und waren wie die DNVP mit 6,95% erstmals im Gemeinderat vertreten.

Dies hieß für die Verteilung der 24 Sitze, dass die SPD weiterhin 6 und das

Im Bereich zwischen Radgasse und Mittelbachstraße erhielt die NSDAP bei der Gemeinderatswahl die meisten Stimmen.



Zentrum 7 Gemeinderäte stellten. Die NSDAP hatte drei, die Deutschnationalen und die KPD jeweils einen Vertreter. Der Beamtenbund verlor einen seiner beiden Sitze. Die Fraktion der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ hatte die Einbuße von vier Sitzen zu verkraften und stellte nur noch 5 Gemeinderäte.

Nachdem die Zahl der Wahlberechtigten in Aalen seit 1928 um weitere 378 Personen auf 7928 gestiegen war, hatte man kurz vor der Abstimmung die Wahlbezirke neu festgelegt. Statt wie bisher acht gab es nun zwölf Auszählungsbereiche. Gleich in 9 Bezirken konnte das Zentrum die Mehrheit der Stimmen erlangen. Die Nationalsozialisten gewannen zwei Bezirke, die Sozialdemokraten nur in einem.

Die absoluten Hochburgen der katholischen Partei waren nach wie vor die Wohnviertel östlich der Bahnlinie. In den Wahlbezirken 11 (Hirschbach) und 12 (Galgenberg – Ziegelstraße) ließ das Zentrum die restlichen Parteien mit jeweils über 39% der gültigen Stimmen weit hinter sich. Im Hirschbach mussten sich die Nationalsozialisten mit ganzen 9,8% (KPD 8%) geschlagen geben, um den Galgenberg erhielten sie 17,7% (KPD 6,6%) der gültigen Stimmen. Die SPD kam in diesen beiden Bezirken auf 21% bzw. 17,2%.

Ein Plus von nahezu mehr als 10 % konnten die Sozialdemokraten in ihrem stärksten Bezirk verbuchen. Der Wahlbezirk 6 umfasste die gesamte Gmünderstraße bis zur Fackelbrücke (heute Stuttgarterstraße), sowie das Wohnquartier, das sich nördlich davon über die Hofackerstraße und die Aal bis zur Gartenstraße (mit Ausnahme der Brunnenstraße) erstreckte. Mit 27% (Zentrum 21,2%, NSDAP 19,5%) lag hier die SPD uneinholbar vor den restlichen Parteien. Mit 9% konnte hier auch die KPD ihr zweitbestes Ergebnis verbuchen.

Ganz anders war die Situation dagegen im Wahlbezirk 8 (Wilhelm-, Friedhof- und St. Johannstraße). Das Kopf-an-Kopf-Rennen mit der NSDAP (23,5%) konnte das Zentrum (23,8%) mit zwanzig Stimmen Vorsprung knapp für sich entscheiden. Die SPD belegte hier mit 19,04% (KPD 5,8%) nur den dritten Platz.

Die Bahnhofstraße bildete über ihre ganze Länge den Wahlbezirk 10. Dieser ging mit 22,4% an die Nationalsozialisten, während das Zentrum immerhin 21,8% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dass die SPD hier lediglich 15,2% erreichte, erstaunt insofern, als die „Laborantengebäude“ nördlich des Bahnhofs als klassisches Arbeiterwohnquartier zählten. Nicht zu vergessen, das auch die Deutschnationale Volkspartei mit 13,7% in diesem Bezirk ihr bestes Wahlergebnis erzielen konnte.

Am aufschlussreichsten erscheint jedoch die Stimmverteilung in den Wahlbezirken 1 und 2, zu denen jetzt die gesamte Innenstadt zwischen Schillerstraße und Nördlichem Stadtgraben, bzw. Östlichem und Westlichem

Stadtgraben zählte. Bereits bei der Reichstagswahl 1930 hatte die NSDAP in der heutigen Kernstadt die meisten Stimmen geholt. Ein Jahr später standen den deutlichen Stimmengewinnen der Hitlerpartei von 24,3 % und 18% erhebliche Verluste bei der SPD, vor allem aber bei der „wirtschaftlichen Vereinigung“ gegenüber. Die Sozialdemokraten erreichten lediglich 19,24 % (1928: 27,52%), während das Wahlbündnis von Liberalen, Gewerbe-, Grundbesitzer- und Industrieverein mit 18,1% (1928: 28,5%) regelrecht einbrach. Verluste auf der einen und Zuwachs auf der anderen Seite ergeben ein eindeutiges Bild. Die drei Sitze der NSDAP im Gemeinderat gingen eindeutig zu Lasten der „Wirtschaftlichen Vereinigung“, ebenso der eine Sitz für DNVP. Offensichtlich zeigte hier das „Kaufhausthema“ eine solche Wirkung, dass die Interessenvertretung der Geschäftsleute und Gewerbetreibenden im Stammgebiet ihre Klientel verlor. Das Zentrum war in diesem stark protestantisch geprägten Teil der Stadt traditionell schwächer vertreten. Sein Ergebnis von 17,2% liegt immerhin sehr deutlich mit 7,1% unter dem der NSDAP. Auch der Stimmenanteil von 12,1% für die KPD im Wahlbezirk zwei (Beingasse, Mittelbachstr. etc.) kann nicht über die starke Tendenz in Richtung NSDAP hinwegtäuschen, die bereits aus anderen Städten mit ähnlich konfessionellen Hintergrund bekannt ist. Dennoch muss noch einmal betont werden: für die Behauptungen der NS-Redner, die Mittelparteien würden keine Rolle mehr spielen und die „verhasste Systemzeit neige sich dem Ende entgegen“, lieferte die Aalener Gemeinderatswahl im Dezember 1931 keinerlei Belege. Dass es die letzte freie Wahl für das Stadtparlament sein und die nächste erste 1946 stattfinden sollte, konnte niemand vorhersehen. Während die SPD noch mit einem blauen Auge davonkam, konnte das Zentrum als Partei der Katholiken seine Position deutlich behaupten. Dass die NSDAP jetzt auch in der „Oberstadt“ um Marktplatz und Stadtkirche ihre Anhängerschaft hatte, mochte auch dem Charakter der Abstimmung als Persönlichkeitswahl zuzuschreiben sein. So konnte gerade der NS-Ortgruppenleiter Karl Barth mit 3789 Stimmen das beste Einzelergebnis aller Kandidaten erzielen. Von den vier gewählten Kandidaten des Zentrums erzielte Oberlehrer Bernhard Höfer mit 3709 Stimmen das beste Ergebnis. Einmal mehr wird dadurch bestätigt, dass die stärkste politische Kraft, die sich dem Nationalsozialismus zu diesem Zeitpunkt in Aalen entgegenstellen konnte, das Zentrum war, dicht gefolgt von der Sozialdemokratie. Dasselbe gilt im übrigen für Unterkochen. Obwohl NS-Bezirksleiter Adolf Kling für den Gemeinderat kandidierte, wurde kein Vertreter der NS-Liste gewählt. Im katholischen Wasseralfingen verlor das Zentrum zwar vier Sitze an die SPD, die jetzt 10 Gemeinderäte stellte. Neben den nunmehr 7 Vertretern des Zentrums saßen noch 5 der Freien Wählervereinigung. Anhänger der Hitlerpartei waren nicht in das Gremium gewählt worden.

Kommunalpolitik auf schmalem Grat

Bei der feierlichen Verpflichtung der Gemeinderäte am 14. Januar 1932 mahnte Oberbürgermeister Schwarz die „Neulinge“ im Stadtparlament zu konstruktiver Mitarbeit. „Der Wahlkampf wurde ja diesmal wohl mit größerer Schärfe geführt, als in anderen Zeiten, und da fällt manches harte und bittere Wort. Zu ersprießlicher Zusammenarbeit ist aber notwendig, dass die Streitaxt wieder begraben wird, dass man auch den Gegner achtet als Mann, der von ehrlichem Wollen erfüllt ist und dass persönliche Verunglimpfungen unterbleiben. [...] Wir müssen uns stets bewusst sein, dass wir alle in einer Not stehen, und dass wir alle an ihrer Bekämpfung mitzuarbeiten haben, soweit das überhaupt zum Aufgabenkreis der Gemeinden gehört.“⁵⁴ Letzteres war nicht generell ablehnend, sondern nur mit sorgenvollem Blick auf die immer klammer werdenden finanziellen Verhältnisse der Stadt gemeint.

Schulden zur Linderung der Not

Die Haushaltseinnahmen gingen stetig zurück. Zwar konnte der Abmangel von 408.000 Mark im Jahr 1930 auf 386.000 Mark im Jahr 1931 gesenkt werden, im gleichen Zeitraum hatte jedoch das Wohlfahrtsamt eine Steigerung von 979 auf 2334 Unterstützungsfälle in Folge von Arbeitslosigkeit zu verkraften.

Mittlerweile war die Unterstützung der Erwerbslosen jedoch nicht mehr nur eine Angelegenheit der öffentlichen Hand. Bereits im Herbst des Vorjahres hatte der evangelische Volksbund im Gemeindehaus ein „Arbeitslosenkaffee“ eröffnet.⁵⁵ Anfang November war eine Arbeitsloseninitiative mit dem Bau einer Gasleitung zum hinteren Teil des Arbeitsamtes

Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise im Juli 1931 herrschte vor den Banken in Berlin bereits früh am Morgen großer Andrang.





Nothilfespiele

sämtl. bürgerlichen Turn- und
Sportvereine von Aalen,
Wasseralfingen u. Unterkochen
in den verschiedenst. Sportarten

am Sonntag, den 6. März 1932

nachmittags ab 2 Uhr

auf dem Platz des MTV. Aalen

abends ab 1/2 8 Uhr

im „Löwenkellersaal“ Aalen.

Ertrag zu Gunsten der Winternothilfe
von Aalen, Wasseralfingen und Unterkochen.

Eintrittspreise: Tageskarte 0.60 RM., Erwerbslose
(gegen Vorzeichen des Ausweises) und Jugend (bis
zu 18 Jahren) 0.30 RM., nachmittags oder abends
je 0.40 RM., Erwerbslose u. Jugendliche 0.20 RM.

*Zur Unterstützung der
Bedürftigen veranstalteten die
Sportvereine in und um Aalen
gemeinsame „Nothilfespiele“.*

beschäftigt, wo eine Küche zur Speisung von alleinstehenden und bedürftigen Erwerblosen sowie eine Wärmestube eingerichtet wurden.⁵⁶

Glücklicherweise erwies sich der Winter nicht so hart, wie man noch im September beim Aufruf zur Gründung des Winterhilfswerks gemeint hatte.⁵⁷ Im Frühjahr 1932 machte eine Theatergruppe der Arbeitslosen auf sich aufmerksam, die Vorstellungen im Spritzenhaus gab.

Am Sonntag, den 6. März veranstalteten der Stadtverband für Leibesübungen sowie die Sportvereine in Unterkochen und Wasseralfingen sogenannte „Nothilfespiele“, deren Ertrag der örtlichen Winternothilfe gespendet wurde.

Selbstbewusste Demokraten

Unterdessen lagen auch die ersten kommunalpolitischen Gehversuche hinter den Vertretern der radikalen Parteien. Oberbürgermeister Schwarz

sowie die demokratischen Gemeinderäte waren zunächst darauf bedacht gewesen, ihren Aktionsradius soweit wie möglich einzuschränken. So wurde bereits im Januar der Antrag der NSDAP, die Wahl der Abgeordneten zur Amtsversammlung zu wiederholen, da er bereits im Dezember 1931 mit dem Ziel erfolgt sei, die Nationalsozialisten „absichtlich auszuschließen“, vom Oberbürgermeister als unbegründet abgewiesen.

Bei der Sitzung am 11. Februar beantragte der Vertreter der KPD, Karl Wiessner, dass die durch Notverordnung vorgenommene Senkung der Rentenbezüge auf die städtische Wohlfahrtskasse übernommen, die „höheren Gehälter“ um 500 Mark gesenkt und ein Protest des Gemeinderats gegen die Notverordnungen formuliert werden sollten. Während die Punkte 2 und 3 sofort von der Gemeinderatsmehrheit abgelehnt wurden, erhielt der Finanzausschuss den Auftrag, bis zur nächsten Sitzung die Möglichkeit einer Rentenergänzung zu prüfen. Erwartungsgemäß fand dies in der Gemeinderatssitzung vom 25. Februar wegen Geldmangel keine Mehrheit.

Interessanterweise nahm jedoch die NSDAP den Teilantrag der KPD zur Senkung der Beamtengehälter nochmals auf. Die Gemeindeverwaltung sollte nach Meinung von Karl Barth bei der Landesregierung vorstellig werden, um das „Selbstbestimmungsrecht der Gemeindebeamtengehälter“ zurückzuerhalten. Mit der Steuerreform von Reichsfinanzminister Erzberger sei bereits 1919 die Angleichung der Gehälter an die Reichsbesoldungsordnung erfolgt, wodurch viele Gemeinden finanziell überfordert würden. Hierzu sollte auch der „Deutsche Städtetag“ angeschrieben werden.

Lapidar stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Mikeler fest, dass es in



Als verantwortlicher Redakteur des „Roten Spions“ zeichnete Gemeinderat Karl Wiessner.

Zukunft von Vorteil wäre, wenn Anträge dieser Art bereits vor der Sitzung zugänglich gemacht würden. „ Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Antrag der NSDAP und der der KPD Agitationsanträge seien“. Auch Stadtrat Karl Berger brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, dass „eine Partei, die immer das Wort Diktatur im Munde führe, sich für das Selbstverwaltungsrecht einsetzt“⁵⁸. Dem pflichtete auch die Mehrheit des Ratskollegiums bei und beschloss, den Antrag an den Städtetag weiterzuleiten.

Kurshalten gegen die Radikalen

Der einsetzende Dauerwahlkampf des Jahres 1932 ließ bereits in den ersten Monaten das Arbeitsklima im Gemeinderat immer frostiger werden. Bereits im Februar begannen die Parteien mit ihren Maßnahmen für die Reichspräsidentenwahl. Nach dem Wahlgang im März, war ein zweiter im April notwendig. Kurz darauf sollte die Landtagswahl stattfinden. Im Gegensatz zu den Kampagnen der beiden letzten Jahre waren die Anhänger von KPD und NSDAP jedoch nicht mehr bereit, sich mit dem politischen Gegner verbal auseinander zu setzen. Wenn früher Mitglieder der eigenen Partei zu den Versammlungen des politischen Gegners geschickt wurden, um nach dem Vortrag dessen Ziele zu hinterfragen, so ging es jetzt vor allem darum, die jeweiligen Veranstaltungen zu stören bzw. zu sprengen. Tumulte, wie sie etwa bei der Erwerbslosenversammlung der NSDAP im Löwenkeller am 24. Februar entstanden oder die Schlägerei zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und der SA-Aalen (verstärkt durch

Aalen, 25. Febr. Gestern morgen wurden von nationalsozialistischer Seite unter den Arbeitslohen in der Nähe des Arbeitsamts Flugblätter verteilt. Nach Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten entstand eine Schlägerei, wobei 1 Nationalsozialist am Kopf verletzt wurde. Die Täter, 2 Kommunisten, wurden von der Polizei festgenommen und später wieder freigelassen.

Rachmittags sollte im Löwenkellersaal eine von nationalsozialistischer Seite einberufene und von etwa 500–600 Personen besuchte Versammlung der Erwerbslosen abgehalten werden. Noch bevor der Redner zu Worte kam, wurden Störungsversuche vorgenommen. Der Aufforderung von Polizeirat Schwäbke, Ruhe zu bewahren, wurde nicht Folge geleistet; vielmehr verließen mehrere hundert Besucher den Saal, um vor demselben eine kommunistische Kundgebung zu veranstalten. Durch das Polizeiaufgebot wurde dies aber verhindert, ebenso Ansammlungen in verschiedenen Straßen. Vielfach musste die Polizei mit dem Gummithüppel vorgehen.

*Meldung der Kocherzeitung
v. 25. Februar 1932 über
Schlägereien zwischen
Nationalsozialisten und
Kommunisten.*

Aalen, 25. Febr. Auf die Notiz der „Kocher-Zeitung“ Nr. 46 müssen wir erwiedern, daß es sich bei den Vorgängen im „Löwenellersaal“, sowie beim nachfolgenden Abzug in die Stadt keineswegs um eine kommunistische Aktion gehandelt hat, sondern über 500 arbeitslose Arbeiter haben mit dem einmütigen Verlassen der nationalsozialistischen Versammlung den Beweis erbracht, daß die Arbeiterchaft des Bezirks Aalen mit dem Faschismus nichts zu tun hat.

Abordnungen der SA Heidenheim) am 25. Februar in Fachsenfeld trugen ganz erheblich dazu bei, dass auch die Kommunalpolitik in den Strudel von Hass und Ressentiments zu geraten drohte.

Umso verdienstvoller erscheinen die Bemühungen von Oberbürgermeister Schwarz, die Arbeit des Stadtparlaments in geordneten Bahnen zu halten. Es waren dieselben Anführer der Extremisten, die im Rat vom Wohl der Stadt sprachen und außerhalb des Rathauses auf Gewalt setzten, um die Unfähigkeit des Staates zu demonstrieren, mit den „chaotischen Verhältnissen“ fertig zu werden.

Im Falle der KPD gelang die Isolierung besser. Karl Wiessner verlor schnell das Interesse an der Stadtpolitik und entfernte sich auch zunehmend von der ideologischen Linie seiner Partei. Im November 1932 gab Oberbürgermeister Schwarz dem Gemeinderat seinen Parteiaustritt bekannt.⁵⁹ Als seine Nachfolgerin und erste Frau im Aalener Stadtparlament wurde Babette Fuchs ernannt.

Dagegen steckte die NSDAP-Fraktion nicht zurück. Vielmehr dehnte Karl Barth bis zu Sommer seine verbalen Attacken, bei denen er sich zunächst auf Oberbürgermeister Schwarz konzentriert hatte, auf den gesamten Gemeinderat aus. Sich gegen die Kritik zu verwahren, wie es einige Ratsmitglieder meist aufgebracht taten, war eine Möglichkeit, um dagegenzuhalten. Das Stadtoberhaupt machte nur selten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Weniger, weil dies ohnehin seinem Naturell entsprach. Sein Langmut, den er in den Sitzungen des Gemeinderats fast demonstrativ zur Schau stellte, war durchaus zielgerichtet. Er sollte die NS-Fraktion bloßstellen und dazu bringen, ihre wahren Ziele offen zu legen.

„Meine Partei kämpft gegen das Ganze“

Dass die ruhig, aber deswegen nicht weniger bestimmt vorgetragenen Hinweise des Oberbürgermeister auf die Bindung des Gemeinderats an Recht und Gesetz die NS-Fraktion zunehmend reizten, wurde bei der Haushaltsplanberatung am 24. Juni 1932 besonders deutlich. Wegen der unbekannten Höhe der Zuweisungsraten von Reich bzw. Land bei gleich-

zeitigem Anstieg der Wohlfahrtslasten bestand keinerlei Aussicht, einen gedeckten Haushalt verabschieden zu können. Immerhin belief sich der Abmangel auf 766.500 Mark. Selbst wenn Stadtpfleger Schönlins alle Reserven ausschöpfte, die ihm zur Verfügung standen, blieb ein Defizit von 286.000 Mark bestehen.

In dieser prekären Situation glaubte der NS-Fraktionsvorsitzende, mit dem von ihm als „Zirkel“ bezeichneten Gemeinderat abrechnen zu können. Er begann seine Rede mit der Feststellung, dass er und seine Partei an diesen Zuständen völlig unschuldig seien. „Das Nachkriegssystem hat „glänzend“ gewirtschaftet und so steht heute die Stadt vor einer Schuldenlast von 2 Millionen. [...] Das bisherige System hat zum Ruin der Wirtschaft geführt. Es kann auch nicht anders werden, wenn man die heute gültigen Bestimmungen nicht bekämpft und ändert. Wenn ich einen Vorschlag einbringe, so erfolgt jedes Mal die Auskunft, er verstößt gegen Gesetz und Recht. Deshalb kämpft meine Partei gegen das Ganze an.“

Es war gar nicht nötig, dass OB Schwarz hierauf viel entgegnete. Ortsgruppenleiter Barth hatte ihm dies schon abgenommen, indem er mit seinen eigenen Worten bestätigte, dass die Warnungen seiner demokratischen Kollegen vor den politischen Zielen der Nationalsozialisten berechtigt waren. Mit Blick auf die Presse, die bereits am nächsten Tag in ihrem ausführlichen Artikel den Verlauf der Sitzung fast wörtlich wiedergab, bemerkte er lediglich: „Für die städtischen Schulden kann man den Gemeinderat nicht verantwortlich machen. Man hat damit dem Fortschritt gedient und Arbeit geschaffen, wie das Beispiel der Kocherkorrektur und der Ausbau der Gmünderstraße zeigt. Der Vorwurf einerseits, die Stadt habe Schulden ge-



Auf der Tagung der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Stahlhelm in Bad Harzburg formierte sich am 11. Oktober 1931 die nationalistische Opposition zur sogenannten „Harzburger Front“.

macht, und andererseits, sie habe sich am Gemeindebürger bereichert, ist nicht in Einklang zu bringen. Wenn man so scharfe Ausführungen machen will, dann muss man schon über genauere Kenntnisse verfügen.“

Ob und wie sich diese deutliche Kritik an der politischen Kompetenz der NS-Gemeinderäte, die über die Presse verbreitet wurde, im Detail auf die lokalen Wahlergebnisse der NSDAP auswirkte, kann letztlich nicht beantwortet werden. Dagegen bleibt festzustellen, dass die Partei Hitlers in dem „Superwahljahr 1932“ in Aalen über ein Viertel der abgegebenen und gültigen Stimmen nicht hinauskam.



Im Arbeitsbeschaffungsprogramm von Gemeinderat und Stadtverwaltung waren mehrere Straßenverbreiterungen vorgesehen. Die Arbeiten in der Stuttgarter Straße wurden 1930/31 durchgeführt.



Die Staatskrise 1932/33 im Spiegel der Kocherzeitung

In den beiden Wahlgängen zum Amt des Reichspräsidenten im März und April, sprachen sich die Aalener mit 66,2% bzw. 68,8% deutlich für eine weitere Amtszeit des Amtsinhabers von Hindenburg aus. Der Kandidat Adolf Hitler brachte es auf 21,3% bzw. 25,1%. Das Ergebnis der NSDAP bei der Landtagswahl im April 1932 wie auch die Resultate der beiden Reichstagswahlen im Juli und November schwankten minimal zwischen 25,4% und 25,5%.

Die Sozialdemokraten kamen auf 18,8% bei der Landtagswahl und 21,7 bzw. 19,4% bei den beiden Reichstagswahlen. Der Stimmenanteil des Zentrums sank von 28,9% im Frühjahr auf 28,4 bzw. 26,1% im Juli und November.

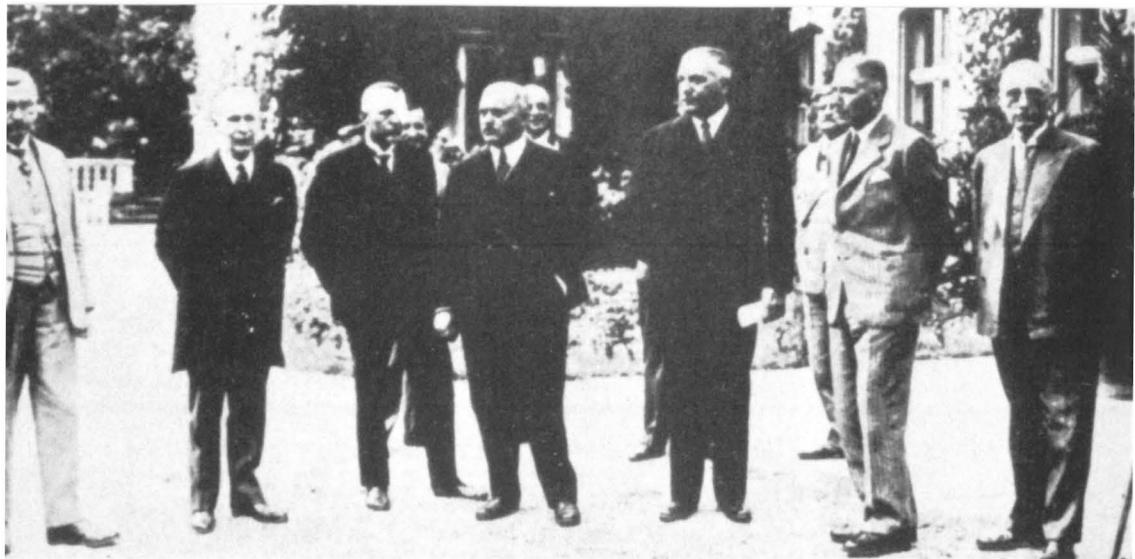
Bemerkenswerterweise lagen die Verluste der Partei bei der Reichstagswahl im November mit 2,3% gleichauf mit denen der SPD. Während ein Teil der Arbeiter zur KPD abwanderte, die ihren Anteil von 10,6% auf 11,4% steigern konnte, kamen die Zentrumsverluste vor allem den Deutschnationalen zu gute. Die DNVP steigerte ihr Ergebnis von 3,7% im Juli auf 6,7% im November 1932.

In ihrer „politischen Wochenrundschau“, einer Mischung aus Leitartikel und Wochenkommentar, kam die Kocherzeitung einige Tage nach der Novemberwahl zu dem Ergebnis, „das man im Volke diesen erneuten Wahlgang keineswegs von vornherein für sinnlos gehalten“ habe.

Wahlkampfprospekt zur
Reichspräsidentenwahl 1932.

Der Garant für Beständigkeit
und politische Stabilität: Paul
von Hindenburg.





Auf Wunsch Hindenburgs bildete Reichskanzler Franz von Papen ein Kabinett, das aus „unabhängigen Fachmännern“ bestand. Das „Kabinett der Barone“ arbeitete ohne parlamentarischen Rückhalt.

Wahlplakat der DNVP im Wahlkampf 1932. Das durch die „Präsidialkabinette“ bereits weitgehend entmachtete Parlament sollte zudem die Kontrollfunktion gegenüber dem Kabinett (Artikel 54) verlieren.



Komplizierte Ausgangslage

Insgesamt gesehen schien es jetzt allerdings auch nicht so recht weiterzugehen. Zentrum und Nationalsozialisten hatten ihre Mehrheit im Reichstag eingebüßt und es war fraglich, welche Parteien die von Reichskanzler von Papen vorgegebene „Politik der nationalen Konzentration“ mittragen würden. Nachdem Reichspräsident von Hindenburg eine erneute Auflösung des Parlaments und damit auch ein weiteres Präsidialkabinett mit diktatorischen Vollmachten, nichts anderes verbarg sich hinter dem Begriff „Verfassungsexperiment“- vehement ablehnte, blieb dem Kanzler nur die mühsame Suche nach Koalitionspartnern.

Sozialdemokraten und Zentrum verweigerten die Zusammenarbeit. Die NSDAP erklärte den Kampf gegen den Reichskanzler zum Hauptziel. Die einzigen, die sich zur Politik der Reichsregierung bekannten, waren Deutschnationale, Liberale und Bayerische Volkspartei – insgesamt nicht mehr als 13,4% der Reichstagsmandate.

Am 18. November meldete die Kocherzeitung unter fetter Schlagzeile die „Gesamtdemission des Reichskabinetts“: „Die Entwicklung der innerpolitischen Krise ist heute Abend schneller vor sich gegangen, als man erwartet hatte. [...] Mit dem Entschluss zur Gesamtdemission hat Reichskanzler von Papen und sein Kabinett dem Reichspräsidenten den Weg zu einer nationalen Konzentration bis zum letzten frei machen wollen. [...] Die Verhandlungen, die der Reichspräsident nun mit den Parteiführern aufnehmen wird, werden ein großzügiger loyaler Versuch zu einer Verständigung mit wichtigen politischen Kräften des deutschen Volkes sein. Man rechnet damit, dass auch Hitler sich diesen Bemühungen nicht entziehen wird. [...] Ob die ganzen Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen werden, das lässt sich im Augenblick natürlich noch nicht übersehen. Jedenfalls haben die Parteien eine große Chance, tragen aber auch eine große Verantwortung für das, was die nächste Entwicklung bringen wird. Nach Auffassung politischer Kreise der Reichshauptstadt wird viel davon abhängen, wie die Nationalsozialisten sich stellen. Dagegen gilt es schon

jetzt als sicher, dass das Zentrum jede Präsidialregierung unterstützen wird, an deren Spitze nicht Reichskanzler von Papen steht, wenn dieses Kabinett auch den sozialen Notwendigkeiten Rechnung trägt und die Haltung zur Verfassung einnimmt, von der Prälat Kaas in der gestrigen Erklärung gesprochen hat. Man nennt auch bereits Namen, die für die Führung des neuen Kabinetts in Frage kommen, und zwar dieselben, die in der letzten Zeit wieder auftauchten, nämlich Gördeler, Bracht und Geßler. Dagegen kommt ein Kabinett Schleicher schon deshalb nicht in Frage, weil General Schleicher keine Neigung hat, das Reichskanzleramt zu übernehmen. Allerdings rechnet man mit seinem Verbleiben als Reichswehrminister mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der Freiherr von Neurath auch als Außenminister bezeichnet wird.“

Zwei Wochen später war klar, dass die Neigungen des Reichswehrministers keine Rolle mehr spielten. Nachdem die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den „Parteiführern“ keine Lösung der Krise gebracht hatten und von Papen seinerseits nicht mehr das Vertrauen Hindenburgs besaß, verblieb Schleicher als einziger Ausweg. Dem „böhmischen Gefreiten“ Hitler wollte von Hindenburg die wiederholt geforderte Generalvollmacht zur Regierungsbildung nicht geben.

Nun also doch Schleicher

Unter der Überschrift „Schleicher? – der Ausweg.“ erläuterte die Kocherzeitung ihren Lesern diese neue „Zwischenlösung“. „Die Zeit ist noch nicht reif für großartige Lösungen. Aus der deutschen Staatskrise führt noch kein, Weg hinaus der festen Boden für alle Zukunft verheißen könnte. Es mag schmerzlich sein – für jeden Einzelnen von uns und für die deutschen Wirtschaft – sich immer nur mit Notlösungen zufriedenzugeben. Es wird weitergewurstelt – das ist meistens der politischen Weisheit letzter Schluss. [...] Die Not dieses Winters kann sehr leicht Streikbewegungen auslösen. Vor allem, wenn eine Regierung in Verkennung der tatsächlichen politischen Situation sich zu politischen Experimenten herbeiläßt. Der Persönlichkeit Schleichers – so hofft man – wird es gelingen, die sozialen Spannungen im Volke auszugleichen oder wenigstens zu mildern. [...] Schleichers Regierungsprogramm unterscheidet sich dementsprechend in vielen Einzelheiten von dem seines Vorgängers: Keine neue Verfassung – die nur böses Blut bei der Volksmehrheit gemacht hätte. Dafür ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das den vielen Millionen von Arbeitslosen neue Hoffnung gibt. Im übrigen Beschränkung auf die eigentlichen Verwaltungsaufgaben, Unterlassung aller politischen Experimente, Konzentration auf das Wesentliche und Notwendige!“⁶⁰ Das mochte zu Hoffnungen be-



Der neue Reichskanzler Kurt von Schleicher.

rechten, aber ein Kanzler war noch keine komplette Regierung, die sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen konnte.

Sondierungsgespräche nach allen Seiten

Spätestens bis Januar musste der „soziale General“ die Neubildung des Kabinetts unter Dach und Fach haben. In ihrer Ausgabe vom 21. Januar 1933 beleuchtete die Kocherzeitung die vergeblichen Bemühungen Schleichers, in dieser Angelegenheit weiterzukommen. „Nachdem der Versuch der Regierung Papen gescheitert war, eine reine Präsidialregierung von Dauer aufzustellen, die mit einem steten, fachlich und zeitlich umgrenzten Arbeitsprogramm unabhängig vom Parlament und nur gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten regiert, hat der Reichskanzler von Schleicher den Versuch gemacht, diese Präsidialregierung durch Gewinnung maßgebender Parteien zu unterbauen. [...] Schleicher glaubte in der Zwischenzeit durch Verhandlungen nach allen Seiten, u.a. auch mit dem oppositionellen Führer der NSDAP Strasser eine Vertrauensmehrheit gewinnen zu können. Über den ehemaligen Reichskanzler von Papen wurde auch die Fühlung mit Hitler selbst wieder anzuknüpfen versucht. Voraussetzung für das Gelingen dieser von einem, gewissen moralischen Druck begleiteten Aktion war die Gefahr einer weiteren Rückläufigkeit der nationalistischen Bewegung, wobei aber Reichskanzler von Schleicher wiederum kein Interesse haben konnte, diese Bewegung so zu zerschlagen, dass die Machtgruppen des Nachkriegssystems wieder zu ausschlaggebendem Einfluss gekommen wären. In dieser Lage hat man die Wahlen



In den Wahlkämpfen des Jahres 1932 setzten die Nationalsozialisten erstmals ein Flugzeug ein. „Hitler über Deutschland“ hieß die Parole.



Adolf Hitler (Mitte) und Hermann Göring (links) nach einem erfolglosen Gespräch mit dem Reichspräsidenten im November 1932.

in dem deutschen Kleinstaat Lippe zu einem politischen Barometer gemacht. Der NSDAP ist es gelungen, durch Einsatz aller ihrer gewaltigen Agitationskräfte auf kleinstem Raum einen Erfolg zu erzielen, der auch über die letzten Reichstagswahlen hinaus wieder einen Aufstieg zeigt und vor allem auf Kosten der Deutschnationalen Partei gegangen ist. Dieser Erfolg, der stimmungsmäßig gerade bei einer Bewegung, wie es die NSDAP ist, durchaus beachtet werden muss, dessen Verallgemeinerung auf das Gesamtreich aber doch nicht ohne weiteres möglich ist, hat die politische Lage außerordentlich versteift. Hitler hat neue Kampfparolen ausgegeben. Er scheint Neuwahlen des Reichstages nicht mehr zu fürchten. [...]

Wenn es gelingen würde, ohne Wahlkampf zu einer Lösung zu kommen, die auch den Nationalsozialismus in die verantwortliche Staatsführung einschaltet, so wäre das ein Vorteil für das Ganze, der auch durch gewisse Zugeständnisse auf beiden Seiten nicht zu teuer erkauft wäre.“

Sechzig Jahre nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und der Beseitigung der NS-Diktatur durch die Truppen der Alliierten mag allein der Gedanke, die Nationalsozialisten als politische Option zu betrachten, fahrlässig, wenn nicht sogar unverantwortlich erscheinen. Aus der Zeit heraus gesehen, ist der Wochenkommentar jedoch eine treffende Momentaufnahme: die propagandistische Aufbereitung ihres Wahlerfolgs in Lippe



Je deutlicher sich die politische Krise abzeichnete, desto mehr Menschen vertrauten auch in Aalen auf den Reichspräsidenten.

ließ die Erinnerung an die erheblichen Verluste der NSDAP bei der Reichstagswahl im November verblassen. Diese „Bewegung“ schllichtweg zu ignorieren war aufgrund der parlamentarischen Situation in den einzelnen Ländern wie im Reichstag nicht möglich. Allerdings misslang der Versuch Schleichers gründlich, die NSDAP zu spalten und Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser mit dem linken Flügel der Partei von Hitler zu lösen. Auch aus der angestrebten Annäherung zwischen dem Reichskanzler und der SPD sowie den Gewerkschaften wurde nichts. Das von General Schleicher angestrebte Bündnis zwischen der Reichswehr und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft scheiterte am Misstrauen der Parteizentrale der SPD.

„Schluss mit dem Krisenzustand!“

Mitte Januar war den Leserinnen und Lesern der Presse in Aalen auch bekannt, dass sich der von Schleicher gestürzte Papen mit Hitler in Köln getroffen hatte. Seitdem war von Gerüchten über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP die Rede, aber auch von einem unangenehmen Druckmittel: es bestand die große Gefahr, dass die im Reichstag vertretenen Parteien bei Einberufung des Parlaments der Regierung sofort ihr Misstrauen aussprachen. Dem zuvorzukommen, war nur durch eine erneute Auflösung des Reichstags möglich. Bekanntlich hatte Hindenburg aber Papen bereits genau dies verboten und damit seinen Rücktritt verursacht. Wie verfahren die Situation tatsächlich war, erläuterte die Kocherzeitung am 28. Januar: „ die Reichsregierung kann die großen, ihr obliegenden Aufgaben gar nicht in Angriff nehmen, wenn sie im Zustand kurzfristiger Bewährungsfrist immer nur von einer Woche zu anderen disponieren kann. Schleichers ursprünglicher Plan einer großen parlamentarischen Rechtskoalition von Hugenberg bis Steigerwald ist nicht nur an der unsicheren Haltung der Nationalsozialisten, sondern auch daran gescheitert, dass die christlichen Gewerkschaften von einer Regierungsgemeinschaft mit den deutschnationalen Führern nichts wissen wollen. Andererseits will die Reichsregierung auch von einer dauernden Ausschaltung des Parlaments oder von monarchistischen Restaurationsplänen nichts wissen. Wenn aber das Parlament sich einfach versagt [...] dann muss ein Ausweg auf einer anderen Linie gefunden werden. [...] Die deutschen Staatsbürger werden bald über alle Parteigrenzen hinweg zu der einmütigen Forderung sich zusammenfinden: Schluss mit dem Krisenzustand, wir wollen Ruhe und Stetigkeit, damit wir arbeiten können!“

Anmerkungen des Oberbürgermeisters

Dass vor allem diese wirtschaftliche Facette der Dauerkrise die Vertreter der Aalener Kommunalpolitik in ihrer Einschätzung der Gesamtlage beeinflusste, hatte Oberbürgermeister Schwarz bereits am 19. Januar in seinem Rückblick auf das Jahr 1932 erkennen lassen. „Das abgelaufene Jahr war das traurigste, das wir zusammen bisher erlebt haben. Es hat uns insbesondere hier in Aalen auf allen Gebieten schwerste Enttäuschungen gebracht.“ Der ungünstige Verteilungsschlüssel für die Zuweisung der Finanzmittel vom Reich bestand nach wie vor, Ausfälle bei der Bürgersteuer sowie die daher in Württemberg wieder eingeführte Einwohnersteuer wirkten sich in der Gemeinde „sehr hart, unsozial und ungerecht“ aus, wie das Stadtoberhaupt feststellte. Nahezu empört fuhr er fort: „Es ist ein schlechter Trost für uns, wenn der Herr Reichsfinanzminister vor etwa 8 Tagen im Reichshaushaltssausschuss darauf hingewiesen hat, dass auch die Gemeinden sich nach der Decke strecken und sparen müssten, oder dass auch in Amerika mehrere Städte bankrott seien. Wir sind gewohnt, uns nach der Decke zu strecken, aber was hilft's, wenn uns das Reich von der Decke immer wieder ein Stück abschneidet, mit anderen Worten, uns immer neue ungeheuerliche Lasten auferlegt.“ Auch die Vertreter der demokratischen Parteien im Aalener Gemeinderat warteten fast verzweifelt darauf, dass endlich eine nachhaltige Lösung der Probleme in Sicht kam.

Papens neuer Auftrag

Mehrheiten hypothetisch zu denken ist eine Sache, sie tatsächlich zusammen zu bringen jedoch eine andere. Es war Franz von Papen, der am 28. Januar 1933 dem greisen Reichspräsidenten von Hindenburg zu vermitteln versuchte, dass verfassungsgemäß eine Mehrheitsregierung im Reichstag kaum ohne Beteiligung der Nationalsozialisten zu erreichen sei. Nachdem sich das Parlament am 7. Dezember mit einer Saalschlacht in die Weihnachtspause verabschiedet hatte, schien auch Hindenburg nicht abgeneigt, diese Möglichkeit als die einfachere und friedlichere zu akzeptieren. Die gescheiterten Koalitionsverhandlungen hatten ihn in der Meinung bestärkt, dass Schleicher auch nicht weiter als sein Amtsvorgänger gekommen war. Nachdem es Ende Januar noch immer keine handlungsfähige Regierung gab, musste alles daran gesetzt werden, um die Staatskrise endlich zu überwinden.

Als Reichskanzler Schleicher im Laufe des Nachmittags zu Hindenburg und Papen stieß, um sein Scheitern einzugestehen, indem er ein weiteres Mal die Anordnung für die Auflösung des Reichstags und die Ermächtigung

Franz von Papen und der gestürzte Reichskanzler von Schleicher nach dem Gespräch bei Reichspräsident von Hindenburg.



für eine Diktatur auf Zeit forderte, lehnte Hindenburg erwartungsgemäß ab. Für einen Weg außerhalb der Weimarer Verfassung oder gar für ihre Beseitigung war er nach wie vor nicht zu haben. Stattdessen nahm er das Rücktrittsangebot Schleichers an, das dieser gleich mitgebracht hatte und beauftragte Papen, „mit den Parteien die politische Lage zu klären und die vorhandenen Möglichkeiten festzustellen.“

Wie die Kocherzeitung in ihrer Ausgabe vom 30. Januar weiter berichtete, blieb jedoch das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Die Frage war, ob sich die NSDAP nach wie vor einer Beteiligung verschließen würde. Bislang hatte Hitler immer die alleinige Regierungsverantwortung gefordert. „Die ganzen Verhandlungen drehen sich um die Frage, ob ein Koalitionskabinett unter Hitlers Führung und Mitarbeit oder Tolerierung des Zentrums zu erreichen ist. Diese Frage muss zunächst geklärt werden und solange treten auch alle anderen Möglichkeiten und Kombinationen ganz naturgemäß in den Hintergrund. [...] Gegenüber den zahlreichen Gerüchten, die über die Verhandlungen und auch die Haltung des Reichspräsidenten im Umlauf sind, kann man nur feststellen, dass es dem Reichspräsidenten darauf ankommt, die deutsche Politik, wenn irgend möglich aus dem Stadium der Verfassungsexperimente herauszuhalten. Deshalb hat er die neuen Verhandlungen mit Adolf Hitler in Gang gebracht.“

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Nachricht war aus der Option bereits Gewissheit geworden. Der Reichspräsident hatte noch am Vorabend seinen lang gehegten Widerwillen gegenüber dem „böhmischen Gefreiten“ aufgegeben und generell einer Regierungsbeteiligung Hitlers zugestimmt. Dessen Erklärung, er würde sich mit dem Kanzlerposten und dem Innenministerium zufrieden geben, hatte beruhigend auf das betagte Staatsoberhaupt gewirkt, dem die Kontrolle über die Ereignisse allmählich entglitt.

So wurde Reichspräsident von Hindenburg in Unkenntnis darüber gelassen, dass General Blomberg, der für das Amt des Reichswehrministers vorgesehen war, ebenfalls der NSDAP nahe stand. Damit drohte auch die Kontrolle über das Militär in Hitlers Hände zu geraten. Schließlich hatte das von der NSDAP in die Welt gesetzte Gerücht, Schleicher plane für den 29. Januar einen Militärputsch mit der Potsdamer Garnison, um seine Absetzung zu verhindern, dafür gesorgt, dass der Reichspräsident dem Vorschlag zustimmte, die Nationalsozialisten in die Regierung „mit einzubinden“. In fataler Selbstüberschätzung glaubte Papen tatsächlich an diese Option. Auch die heftige Diskussion zwischen den zukünftigen Koalitionspartnern, die schon am nächsten Tag in seiner Wohnung stattfand, konnte ihn davon nicht abbringen.

Feldmarschall Walter von Blomberg.





Viele offene Fragen

Die Ernennung des Kabinetts der „nationalen Konzentration“ mit Hitler als Reichskanzler und Franz von Papen als Stellvertreter kam auch für die politischen Kreise in der Reichshauptstadt verhältnismäßig überraschend. Wie die Leser in Aalen am 31. Januar 1933 aus ihren Zeitungen erfuhren, war es am Vormittag des Vortags noch gar nicht klar gewesen, ob ein „Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Gruppe der Harzburger Front“ erzielt werden konnte. Was sich hinter der Formulierung verbarg, blieb der Öffentlichkeit freilich verborgen: Fast wäre das Kabinett Hitler noch vor seiner Ernennung geplatzt.

Mit Blick auf den Erfolg in Lippe spekulierte der Führer der NSDAP auf sofortige Neuwahlen. Der Vorsitzende der DNVP, Alfred Hugenberg, war dagegen nicht bereit, das Wahlergebnis vom November 1932 in Frage zu stellen. Noch kurz vor dem Gang zu Hindenburg, wo das neue Kabinett um 11 Uhr vereidigt werden sollte, kam es fast zum Bruch. Hitler wiederholte seine Forderung nach erneuten Wahlen in der Dienstwohnung Papens, Hugenberg widersprach heftig. Er war gerade dabei, den Raum verlassen, als Staatssekretär Meißner ins Zimmer stürzte und die Herren mit der Bemerkung zur Eile drängte, man habe den Reichspräsidenten schon eine Viertelstunde warten lassen. Hitler ging voran, Papen und die anderen Männer folgten ihm – schließlich schloss sich auch der DNVP-Vorsitzende an. Damit hatte sich der Führer der NSDAP durchgesetzt. Durch die Fackelzüge, die sein Propagandaleiter Dr. Goebbels am Abend des 30. Januar 1933 in Berlin und anderen Städten des Reiches veranstalten ließ, wurde dieser Machtanspruch der Öffentlichkeit deutlich vor Augen geführt.

Wie den zahlreichen Meldungen der Kocherzeitung zu entnehmen ist, registrierte man zwar diese „Ovationen der Hitleranhänger für ihren Führer“. Von Bedeutung waren jedoch ganz andere Fragen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ betrachtete zwar die Kombination Hitler, Hugenberg und den „Stahlhelm“-Führer Seldte als die einzige mögliche, um „das deutsche Volk auf verfassungsmäßigem Weg aus der lebensgefährlichen Krise hinauszuführen“. Dass sie ein möglichst breit angelegtes natio-

Nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 stellte Adolf Hitler sein Kabinett vor.

Die Kocherzeitung präsentierte ihren Lesern am 31. Januar 1933 den neuen Kanzler und seine Minister. Alfred Hugenberg (links) übernahm das Ressort Wirtschaft und Ernährung, Franz von Papen (links) wurde Vizekanzler.



nales Aufbauprogramm voranbringen würden, blieb allerdings nur zu hoffen. Selbst die „Frankfurter Zeitung“, die mit ihrer Haltung gegen Hitler nie hinter dem Berg gehalten hatte, bemerkte: „Herr Hitler wird ohne Zweifel mit ungeheurem Jubel von seinen Parteigenossen als Kanzler begrüßt werden. Aber wir fragen uns, ob dieser Jubel sehr lange dauern wird. Die Umgebung, in der wir Herrn Hitler sehen, ist zwar alles andere als vertrauenserweckend, aber die Zusammensetzung des Kabinetts beweist, dass Herr Hitler schwerwiegende Bedingungen hat annehmen müssen, während seine eigenen weitgehenden Forderungen, die er gestern und heute früh noch in Gesprächen mit Herrn von Papen gestellt haben soll, kaum bewilligt worden sein können.“

In ihrem eigenen Artikel folgte die Kocherzeitung der Linie der „Kölnischen Zeitung“: „Die Bildung des Kabinetts ist die einzige Lösung, die den Sturz Schleichers rechtfertigen konnte. Das Zentrum wird sich wohl der politischen Pflicht der Tolerierung nicht entziehen und nicht verhindern dürfen, dass die einzige parlamentarische Regierungsgrundlage, die jetzt überhaupt möglich ist, zustande kommt.“⁶¹

Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Prälat Kaas, war hierzu durchaus bereit. Allerdings wollte er kein Kabinett tolerieren, dass sich mit dem Gedanken trug, den Reichstag für ein Jahr zu vertagen, um per Notverordnung weiter zu regieren.

Er kleidete seine Forderung nach einer Verfassungsgarantie in einen Fragenkatalog, den er dem Reichskanzler zustellen ließ. Hitler fasste dies offiziell als bedauerliche Ablehnung seiner Bemühungen auf. Tatsächlich war jetzt der Weg frei für die angestrebten Neuwahlen. Alle Vermutungen, Hoffnungen und Fragen, die in den Vortagen über das Ende der Staatskrise geäußert wurden, waren ab 1. Februar gegenstandslos. Der Reichspräsident verfügte die Auflösung des Parlaments und legte die Neuwahlen für den 5. März 1933 fest.

Die „nationale Revolution“ in Aalen

Wie in anderen württembergischen Städten mobilisierte auch in Aalen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler sowohl die Anhänger als auch die Gegner der NSDAP. Allerdings sahen sich beide Gruppierungen erst zu Aktivitäten veranlasst, nachdem die Lokalzeitungen am 31. Januar für die Verbreitung der Nachrichten gesorgt hatten.

Proteste statt „spontane Freude“

Nach den unveröffentlichten Erinnerungen von Frieda Borst brachte die Meldung zunächst die Anhänger der KPD auf die Straße: „Ich war im Wohnzimmer und hörte auf einmal lautes Rufen. Als ich das Fenster öffnete, sah ich von der Beinstraße herkommend, in der viele von den Ärmsten der Stadt wohnten und sich der Kommunistischen Partei angeschlossen hatten, eine Gruppe von 30 Männern und Frauen, die laut riefen: „Nieder mit der Hitlerregierung, nieder, nieder!“

Sie strebten dem Bohlschulplatz zu. Bei den Anlagen angekommen, hoben sie wieder die Fäuste und riefen dasselbe, als etwa 10 Polizisten um die „Spieglersche Ecke“ rannten und mit Gummiknöpfen in die protestierende Menge stürmten und die Knüppel auf sie niedersausen ließen, sodass alles fluchtartig auseinander stob. Wen sie erwischen konnten, nahmen sie mit auf die Wache. Die anderen flüchteten in den Rohwang.“

In knappen Sätzen stellte die Kocherzeitung am 1. Februar fest, dass „sich wohl noch Anhänger anderer Richtungen“ der Protestaktion auf dem Schulhof angeschlossen hätten. Der Bericht über die offizielle Feier der NSDAP-Ortsgruppe, die mit Fackelzug und Ansprachen am Abend des 31. Januar auf dem Marktplatz ihren „Führer“ gefeiert hatte, fiel dagegen wesentlich ausführlicher aus. „Mit höher schlagenden Herzen, klingendem Spiel und flatternden Fahnen marschierte gestern Abend die SA in strammer, wohl disziplinierter Ordnung durch die Straße und nahm dann auf dem Marktplatz zu einer öffentlichen Kundgebung Aufstellung, umgeben von vielen Parteiangehörigen und Neugierigen.“ Ortsgruppenleiter Barth stellte in seiner Ansprache fest, das bisherige „System“ sei an seinen eigenen Gesetzen zu Grunde gegangen. Nur der Nationalsozialismus könne den Volksfrieden herbeiführen.

Damit stieß er jedoch keineswegs auf die Zustimmung aller Anwesenden. Wie der Verfasser des Artikels festhielt, übertönte „das anschließend mit Begeisterung gesungene Deutschlandlied die von den politischen Gegnern angestimmte „Internationale“. Noch zwei Jahre später bedauerte der inzwischen zum Direktor der Mädchenrealschule beförderte Dr. Karl

Volksauflauf vor dem Bohlschulgebäude.



Mutschler, dass die Aalener Bevölkerung den 30. Januar 1933 nicht „einemütig als die Stunde der Rettung erlebt hat“.

Gegen Hitler: 66%

Offensichtlich war dieser Eindruck nach der Veranstaltung auf dem Marktplatz so stark, dass Ortsgruppenleiter Barth zwei Tage später einen weiteren Fackelzug der SA durch Aalen anordnete. Dieses Mal sollte der Marsch vom alten Kriegerdenkmal vor dem St. Johannfriedhof bis zum Löwenkeller führen, wo ab 20 Uhr die Auftaktveranstaltung für den Reichstagswahlkampf geplant war.

Zwei Stunden früher hatte sich bereits der Demonstrationszug der „Eisernen Front“ vom Bahnhofsplatz zur Bohlturnhalle in Gang gesetzt. Der als Redner angekündigte Dr. Schuhmacher aus Stuttgart war jedoch verhindert und konnte erst am 1. März, einen Tag nach dem Reichstagsbrand, im überfüllten Spritzenhaussaal sprechen. Mit seinem Auftritt gewann der Wahlkampf in Aalen erheblich an Schwung. In den drei Wochen zuvor hatten die „Bunten Abende“ der Vereine und andere Faschingsbälle die Bevölkerung in Anspruch genommen.

Mit schneidender Logik setzte Dr. Schuhmacher im gut besuchten Spritzenhaussaal dem Publikum auseinander, dass „die SPD eher alles an-



*Kino machte es möglich.
Hitler war auch in Aalen zu
sehen und zu hören.*

NS Hitler NS spricht in Aalen!

**Morgen Mittwoch nachm. 3, 5 und 8 Uhr
im UNION-THEATER**

Sonderveranstaltung mit den Filmen:

- 1. „Hitler über Deutschland“**
- 2. „Das junge Deutschland marschiert.“**
(Adolf Hitler spricht im Tonfilm)
- 3. „Hitlerjugend in den Bergen“**

Eintrittspreise:

Erwachsene 40 Pfg., Jugendliche und Erwerbslose nur nachm. 3 u. 5 Uhr 20 Pfg.

Auswärtige werden gebeten, nach Möglichkeit die Nachmittags-Vorstellung zu besuchen, da Abends das Theater überfüllt sein wird!

dere begehen könnte, als den Reichstag anzuzünden, der das Symbol der Demokratie und des Parlamentarismus sei. Ebenso wenig könne ein verantwortlicher Kommunist hinter diesem Verbrechen stehen, nachdem der Reichstag auch für die KPD als politische Tribüne notwendiger sei als je. Die Brandkatastrophe werde aber dazu benutzt werden, um der Menge der Hausfrauen und der ländlichen Bevölkerung den „Bolschewistschreck“ vor Augen zu malen. [...] Jetzt habe man schon den Brand zum Anlass dazu benutzt, die SPD-Zeitungen zu verbieten, damit die SPD gegen die täglichen Verleumdungen mundtot gemacht werden könne.“⁶² Außer der KPD, deren Abgeordnete auf der Basis der am 4. Februar reaktivierten „Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes“ zum Teil bereits

Einladung zur Kundgebung
der NSDAP-Ortsgruppe.



verhaftet und deren Niederlassungen und Presseorgane geschlossen bzw. verboten worden waren, versuchten in der letzten Woche noch einmal alle Parteien ihre Wähler zu mobilisieren. Während die konservative Kampffront Schwarz-Weiß-Rot am Freitag im Hotel Reichspost die Werbung von Vizekanzler von Papen für seine „Einrahmungsabsichten“ der NSDAP „mittelst Lautsprecher“ und Schallplatte zu Gehör brachte, sprach zur gleichen Zeit im Spritzenhaus der Reichstagsabgeordnete Groß für das Zentrum. Zum Schluss seiner Rede verteidigte er mit einem Seitenheb auf die Nationalsozialisten seine Partei gegen den Vorwurf des Mangels nationaler Gesinnung und nationalen Christentums. „Es geht um die politische Vertretung des katholischen Volksteils und im Großen um ein besseres Vaterland.“ Am Wochenende zuvor hatte der nationalsozialistische Landtagspräsident Dr. Mergenthaler die Ziele seiner Partei umrissen: „Das Volk hat nur die Aufgabe [am Wahltag] den neuen Bund [mit der NSDAP] zu bestätigen und sich der weltgeschichtlichen Bedeutung dieser letzten Wahl bewusst zu sein. Wir werden bleiben und durchhalten, bis die „Knechtschaft ein Ende hat“.⁶³ Wie sich am 5. März herausstellen sollte, war nur ein starkes Drittel der Aalener Wählerschaft bereit, diese Pläne der NSDAP zu unterstützen.

Im Vergleich zur Reichstagswahl vom November 1932 konnten die Nationalsozialisten in Aalen ihren Stimmenanteil um deutliche 8,8% auf insgesamt 34,1% steigern. Im Oberamt fiel das Ergebnis mit 29,8% wesentlich niedriger aus. Beide Resultate lagen jedoch weit unter dem Landesdurchschnitt von 41,98%. Die SPD büßte erneut Stimmen ein: in der Stadt erreichte sie 18,6%, im Oberamt lediglich 15,8%. Wenn auch knapp, so lagen diese Resultate immerhin über dem gesamtwürttembergischen Ergebnis mit 14,07%. Mit 8% in Aalen und 6,7% im Amtsbezirk blieb dagegen die KPD hinter ihren 9,15% auf Landesebene zurück. Lediglich das Zentrum konnte neben den Nationalsozialisten einen Stimmengewinn vorweisen. In der Kocherstadt verbesserte die Partei mit 26,6% ihr Ergebnis vom November 1932 leicht, im Oberamt erhielt sie 37,21%, mehr als das Doppelte des Landesdurchschnitts von 17,74%.

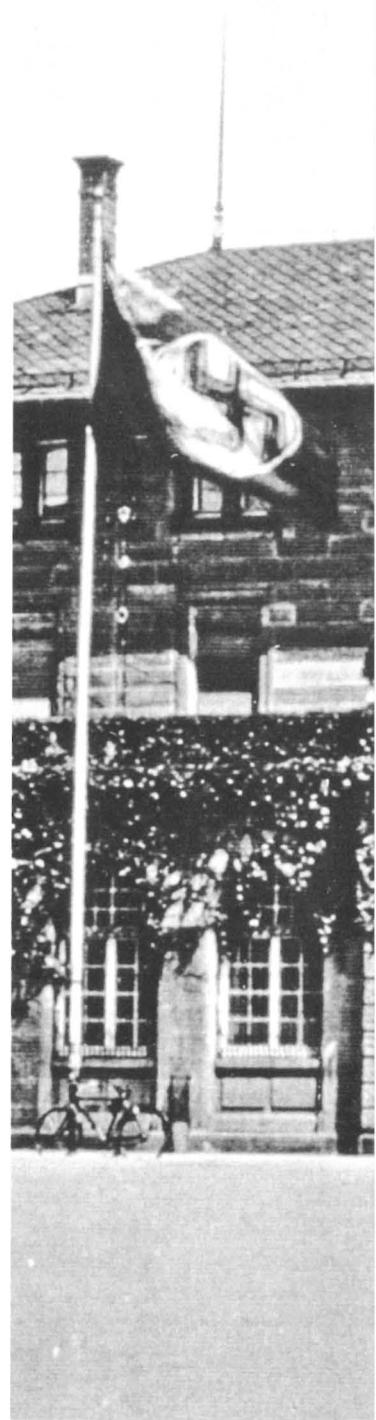
Der „Volkswille“ wird demonstriert

Bereits vier Tage nach der Reichstagswahl war auch in Aalen deutlich zu spüren, dass der Griff der Nationalsozialisten nach der Macht, der am 30. Januar mit den sorgsam inszenierten Fackelzügen in nahezu allen deutschen Städten seinen sichtbaren Anfang genommen hatte, sehr schnell und mit großem Nachdruck voran getrieben wurde. Erste Anzeichen über die geänderte Einschätzung der Kräfteverhältnisse im Kabinett deutete bereits die Reichspressestelle der NSDAP in ihrer Mitteilung vom 7. März an.⁶⁴ So habe die Regierung zwar das „verfassungsmäßige Mandat zur Durchführung ihres großen nationalen Aufbauprogramms“ erhalten, aber dies sei nur dem überwältigenden Vertrauensbeweis für die NSDAP zu verdanken. Trotz ihrer Enttäuschung feierte die Partei das zum Teil sehr magere Ergebnis, bestätigte es ihrer Meinung doch, dass die Nationalsozialisten nicht nur „eine Säule unter vielen“ in der Regierung seien, sondern vielmehr ein „Block, der fast allein diese von einer Mehrheit gestützte Regierung trägt“. Ab sofort war von einer „nationalen Regierung“ keine Rede mehr. Hitler ließ in den folgenden Wochen jegliche Rücksichtnahme gegenüber der nationalkonservativen Kampffront fallen und trieb seine „nationale Erhebung“ voran, die er bereits in der Kabinettsitzung vom 7. März 1933 als „den Beginn einer Revolution“ bezeichnet hatte.

Das vorrangige Ziel bestand darin, die bestehende politische Ordnung zu vernichten und das gesellschaftliche Leben gleichzuschalten. „Putschähnliche Massenkundgebungen“ sollten auch in den Ländern des Reiches den „Volkswillen“ demonstrieren. Als letzter Akt dieser Inszenierungen mit großem symbolischen Gehalt wurden über den öffentlichen Gebäuden Hakenkreuzfahnen gehisst.

Oft fehlte den Landesbehörden die Entschlossenheit, exekutive Gewalt anzuwenden. Wenn sie handelten, wie der württembergische Staatspräsident Dr. Bolz, der zwei nationalsozialistische Polizeioffiziere entließ, weil sie auf ihrer Kaserne die Hakenkreuzfahne gehisst hatten, schritt der von der NSDAP gestellte Reichsinnenminister „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ ein. Auf der Basis der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar begann er bereits kurz nach der Wahl, die Landesregierungen abzulösen und durch Reichskommissare zu ersetzen. Am 8. März wurden nach entsprechenden Gewaltakten die Reichskommissare in Sachsen, Baden und Württemberg eingesetzt. Wie die Kocherzeitung berichtete, wehten bereits am Vorabend die Hakenkreuzfahnen über dem Landtag und dem Stuttgarter Rathaus.⁶⁵

Die Aalener Ortsgruppe der NSDAP zog am Abend des 9. März die Symbole ihres Machtanspruchs an den öffentlichen Gebäuden in der Stadt auf. Vom Löwenkeller marschierten ihre Mitglieder „in musterhafter Ordnung



Hakenkreuzfahne vor dem
Aalener Bahnhof.



vor das Rathaus, wo die SA aufgebaut wurde. Auf das Kommando des Standortältesten der SA, Dr. Honold, wurde an der Hauptfront des Rathauses die Hakenkreuzfahne gehisst, unter den Klängen des Präsentiermarsches.“ Danach zog man weiter zum Bahnhofvorplatz, zur Parkschule (heute Schubartgymnasium), dem Polizeiamt, Arbeitsamt, Amtsgericht und dem Oberamt, um auch hier die „Fahnen der Bewegung“ aufzuziehen. In seiner Rede auf dem Marktplatz erklärte Ortsgruppenleiter Barth, dass damit ein „Symbol des Sieges deutschen Geistes über den internationalen Geist des Marxismus und des Zentrums“ sichtbar gemacht werde. Seiner Meinung nach sollte im Rathaus wie in allen anderen Behörden der neue Geist einziehen und „der demokratische, marxistische und zentrümliche, der bisher geherrscht habe, verschwinden“.⁶⁶

Vor den Karren gespannt

Dass der Ortsgruppenleiter in seiner Ansprache die Ziele seiner Partei mit deutlichen Worten beschrieb, war man gewohnt, seitdem die NSDAP in Aalen öffentlich auftrat. Kaum jemand dürfte jedoch geahnt haben, dass sich die Entwicklung der folgenden Wochen genau so vollziehen würde. Wenn Papen im Februar noch großspurig verkündet hatte, er würde Hitler in die Ecke drücken, bis er „quietscht“, so musste er sich bald eines Besseren belehren lassen.

Dasselbe gilt auch für die Menschen in Aalen. Die Verschiebung der Machtverhältnisse, wie sie sich innerhalb kürzester Zeit im Kabinett vollzog, war auch in der Kocherstadt zu spüren – insbesondere an der Entwicklung der Beziehungen zwischen den örtlichen Vertretern der NSDAP und des nationalkonservativen „Stahlhelm“. Mit seinem symbolträchtigen Auftritt hatte der „Stahlhelm“-Vorsitzende, Studienrat Wolf, schon einen Tag vor seinem vermeintlich schwächeren „Koalitionspartner“ Karl Barth den „Anbruch einer neuen Zeit“ gefeiert. Vom Erkerfenster des Napoleonzimmers im Rathaus richtete er am Abend des 7. März 1933 seine Ansprache an die Menschen auf dem Marktplatz. „Die 14 Jahre lang währende Schmach ist zu Ende, die Stunde der Rache gekommen. Wieder soll die Flagge schwarz-weiß-rot wehen, wie in früheren Zeiten, zugleich als ein Zeichen dafür, dass die Bonzenherrschaft zu Ende ist. Heil Deutschland!“ Zuvor hatte Wolf die alte Reichsflagge entrollt und am Fensterbrett befestigt.

Die von Studienrat Wolf am Rathaus befestigte Reichsfahne.

Es sollte nicht übersehen werden, dass die Heilrufe der Aalener Nationalsozialisten am nächsten Tag ausschließlich ihrem „Führer“ Adolf Hitler galten. Ebenso fällt auf, dass Wolf und Barth als lokale Repräsentanten der politischen Kräfte im Kabinett unterschiedliche Vorstellungen über die staatliche Zukunft hatten. Während der Studienrat von der Wiederherstellung des Kaiserreichs träumte, war für Ortsgruppenleiter Barth der Weg in den NS-Staat unumkehrbar. Beide Vorstellungen konnten unterschiedlicher nicht sein. Fatalerweise hatten sie jedoch eine gemeinsame Basis: die Ablehnung des sogenannten „Systems“ der Weimarer Republik. Welche Wirkung dieses Zweckbündnis der Nationalkonservativen und der Nationalsozialisten nach außen hatte und wie es gezielt dazu eingesetzt wurde, Emotionen zu wecken, verdeutlicht der gemeinsame Auftritt beider Organisationen am 12. März 1933. Auf Anordnung der Regierung sollten „Stahlhelm“ und SA den Gottesdienst in der Aalener Stadtkirche besuchen, um der Toten des Weltkriegs zu gedenken. Kirchgang und Flaggenhissung – am Vorabend war bewusst nur die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreiches aufgezogen worden – verfehlten ihre Wirkung auf die „vaterländisch gesinnte Bürgerschaft“ nicht.

Wie die Kocherzeitung feststellte, zeigte sich mancher erstaunt und tief beeindruckt, die Formationen „in geschlossener Front zu einem Ziel, zu einem Gott marschieren zu sehen“. Um welches Ziel es tatsächlich ging, war erst eine Woche später zu erkennen. Zusammen mit der SA ließ sich der „Stahlhelm“ als Hilfspolizei bei der Verhaftung der politischen Gegner einspannen.

Verhaftungen und Enteignungen

Am 18. und 19. März drangen Abteilungen der beiden Wehrverbände in das Naturfreundehaus auf dem Braunenberg und das „Waldheim“ des

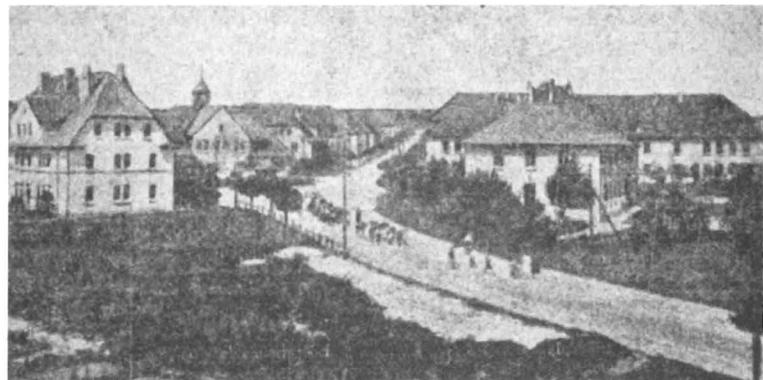


In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 brannte in Berlin der Reichstag.



Das Waldheim des Turnvereins Jahn im Rohrwang.

Die Kocherzeitung „präsentierte“ das Konzentrationslager Heuberg in einem Bildbericht.



Einer von über 80 Aalenern, die in „Schutzhalt“ genommen wurden: der Sozialdemokrat Georg Mergenthaler.



Arbeiter- Turnvereins „Jahn“ ein und beschlagnahmten die Häuser samt dem Sportplatz im Rohrwang. Noch am Samstag wurden die ersten politisch missliebigen Personen in Gewahrsam genommen. Am Montag dehnten die Schutzpolizeiabteilung der Polizeischule Ellwangen, die Aalener SA und der „Stahlhelm“ „im Interesse der Staatsautorität“ die Verhaftungen auf Aalen, Hofherrnweiler, Unterkochen und Wasseralfingen aus. Etwa 80 Personen wurden Opfer dieser Gewaltaktion, die dazu führte, dass sich „den ganzen Tag über eine große Menschenmenge auf den Marktplatz“ ansammelte.

Der Presse konnte man am 20. und 21. März entnehmen, dass „die in Schutzhalt Genommenen in Omnibussen der Reichspost in das Konzentrationslager auf den Heuberg“ gebracht wurden. „In der Stadt war den ganzen Tag über eine gewisse Erregung.“

Während die Angehörigen und Bekannten noch verzweifelt die knappen

Warnung.

Das Waldheim des aufgelösten Arbeiterturnvereins „Jahn“ im Rohrwang, sowie das Naturfreundehaus auf dem Braunenberg sind von einer Wache der S. A. bis auf Weiteres besetzt. Wer sich bei Nacht diesen Häusern, ohne die Parole zu kennen, nähert, begibt sich in Lebensgefahr, da der Posten die Anweisung hat von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Der Standortführer:
gez. Schmid, Sturmbannführer.

Zeitungsmeldungen über das Fahrziel der Omnibusse lasen, waren bereits die Vorbereitungen für die „vaterländische Großkundgebung“ am Abend des 21. März in vollem Gange.

„Klein-Potsdam“ am Kocher

Dieser neuerliche Aufmarsch war als „begeisterte Zustimmung“ der Bevölkerung zu dem symbolträchtigen Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche geplant, wo am Vormittag der Gegensatz zwischen dem alten Preußen und dem Nationalsozialismus, personifiziert durch Hindenburg und Hitler, als überwunden dargestellt werden sollte. Zu der „machtvollen Kundgebung der nationalen Verbände“ mussten auch Organisationen erscheinen, die sich bislang noch gar nicht zu diesem Kreis gezählt hatten. Der „nicht enden wollende“ Fackelzug durch die Aalener Innenstadt bestand aus Angehörigen der „Hitlertruppen, des Stahlhelm, der Jungbauern, der militärischen Verbände, der Schuljugend, der Feuerwehr, der Sanitätskolonne, der Schützenvereine, Sportvereinigungen usw. [...] An der Parkschule loderte zum Gedenken an die Gefallenen eine Flamme, die den vorbeimarschierenden Zug grüßte und an die Helden des Weltkrieges mahnte und von der Schillerhöhe stiegen Raketen zu dem so wenig früh-



Die Verbindung des Gegensatzpaars „Preußen“ (v. Hindenburg) und Nationalsozialismus (Hitler) wurde in Potsdam in Szene gesetzt.



Reichskanzler Hitler bei seiner Ansprache in der Potsdamer Garnisonkirche.

lingsmäßigen Nachthimmel. [...] Unvergesslich wird der Anblick des sich wieder zur Stadt bewegenden Zugs für die sein, die von unten her die Schlange der Fackeln und Fahnen beobachten konnten. Nochmals marschierte der endlose Zug auf dem Marktplatz auf, umrahmt von einer riesigen Menschenmenge, um gemeinsam das Deutschlandlied zum Himmel zu senden. Damit endete die Kundgebung der nationalen Verbände in einem erhabenden Schlussakt.“⁶⁷

Man mag das Pathos wie auch die gesamte Szenerie befreudlich oder gar lächerlich finden, doch sollte beides in seiner Wirkung auf die Aalener unmittelbar nach dem Schock der Verhaftungswelle vom Wochenende nicht unterschätzt werden. Die wahren Inhaber der Macht hatten demonstriert, wer nach ihrer Vorstellung zu dem „neuen Deutschland“, das sie anstrebten, gehören sollte. Wer nicht mitjubeln wollte, – und das war nach dem Ergebnis der letzten Wahl die Mehrheit der Wahlberechtigten in der Stadt – wusste nun, womit er rechnen musste, wenn er sich nicht vorsichtig genug verhielt.

„Zur Behebung der Not von Volk und Reich“

Dass Verfassung, Recht und Gesetze keinen Schutz mehr gegen diese neuen Zustände boten, war die Folge der Reichstagsentscheidung vom 23. März 1933. Gegen die Stimmen der SPD, die an den Regeln der Demokratie festhalten wollten und es daher prinzipiell abgelehnt hatte, der neuen Regierung die geforderten Vollmachten zu überlassen, hatte das Parlament das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ verabschiedet. Damit konnte das Kabinett Gesetze außerhalb des in der Verfassung vorgesehenen Verfahrens bzw. abweichend von der Verfassung erlassen, um ihr „nationales Erneuerungswerk“ voranzubringen.

Ein ähnliches „Ermächtigungsgesetz“ hatte das Parlament bereits im Oktober 1923 verabschiedet. Der damaligen Reichsregierung war für ein halbes Jahr ein weitreichender Handlungsspielraum zugestanden worden, um die Inflation und ihre politischen bzw. sozialen Folgen in den Griff zu bekommen. Rechtfertigte die wirtschaftliche und politische Lage, in der sich Deutschland zehn Jahre später befand eine ähnliche Vorgehensweise? Eine ganze Reihe von Abgeordneten glaubte das und war schnell bereit, auf „Bewährtes“ zurückzugreifen.

Auch die seit 1930 an die Präsidialkabinette gewöhnte Öffentlichkeit hinterfragte diesen Weg, der aus der Staatskrise führen und das Parlament erneut ausschalten sollte, nicht.

Andere wiederum ahnten, dass Hitler dadurch genau der Hebel in die Hand gegeben wurde, den er benötigte, um seine radikalen Ziele durch-



Die NS-Presse verkündete am 24. März 1933 triumphierend die Annahme des Ermächtigungsgesetzes.

Der Reichstag nimmt das Ermächtigungsgesetz an. Der Bericht im »Völkischen Beobachter«, dem Organ der NSDAP.

zusetzen. Vor allem das Zentrum hatte zwischen den hoffnungsvollen Versprechungen, der Kanzlerrede und Brünings Warnungen in der Fraktionssitzung geschwankt. Letztlich wollte es sich dem Aufbau jedoch nicht verschließen. Ein anderer Teil der Reichstagsmitglieder war schlicht eingeschüchtert durch die nationalsozialistische Drohkulisse.

Schon vor der Sitzung hatten SS-Einheiten die Kroll-Oper umstellt. Im Plenarsaal erwartete ein Spalier von SA-Leuten die Sitzungsteilnehmer. Mit dem Ziel, die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag zu seinen Gunsten zu verändern, hatte Hitler schon vorher SPD-Abgeordnete verhaften lassen. Die Sitze der KPD blieben leer, weil ihre Vertreter ebenfalls im Gefängnis saßen.

Über die Manipulationen und Rechtsverletzungen, mit denen die Nationalsozialisten das „Ermächtigungsgesetz“ durch den Reichstag brachten, wurde die Öffentlichkeit nicht informiert. Die Kocherzeitung veröffentlichte die Kanzlerrede in voller Länge. Ihre Reaktion auf die Verabschiedung war eher zwiespältig. So wurde einerseits das „neue Tempo“ gelobt, „mit welchem heute Politik gemacht wird“. Andererseits konnte man am Schluss des Berichts auch leise Kritik lesen: „Die Lage ist dadurch gekennzeichnet, dass es eine eigentliche Opposition heute nicht mehr gibt“.⁶⁸

Es blieb der Bezirksbehörde überlassen, durch ihre Mitteilung vom 28. März 1933 der Bevölkerung in Stadt und Oberamt Aalen vor Augen zu führen, welche Machtbefugnis der Regierung in die Hände gespielt worden war und wozu sie diese einsetzen wollte:

„Bekanntmachung: Sollten im hiesigen Bezirk Angehörige der nationalen

Verbände von Sozialdemokraten oder Kommunisten oder von Mitläufern und Anhängern dieser Parteien belästigt oder körperlich verletzt werden, so hat das Oberamt den Auftrag, unverzüglich für jeden Verletzten 2 als Geiseln geeignete Personen womöglich Intellektuelle der oben bezeichneten Kreise zur Abschreckung in Schutzhaft zu nehmen und auf den Heuberg abzuliefern.“⁶⁹

Studienrat Wolf dementiert

Ob der Vorsitzende des „Stahlhelm“ bereit war, den „neuen Geist“ des Staates, der seine Bürger als Geiseln nehmen konnte, mitzutragen, kann nicht beantwortet werden. Feststeht dagegen, dass Studienrat Wolf mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen musste, dass Ende März auch sein Verband „zur Disposition“ stand. Rigoros trieb die Aalener NSDAP die Gleichschaltungsvorgaben der Partei in ihrem Wirkungsbereich voran. Es war dieselbe Partei, die in zahlreichen Veranstaltungen im Löwenkeller immer wieder betont hatte, sie sei die „Hüterin der Tradition“. Jetzt war sie dabei, sie ohne Skrupel zu beseitigen. Neben Scheinlegalität und nackter Gewalt wird ein drittes Instrument sichtbar, das die Aalener Braunhemden einsetzen: der Rufmord. Nicht nur die Öffentlichkeit auch die ehemaligen Koalitionspartner wurden in ein Wechselbad der Gefühle gestürzt.

Als Studienrat Wolf am 30. März in der Kocherzeitung seine „Klarstellung“ erscheinen ließ, benannte er zwar nicht den Adressaten seines Protestes, doch dürfte es den Lesern nicht schwer gefallen sein, sich zu denken, wer gemeint war. Wie die Zeitung schrieb, legte er großen Wert auf die Feststellung, „dass das Gerücht, wonach geschlossene Formationen der früheren „eisernen Front“ der Stahlhelm-Ortsgruppe beigetreten seien, in gar keiner Weise den Tatsachen entsprechen würde. Eindringlich warnte er davor, „derartige Gerüchte weiterzutragen“.

Erst zwei Tage zuvor hatte die Kocherzeitung ausführlich über die Entwaffnung des „Stahlhelm“ in Braunschweig berichtet. Die Staatspolizei habe dies als notwendig erachtet, nachdem „besorgte Bürger“ Anzeige erstattet hätten, in der Ortsgruppe untergeschlüpfte Sozialdemokraten und Kommunisten seien mit hilfspolizeilichen Aufgaben betraut worden. Die zeitliche Nähe von Bericht und Dementi sind starke Indizien dafür, dass es auch in der Kocherstadt Bestrebungen gab, einen ähnlichen „Handlungsbedarf“ zu konstruieren oder zumindest Stimmung gegen Wolf und seine Truppe zu machen; mit dem Ziel, dass seine Organisation – wie kurz darauf geschehen – umso leichter auf NS-Kurs gebracht werden konnte.

Als die Ortsgruppe ab 9. Mai mit regelmäßigen Kameradschaftsabenden und Wehrsportübungen auf dem MTV-Platz wieder in Erscheinung trat,

Nationale Wehr-Verbände
Schwarzes Brett



Im Sommer 1933 richtete die Kocherzeitung auf der letzten Seite jeder Ausgabe eine Rubrik „Schwarzes Brett“ ein, wo die Appell- und Marschtermine bekannt gegeben wurden.

hatte Gauführer Elberling nach seiner Teilnahme an der Reichsführer- tagung im Reichsinnenministerium per Bekanntmachung klar gestellt, dass das „Verhältnis zur nationalsozialistischen SA und SS im ganzen Reich als ein loyales, freundschaftliches und kameradschaftliches zu bezeichnen“ sei. „Der Bund der beiden großen Wehrverbände wird für alle Zeiten ein machtvoller Faktor für das Bestehen der nationalen Front darstellen.“⁷⁰ Für viele „Stahlhelmer“ war es nur ein schwacher Trost, dass sie vorerst die grüne Uniform, die Bundesflagge sowie das Bundesabzeichen beibehalten konnten.

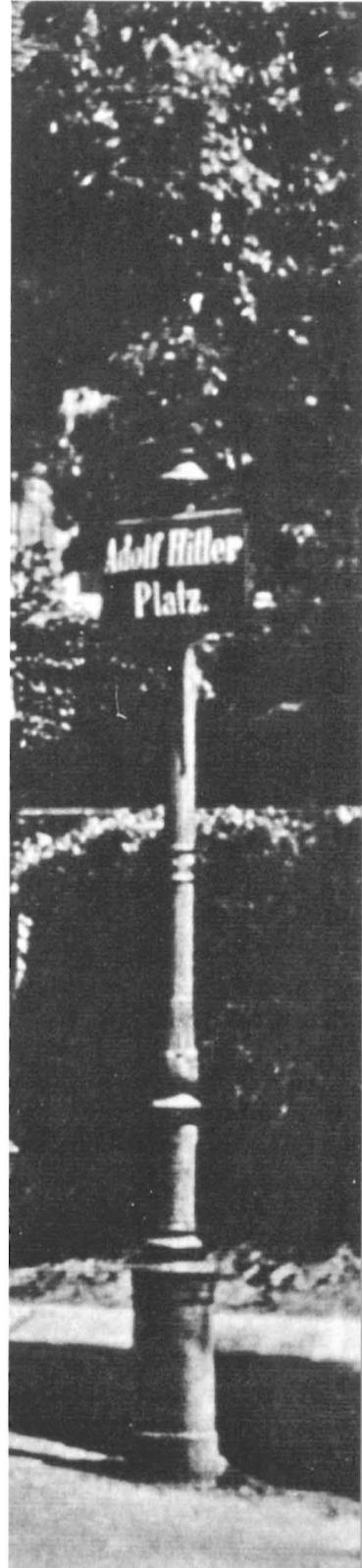
Noch einmal ausgebremst

Bereits in den letzten Tagen des März gerieten auch die Stadtparlamente in das Visier der nationalsozialistischen Propaganda. Gerüchte, das „System“ habe in den Kommunen für unverantwortliche Ausgaben gesorgt, wurden erneut verbreitet. In Stuttgart forderte der Staatskommissar und spätere Oberbürgermeister Dr. Strölin auf einer Kundgebung des gewerblichen Mittelstands eine Reform des Gemeindeverfassungsrechts. Seiner Meinung nach sollten die Gemeinderäte radikal entpolitisirt werden und möglichst bald eine berufsständische Grundlage erhalten.⁷¹ In Aalen stellte Ortsgruppenleiter Barth den Antrag, dass sich das Gremium im Hinblick auf die „ohnehin anstehenden Veränderungen der Einfachheit halber“ gleich selbst auflösen sollte.

Darüber kam es in der letzten Sitzung des frei gewählten Gemeinderats am 30. März 1933 zu einem bemerkenswerten verbalen Schlagabtausch zwischen den Vertretern der übrigen Parteien und dem Fraktionsvorsitzenden der NSDAP. Nach den Vorstellungen Barths hatte das Aalener Stadtparlament nur noch drei Entscheidungen zu treffen. Der Bahnhofsplatz sollte in Adolf-Hitler-Platz umbenannt werden, amtliche Mitteilungen wollte er zukünftig ausschließlich in Blättern veröffentlicht sehen, die schon immer die „Bewegung“ unterstützt hätten. Als dramatischer Höhepunkt war schließlich die Selbstauflösung des Gremiums gedacht.

Oberbürgermeister Schwarz hatte also keine leichte Sitzung vor sich. Seit der Mitte des Monats wurde im Staatsanzeiger immer wieder über Verhaftungen altgedienter Kollegen berichtet. Wegen angeblichem „Amtsmissbrauch“ oder „marxistischer Umtriebe“ wurden sie ihrer Ämter enthoben und auf den Heuberg gebracht. Offen gegen den Antrag der NS-Fraktion vorzugehen, war also nicht ratsam.

Bereits bei der Zusammenstellung der Tagesordnung hatte der Oberbürgermeister seinen Gestaltungsspielraum zu nutzen versucht und den Antrag nach der Vorberatung im Finanzausschuss auf Position sieben der insge-



samt zehn Punkten umfassenden Agenda gesetzt. Erst nach den Beschlüssen zu kommunalpolitisch wichtigen Themen, die im Bereich der Wohlfahrtsunterstützung oder der Finanzverwaltung anstanden, sollte Karl Barth zu Wort kommen.

Der Oberbürgermeister eröffnete die Sitzung mit einer doppeldeutigen Erklärung. Taktisch geschickt verschleierte er damit das strategische Ziel: den Antrag der NS-Fraktion ins Leere laufen zu lassen. Mochten auch die Parteien im Gemeinderat in zentralen Punkten der Stadtpolitik zerstritten sein, außer den Nationalsozialisten dachte kein Mitglied daran, für die Abschaffung des Stadtparlaments zu stimmen. OB Schwarz betonte, dass sich sowohl die Stadtverwaltung als auch das Kommunalparlament „ohne Zögern auf den Boden der neuen Regierung“ gestellt hätten. Dass damit die am 5. März legitimierte „Regierung der nationalen Konzentration“ gemeint war – und eben nicht die sich immer deutlicher abzeichnende Machtaufnahme der Nationalsozialisten, verstand Barth offensichtlich nicht. Zudem begrüßte der Vorsitzende ausdrücklich die Verlautbarungen aus dem Kabinett: „dem deutschen Reich wieder zu Kraft und Ansehen zu verhelfen, nach Innen und Außen Ruhe und Ordnung zu schaffen, zwischen Reich und Ländern ein gedeihliches Verhältnis herzustellen und für die Gemeinden und die einzelnen Bürger wenigstens die Lebensmöglichkeiten wieder sicherzustellen.“ Auch diese Formulierungen waren so allgemein gehalten, dass die NS-Fraktion dem Redner keinen Vorwurf machen konnte, er habe seine „Stellung missbraucht“ und sich in irgendeiner Weise gegen das „erwachende Deutschland“ ausgesprochen.

Blick in den Sitzungssaal des Aalener Gemeinderats (Gebäude Marktplatz 4).



Als der Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen wurde, versuchte der Ortsgruppenleiter wie erwartet, die Kontrolle über den Diskussionsverlauf an sich zu ziehen. „Es wird beantragt, zu Ehren des Erretters des deutschen Volkes vor bolschewistischem Blut-Terror den Platz vor dem Bahnhof in Zukunft mit Adolf-Hitler-Platz zu bezeichnen“, erklärte er seinen Ratskollegen. Das Gremium folgte in diesem ersten Punkt mehrheitlich dem Finanzausschuss und stimmte gegen die SPD für den Antrag. Die Sozialdemokraten hatten im Ausschuss noch für die Umbenennung gestimmt. Wie Fraktionsmitglied Karl Berger ausführte, war man sich jedoch in der Zwischenzeit nicht mehr schlüssig, ob die Ehrung dem Parteivorsitzenden Hitler, „der ohne Zweifel großes geleistet“ habe oder dem Reichskanzler gelten sollte. Für diesen sah man eine Ehrung als „zu verfrüht“ an, daher das Abweichen von der früheren Entscheidung.

Beflügelt von dem ersten Teilerfolg bat der NS-Fraktionsführer daraufhin alle Anwesenden – es war eine öffentliche Sitzung mit Publikum – sich von den Plätzen zu erheben. Er freue sich, so Barth, dass dem „Mann, auf den ganz Deutschland, ja vielleicht die ganze Welt schaue“, dieser schöne Platz gewidmet werde“.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde jedoch sehr schnell deutlich, dass die Ratskollegen Barths zu keinen weiteren Zugeständnissen bereit waren. Die Frage, wo die amtlichen Mitteilungen in Zukunft erscheinen sollten, stellten sie kurzerhand „bis zur Neubildung des Gemeinderats“ zurück.

Dass bereits am 31. März die Regierung mit dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder“ die Auflösung der kommunalen Selbstverwaltungskörper verfügen würde, erwarteten die Stadträte sicherlich nicht. Wohl kaum hätte sich sonst die Debatte über den dritten Teil des NSDAP-Antrags zu dem verbalen Schlagabtausch zwischen dem SPD-Stadtrat Karl Berger und dem Vorsitzenden auf der einen sowie Karl Barth auf der anderen Seite entwickelt. Der in der Kocherzeitung nahezu wörtlich wiedergegebene Diskussionsverlauf eröffnet einen interessanten Ausblick auf die politische Haltung der Aalener Gemeinderäte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Zwar unterstützte SPD-Stadtrat Berger den Oberbürgermeister, der dem Zentrum nahe stand, bei seinen Bemühungen, den gefährlichen Teilantrag der NSDAP abzuwehren. Fast im selben Atemzug aber distanzierte er sich im Namen seiner Fraktion von den kommunalpolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre. Offensichtlich gab es im Stadtparlament auch zwischen den Vertretern der demokratischen Parteien sehr tiefe Gräben.

Bizarreweise war es derselbe Karl Berger, der zunächst die brutale Verfolgung seiner Parteifreunde anprangerte – noch in der Sitzung wurden die Mandatsniederlegungen von Stadtrat J. Berger (SPD) und Stadträtin Babette

Fuchs (KPD) bekannt gegeben -, um dann die aktuellen und von Reichskanzler Hitler bestimmten Mehrheitsverhältnisse in der Politik mit dem Verweis auf die Spielregeln der Demokratie zu akzeptieren – „in Anerkennung dessen, dass die nationale Regierung die Mehrheit hinter sich hat“. Auch seine Bemerkungen über die erwartete „Abschaffung der Parteiwirtschaft“ lassen aufhorchen. Mehr als alle anderen politischen Gruppierungen hatte die SPD bisher hinter der Demokratie gestanden. Nach drei Jahren wechselnder Präsidialkabinette und gegenseitiger Blockierung der Parteien im machtlosen Reichstag hatten viele Mitglieder resigniert. Man musste kein Hitleranhänger sein, um sich zu fragen, wie lange dies so weitergehen konnte und ob nicht ein anderes System an die Stelle der Demokratie treten sollte. Unschlüssig und ohne genau zu wissen, was die Zukunft bringen würde, ging dennoch der größte Teil der Aalener Ratsmitglieder mit dem Vorsitzenden davon aus, dass auch in Zukunft die Parteien in der Lage sein würden, weiterhin „zum Wohle der Stadt“ zu arbeiten. „Selbst bei Anpassung an das Wahlergebnis werden die seitherigen Parteien nicht verschwinden mit Ausnahme vielleicht der Wirtschaftlichen Vereinigung“. Man erwartete also nicht nur eine Umgestaltung des Stadtparlaments, sondern es gab bereits auch Vermutungen, auf welcher Grundlage sie durchgeführt werden sollte.

Darüber scheint sich niemand im Gremium erschrocken zu haben. Der Mehrheit der Ratsmitglieder deshalb politische Blindheit zu unterstellen, wäre allerdings nicht fair. Ihre Bemühungen, den Vorstoß der NS-Fraktion zusammen mit dem Oberbürgermeister abzufangen, sind deutlich zu erkennen. Der Spielraum, der hierfür zur Verfügung stand, war definiert durch Recht und Gesetz.

Wenn Oberbürgermeister Schwarz den Antrag Barths mit der Begründung abwies, er erfordere einen „zu weittragenden Beschluss“, so fiel diese Formulierung genauso doppeldeutig aus, wie seine Erklärung zu Beginn der Sitzung. Zusammen mit der Mehrheit der Gemeinderäte war der Vorsitzende nicht bereit, etwas Ungesetzliches zu beschließen. Formal gesehen konnten die politischen Gegner nichts Stichhaltiges dagegen vorbringen. Schließlich war das neue Gesetz noch nicht erlassen.

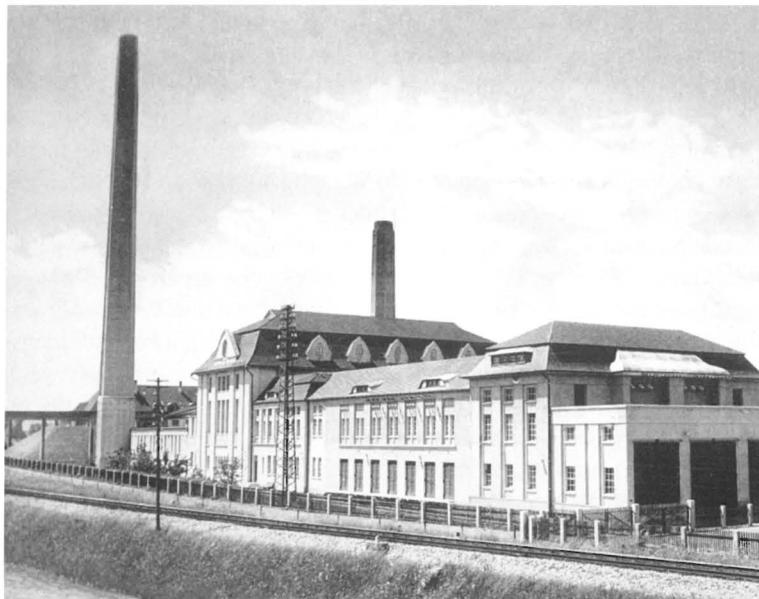
Aber nicht nur aus formellen oder Gewohnheitsgründen wollte man den Weg des Rechts nicht verlassen. Im Gegensatz zur NS-Fraktion fühlten sich die übrigen Gemeinderäte den geltenden Gesetzen verpflichtet. Für die Vertreter des Zentrums, der SPD oder der Wirtschaftlichen Vereinigung lag es außerhalb jeglicher Vorstellung, die Auflösung des Gremiums selbstherrlich zu beschließen und damit der NSDAP alles weitere zu überlassen. Es gab dafür keine gesetzliche Grundlage, also war nicht daran zu denken. SPD-Gemeinderat Karl Berger sprach auch für die Mehrheit im Rat, wenn er feststellte: „Von heut auf morgen kann man die Fahne nicht herum-

reißen. Wer sich von heut auf morgen umstellen kann, von dem halte ich persönlich nicht mehr viel“. Das war eine klare Absage an die „Männer der Tat“ in Aalen und ihre Pläne.

Fatalerweise glaubte man sich auf der Linie der Regierung. Hierzu nochmals Berger: „Wenn die Parteiwirtschaft beseitigt werden soll, dann soll es auch nicht so sein, dass die anderen Parteien überhaupt nichts mehr zu sagen haben. Das kann nicht der Wille sein von Herrn Barth und seiner Partei, die ja das Volk einen will.“ Noch am Abend des 30. März vertraute ein großer Teil der Aalener Gemeinderäte auf das „Kabinett der nationalen Konzentration“ und glaubte daran, dass sich die radikale Rechte nicht durchsetzen würde. Wie Oberbürgermeister Schwarz schon eine Woche später erfahren musste, war dies jedoch ein grundlegender Irrtum.

Vereinahmung des Stromverbundes Jagstkreis

Unmittelbar nach der Verabschiedung des Gleichschaltungsgesetzes erfolgte der Griff der NSDAP nach den Schlüsselstellen der regionalen Energiewirtschaft. Bereits am 7. April 1933 sah sich Friedrich Schwarz gezwungen, den langjährigen Verbandsvorsitz im „Stromverbund Jagstkreis“ an den NSDAP-Landtagsabgeordneten Adolf Kling aus Unterkochen abzugeben. Zwar hatte das Oberamt sich hinter den Verbandsvorsitzenden ge-



Blick auf das 60/20/15-kV-Schalthaus der UJAG in Ellwangen.

Das 20/15-kV-Umspannwerk der UJAG in Aalen.



stellt und die wegen einer „verfehlten Strompreispolitik“ geforderten disziplinarrechtlichen Schritte für völlig unbegründet erklärt. In Stuttgart wurde dieses Attest für eine tadellose Geschäftsführung jedoch nicht als stichhaltig betrachtet. Wie der Regierungsbeauftragte und Fraktionskollege Klings, Bürgermeister Stümpfig, bei der Amtsübergabe feststellte, waren für das Innenministerium die „Beschwerdegründe dadurch keineswegs entkräftet“. Natürlich wusste auch der Regierungsvertreter, dass eine erneute Untersuchung die Vorwürfe nicht bestätigen würde. Doch war der Verdacht nützlich, um den untadeligen Ruf seines Amtskollegen in Zweifel zu ziehen und so nachhaltig zu beschädigen, dass der politischen Demontage von Friedrich Schwarz als Aalener Oberbürgermeister nichts mehr im Wege stand. Deshalb deutete Stümpfig nur vage an, was sich nicht beweisen ließ und betonte mit Nachdruck die Rechtmäßigkeit des eigenen Handelns. Sein Verweis auf die legalen Maßnahmen der „Gleichschaltung“ entzog jeglicher Kritik an der Vorgehensweise gegenüber dem Verbandsvorstand den Boden. Die Amtsversammlungen und Bezirksräte waren bereits aufgelöst, auch die Bürgermeister hatten jegliche Vertretungsbefugnis in der Versammlung des Energieverbunds verloren. Mit welch massivem Druck die neuen Machthaber in die Schlüsselpositionen der regionalen Energiewirtschaft drängten, lässt die süffisante Schlussbemerkung des Regierungsbeauftragten erkennen: „Ich darf die [Rücktritts-]Erklärung des Oberbürgermeisters Schwarz auch dahin auffassen, das er den Vorsitz im Verwaltungsrat, wie auch sein Aufsichtsmandat bei der UJAG niederglegt“⁷².

Diesem Frontalangriff konnten auch Oberbürgermeister Lüllig aus

Schwäbisch Gmünd, der Gailldorfer Landrat Lang von Langen sowie Bürgermeister Waldmann nicht stand halten. Alle drei sahen sich ebenfalls gezwungen, ihre Sitze im Aufsichtsrat der Ujag zur Verfügung zu stellen.

Konstruierte Mehrheiten

Die Aussage Karl Bergers in der Gemeinderatsitzung vom 30. März 1933, die NSDAP würde in Aalen über keine Mehrheit verfügen, traf Ende April in einem entscheidenden Punkt nicht mehr zu. Obwohl sich die Wählerinnen und Wähler in Aalen bei der Reichstagswahl mehrheitlich für andere Parteien entschieden hatten, waren die parteipolitischen Gewichte im neuen Aalener Stadtparlament mittlerweile deutlich zu Gunsten der Nationalsozialisten verschoben worden. Wie aus der Bekanntmachung vom 28. April 1933 hervorgeht, bestand das Gremium nur noch aus 18 Personen. Außerdem errechnete sich die neue Sitzverteilung aus dem letzten Reichstagswahlergebnis. Durch eine „Verbindungserklärung“ mit der DVP, der DDP, dem Christlichen Volksdienst, dem Bauern- und Weingärtnerbund sowie der nationalkonservativen Kampffront vermehrte die NSDAP ihr Ergebnis um weitere 975 Stimmen, woraus sich eine Fraktionsstärke von 9 Sitzen ergab. Die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ stellte nun mehr 1, das Zentrum 5 und die SPD 3 Stadträte. Ausdrücklich gab Stadtrat Barth am Ende der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates am 4. Mai 1933 seiner Freude darüber Ausdruck, „dass er und seine [bis-herigen] drei Fraktionsmitglieder nicht mehr nur geduldet“ seien.⁷³

Kaum im Amt legten die SPD-Ratsmitglieder Matthäus Krauß, Karl Schmid und Johann Beißwenger noch vor der nächsten Sitzung am 18. Mai ihr Mandat nieder. Die Ersatzmänner Eugen Schmid und Josef Uhl wurden auf eigenen Wunsch erst gar nicht bestellt. Gemäß Artikel 61, Abs. 3. der Gemeindeordnung war eine Ergänzungswahl überflüssig, solange noch 2/3 des Gremiums bestanden.

Aber auch die Präsenz der Zentrumsfraktion schwand rapide. Am 22. Juni nahmen zum letzten Mal alle fünf Fraktionsmitglieder an der Sitzung teil. Zwei Wochen später, am 5. Juli, löste sich die Partei selbst auf. Schon am 22. Juni war die SPD verboten worden. Der nunmehr ehemalige Zentrums-Stadtrat Groß schied am 10. August aus dem Gemeinderat aus. Auf seinen Platz rückte der Bauunternehmer Pius Straubmüller nach. Er blieb im Gremium, bis im September 1935 nach der neuen Deutschen Gemeindeordnung der Gemeinderat abgeschafft und durch sogenannte Ratsherren ersetzt wurde. Bereits am 28. September 1933 verließen auch Anton Grieser und Bernhard Höfer die Fraktion. Ab dem 12. April 1934 erhöhte sich mit dem Ausscheiden von Johannes Birkhold und Paul Krauß die Zahl

Oberamtsstadt Aalen.

Ergebnis der Neubildung des Gemeinderats.

I. Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder beträgt einstig 18.

II. Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 wurden in der Stadt an Stimmen, die bei der Neubildung des Gemeinderats zu berücksichtigen sind, abgegeben für

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	2632
2. Sozialdemokratische Partei	1436
3. Württb.-Hohenzollerische Zentrumspartei	2052
4. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	445
5. Deutsche Volkspartei	106
6. Christlich Sozialer Volksdienst	210
7. Deutschdemokratische Partei	137
8. Bauern und Weinärtnerbund	77

Zur Neubildung des Gemeinderats wurden Wahlvorschläge eingereicht von Partei Nr. 1, 5, 7 u. 8 gemeinsam, ferner von Nr. 2, 3, 4 u. 6. Verbindungsverlärungen wurden abgegeben für Nr. 1, 4 bis 8. Hiernach waren Sitze zuzuteilen: an die verbündeten Wahlvorschläge Nr. 1, 4, bis 8 = 10, davon 9 Sitze an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und 1 Sitz an die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot; 5 Sitze an die Württ.-Hohenz. Zentrumspartei, ferner 3 Sitze an die Sozialdemokratische Partei.

Nach der Reihenfolge auf den Wahlvorschlägen ist als 4. März 1937 gewählt von der

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und den angeschlossenen 3 Parteien:

1. Barth Karl, Brauereibesitzer
2. Schmid Fridolin, Sturmbannführer
3. Wiedmann Ernst, Bauer
4. Rück Wilhelm, Mezgermeister
5. Dr. Honold Oskar, Bahnarzt
6. Bieg Albert, Ingenieur
7. Großmann Wilhelm, Arbeiter
8. Haug Alfred, Studiendirektor
9. Kiesel Reinhold, Kaufmann.

Kampffront Schwarz-Weiß-Rot:

1. Bader Wilhelm, Fabrikant.

Zentrumspartei:

1. Groß Eugen, Schuhmachermeister
2. Birkhold Johannes, Landwirt
3. Griefer Anton, Geschäftsführer
4. Höfer Bernhard, Oberlehrer
5. Krauß Paul, Modellschreiner.

Sozialdemokratische Partei:

1. Krauß Matthäus, Wagnermeister
2. Schmid Karl, Schriftseher
3. Weißwenger Johann, Schlosser.

Gegen die Feststellung der Neubildung des Gemeinderats kann von jedem Gemeindebürger binnen 2 Tagen nach der Bekanntmachung des Ergebnisses bei dem Oberamtsvorstand Einspruch erhoben werden.

Den 27. April 1933.

Der Wahlvorstand:

-(gez.) Oberbürgermeister Schwarz,
Barth Karl, Groß Eugen.

Die „Neubildung“ des
Aalener Gemeinderats.

der „erledigten Sitze“ im Gemeinderat auf 7. Über zehn Monate lang hatten beide ihre Abwesenheit bei den Sitzungen entschuldigt, ohne ihr Mandat niederzulegen.

Selbstgleichschaltung

Man hat erst vor kurzem den Prozess der Gleichschaltung im Deutschen Reich als ein „trübes Gemisch aus Begeisterung und Ängsten, aus Überredung und Drohung“ charakterisiert.⁷⁴ Dies trifft durchaus auf die lokale Entwicklung zu. Wie in anderen Städten wurden ab April 1933 in Aalen die nicht aufgelösten Organisationen nach dem Befehlsprinzip ausgerichtet. Dies gilt für die Wirtschafts- und Bauernverbände ebenso wie für die Gesangs- oder Sportvereine. Die demokratischen Wahl- und Kontrollregeln verschwanden aus den Satzungen. Wie NS-Kreiskampfbundführer und Stadtrat Ruck bereits am 28. des Monats bei der Generalversammlung des Gewerbevereins verkündet hatte, waren ab sofort nur noch „Bestellungen von Persönlichkeiten“ in enger Abstimmung mit der Partei erwünscht. Andere Organisationen, wie etwa die Kriegsopferverbände im Bezirk wurden am 24. April 1933 nach den Vorgaben der Nationalsozialisten umstrukturiert und zur Nationalsozialistischen Kriegsopfersversorgung zusammengeschlossen.

Die gleichgeschalteten Vereine trugen den umfangreichen Personalwechsel scheinbar ohne größere Einwände mit. Die Hoffnung, damit einen Beitrag zum Aufbau eines neuen und starken – aber damit nicht automatisch nationalsozialistischen – Deutschland zu leisten, war weit verbreitet. Aus den Berichten über die „geordneten Amtsübergaben“ geht jedenfalls nicht hervor, dass es ein Mitglied in den hierfür einberufenen Jahresversammlungen gewagt hätte, offen die „Vorteile“ des neuen Führungsstils in Frage zu stellen. Durch das „Führerprinzip“ hieß es, würde die Einheit im Verein bzw. die Stellung im Verband gestärkt.

Es gab altgediente Vorstände, wie die Herren Bruker und Rieger im Gewerbe- und Handelsverein, die in offensichtlichem Streit aus ihren Ämtern schieden. Aber der wurde nicht öffentlich ausgetragen. Soweit möglich wahrten alle Beteiligten die Form. Bei der Generalversammlung am 28. April 1933 bedauerte der neue 1. Vorsitzende, Kaufmann Kiesel, dass beide Herren sich für den Abend entschuldigen ließen.

Andere Vorstände wiederum räumten den Platz für ihre Nachfolger ohne Groll. Nach Kriegszeit und Zwangswirtschaft, Revolution, Inflation und Weltwirtschaftskrise hielt die Führungsriege des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Aalen den Zeitpunkt für gekommen, in den wohl verdienten „Ruhestand“ zu gehen.

Beeinflussung statt
Information, Einheitlichkeit
statt Meinungsvielfalt! Als
gleichgeschaltetes
Presseorgan bereitete die
Kocherzeitung ihre Leser
selbst per Anzeige auf ihre
Aufgaben unter den neuen
Machthabern vor.

Unterlochen, den 21. Juni 1933.

Aufruf!

Im Sinne der Gesundung der deutschen Volksseele und des deutschen Volkskörpers ist es eine klare Notwendigkeit, die Presse als Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung aus der Hand der Zerstörer in den Dienst der aufbauenden Staatsleitung zu überführen.

Zu diesem Zweck wird augenblicklich im ganzen Reich der Einfluß der nationalsozialistischen Regierung durch ausschlaggebende Beteiligung an geeigneten Zeitungsunternehmungen sichergestellt. So wird in meinem Kreis Osten der Verlag der Kocher-Zeitung in Aalen in seiner Druckerei die von uns in unserem Kreis eingeführte National-Zeitung weiterhin herstellen.

Ab 1. Juli 1933 erscheint die „Kocher-Zeitung“ als nationalsozialistisches Amtsblatt für das Oberamt Aalen, für Ellwangen und Neresheim als Kopfblatt weiterhin mit dem Kopf der „National-Zeitung“. Sie ist alleiniges Amtsblatt und Regierungsorgan.

Die erste Nummer erscheint in besonderem Umfang und Aufmachung. Die Geschäftswelt wird gebeten, ihr Einverständnis mit dieser Lösung dadurch kundzutun, daß sie diese Nummer durch Aufgabe von Anzeigen vorteilhaft gestaltet.

Vertrauen ist Mitarbeit!

Heil Hitler!

Der Kreisinspekteur:

A. Kling
Landtagsabgeordneter.

Anzeigen für die Nummer vom 1. Juli d. J., die wegen ihrer Ausstattung und ihres Umfangs zur Werbung in ganz hervorragendem Maße geeignet ist, da sie in jedes Haus und in jede Familie des Bezirks gelangt, **wollen uns möglichst bald aufgegeben werden.**

Kocher-Zeitung

vom 1. Juli d. J. ab **alleiniges** Amtsblatt des Oberamts Aalen.

Auf Einladung ihres langjährigen Vorsitzenden, trafen sich die Mitglieder von Vorstand und Ausschuss nach der Gleichschaltung am 28. Mai 1933 bei Baron von Wöllwarth zu einer „gemütlichen Abschiedsfeier“. Am Ende seiner kurzen Ansprache äußerte sich der alte Herr zuversichtlich, dass „mit den neuen Männern an der Spitze des Verbandes die Schicksalsstunde der Landwirtschaft sich zu einer grundlegenden Besserung gestalten wird.“ Hierfür würde die neue Regierung unter Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler „die volle Gewähr“ bieten.

Mit seinem Optimismus stand der Baron tatsächlich nicht allein. Es gab Ende Mai 1933 viele Menschen in Aalen, die zwar bei der Reichstagswahl nicht für die Nationalsozialisten gestimmt hatten, aber trotzdem mit zunehmender Zuversicht eine neue Zukunft für Deutschland und damit auch für ihr eigenes Leben erwarteten. Die Festtagsstimmung des 1. Mai schwang immer noch nach. Dass für die Herstellung der nationalen Einheit, die Gegner – oder die man dafür hielt – ausgeschaltet wurden, war man bereit in Kauf zu nehmen oder nahmen viele gar nicht war.

In Szene gesetzt

Mit einem bislang nicht bekannten Aufwand hatte die örtliche NSDAP in Zusammenarbeit mit dem „Sonderbeauftragten“ Adolf Kling den 1. Mai in Aalen als „Symbol des nationalen Aufbruchs“ in Szene gesetzt. Wie Ortsgruppenleiter Barth auf dem Marktplatz bekundete, sollte nicht mehr nur ein einzelner Stand und Beruf oder eine gesellschaftliche Klasse, sondern die „gesamte deutsche Wirtschaft“ diesen Tag feierlich begehen. „Der 1. Mai wird in Zukunft der Verständigung zwischen Arbeiter und Bauer und allen übrigen Berufen dienen, um ein neues Deutschland zu schaffen.“

Die gesamte Dramaturgie des Tages – von der Flaggenhissung auf den Betriebsgebäuden und dem Massenumzug bis zur Rundfunkübertragung der Führerrede auf dem Adolf-Hilter-Platz mit anschließendem Zapfenstreich bei Fackelschein – war darauf angelegt, Emotionen zu wecken.

„Festliche Wagen der verschiedenen Berufsstände belebten das Bild. Ein Blumenwagen der Gärtner voll frischen Blumenflor und Maiengrün, die „weiße Front“ der Bäcker und Konditoren, der Gipser, der Friseure, Maler mit den originellen Pinseln in den Reichsfarben, die Metzger, alle in dem frischen und sauberen Weiß ihres Berufs, ein Wagen des landwirtschaftlichen Ortsvereins, ein Pflug und ein Milchwagen, bekundeten die Verbundenheit von Stadt und Land, Limonaden preisen sich mit Überkinger Wasser als alkoholfreie Getränke an, es folgte ein originelles Gespann der Schützen, die Industrie war vertreten durch einen Wagen der Ketten- schmiede, des Eisen- und Drahtwerks Erlau, der qualmend durch die

Straßen fuhr und einen Töpferwagen der Fa. Stützel-Sachs, auf dem eine alte Töpferscheibe an alte Zeiten erinnerte. [...] Die schmucken Reichspost-omnibusse in ihrem frischen Gelb führten zum Teil die Schwerbeschädigten des Weltkriegs, um auch sie an dem festlichen Tage teilnehmen zu lassen und der jüngste der Sportzweige, der Segelflug, wurde in einem Flügelmodell vorgeführt. Radfahrer und Reiter belebten den festlichen Zug. So marschierten sie alle im Geist des Tages, Bauern und Arbeiter, Fabrikherr und Beamter, Sportler und Sänger, geführt von den Marschkolonnen der Wehrverbände als ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit aller Kreise und Berufstände.“

Noch ganz unter den Eindrücken des „Ehrentags der deutschen Arbeit“ wollte der Gesangverein „Vulkania“ sein Frühlingskonzert am 2. Mai dem Komponisten Richard Wagner widmen und gleichzeitig dem „Hoffen auf einen neuen Frühling für unser armes Volk“ Ausdruck verleihen. Enthusiastisch begrüßte der Vorstand des Traditionsvereins, Apotheker Völter, „die neue nationale Epoche, die herausgeführt hat aus den vergangenen 14 Jahren“.⁷⁴ Was dies im nationalsozialistischen Sinne bedeutete, bekamen an diesem Tag vor allem die Gewerkschaften zu spüren.

Zwangsvereinigt

Welche Anziehungskraft der Begriff der „Volksgemeinschaft“ auch auf Organisationen ausühte, die der NS-Ideologie abweisend gegenüberstanden, zeigt das Beispiel der christlichen Gewerkschaften. Am Vorabend des 1. Mai hatte das Aalener Ortskartell in den Saal der „Eintracht“ geladen. Wie Gewerkschaftssekretär Schäfer gegenüber den Mitgliedern feststellte, wollte man sich „an dem wirtschaftlichen und sozialen Neubau des Staates“ ebenfalls beteiligen. Allerdings sei es notwendig, in „Zeiten des Umbruchs und der Gleichschaltung“ eine Standortbestimmung zu erhalten. Zu diesem Zweck war eigens Landesgeschäftsführer Rödlach aus Stuttgart angereist. Auch er unterstützte im Grundsatz die Haltung Schäfers. Gegen den „Staat einer Volksgemeinschaft, der nicht zuletzt in den Berufsständen“ seinen Ausdruck finden würde, bestünden unter bestimmten Voraussetzungen keine Vorbehalte. „Wir legen größten Wert auf Unabhängigkeit und Gleichberechtigung und wollen ohne staatliche Zwangsorganisation und ohne Klassenkampf und Klassenhass uns selbst mit den Arbeitgebern verständigen.“⁷⁵

Dass dieses Bekenntnis zu gewerkschaftlicher Autonomie keineswegs im Sinne des Parteivorsitzenden und Reichskanzlers Adolf Hitler war, hatte bei der großen Maikundgebung auf dem Marktplatz nur derjenige heraus hören können, der sich von dem ganzen Spektakel nicht blenden ließ.

Zum 1. Mai, dem Ehrentag der deutschen Arbeit

Titelseite der Kocherzeitung
zum „Tag der Arbeit“ 1933.



Verpackt in wortreiche Ausführungen über die „Verständigung zwischen Arbeiter und Bauer bzw. allen übrigen Berufen, um ein neues Deutschland zu schaffen“, hatte Ortsgruppenleiter Karl Barth skizziert, nach welchen Grundsätzen die NSDAP verfahren wollte. „1. Eine innere Einheitlichkeit [ist zu schaffen] als Gesinnungsgemeinschaft des deutschen Volkes in rassemäßigem und erziehungsmäßigem Geiste unter Ausmerzung alles Undeutschen. Ein neuer Geist muss den deutschen Menschen dem Staate eingliedern. 2. Als sichtbarer Ausdruck der Volksgemeinschaft muss sich ein Anschluss an die nationale Bewegung vollziehen im Geiste der Mannhaftigkeit, des Wehrwillen und der Freiheit für das ganze deutsche Volk.“⁷⁶ Bereits am folgenden Tag wurde mit der Umsetzung dieser Ankündigungen begonnen. Als der Vulkania-Vorsitzende euphorisch den Anbruch der neue Zeit begrüßte, waren bereits die Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland besetzt und die Arbeitnehmerorganisationen für aufgelöst erklärt. Selbst, wenn die Mitglieder des Aalener Ortskartells an ihrem Grundsatz bis Juni 1933 festhielten, dass eine „Einheitsgewerkschaft nur auf christlich nationaler Grundlage“ für sie in Frage kam, eine Möglichkeit sich zu wehren gab es nicht mehr.

Am 10. Mai 1933 wurde die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) als faktische Zwangsvereinigung von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern ge-

Bilder von der NSBO- Sahnentweihe in Rosenberg



Am 23. September 1933
wurden in Anwesenheit von
DAF-Landesführer Schulz
und Reichsstatthalter Murr

11 NSBO-Fahnen
der Bezirke Ellwangen,
Aalen und Neresheim
geweiht.

gründet. Die Durchführung der Gleichschaltungsarbeit für den neuen Dachverband übernahm in den Oberämtern Aalen, Ellwangen und Neresheim die NSBO.

Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation bestand als Gliederung der NSDAP im Parteibezirk X Ost seit 1929 unter dem Vorsitzenden Pg. Sauerborn aus Rosenberg. Im Sommer 1933 zählte sie bereits 2000 Mitglieder. Ortsgruppenleiter der NSBO-Aalen war zu diesem Zeitpunkt Karl Sauter. Die Übernahme des Metallarbeiterverbandes in der Kocherstadt erfolgte am 30. Juni. Zwei Tage später sprach Pg. Sauerborn in Unterkochen im „Hirsch“. Beide Male forderte er die Anwesenden mit Nachdruck zum Beitritt in seine Organisation auf, da sie ansonsten als „Saboteure des Arbeitnehmertums“ gelten würden.

In nur wenigen Wochen waren die ursprünglich 28 Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf 15 verringert worden.

Im nächsten Schritt sollte „die organische Überführung“ der christlichen Gewerkschaften in diese „Grundverbände“ erfolgen. Wie Sauerborn am 1. Juli 1933 in der Kocherzeitung schrieb, mussten auch sie zu den „großen Heersäulen der Arbeiter stoßen, um gemeinsam am großen Werk zu bauen“. Als „größte organisatorische Tat“ kündigte er die Erfassung aller bislang „unorganisierten Werktätigen“ an. „Auch sie gehören in die deutsche Arbeitsfront, denn künftig gilt nur der etwas in Deutschland, der im Besitz des Staatsbürgerrechtes ist. Die Verleihung dieses so wichtigen Staatsbürgerrechtes, das regelrecht verdient werden muss, ist aber abhängig von der Zugehörigkeit zur Deutschen Arbeitsfront.“

Voller Begeisterung hatten sich bereits zwei Wochen zuvor die Mitglieder des ehemaligen „Deutschen Handlungsgehilfenverbandes – Ortsgruppe Aalen“ der DAF untergeordnet. Seit 13. Juni vertraten sie voller Stolz die „Nationalsozialistische Angestelltensäule“ in der Organisation. „Der Führer der deutschen Angestelltenschaft hat verfügt: Es gibt weder Sieger noch Besiegte! Der Soldat der deutschen Arbeitsarmee weiß als disziplinierter Gefolgsmann, was diese Wort für die künftige Gemeinschaft bedeutet. Wir wollen uns nicht besser als die anderen dünken, sondern die aus unserer Tagesarbeit resultierenden starken Verpflichtungen erfühlen und auch erfüllen. Jene aber, denen schon wieder gefrorenes Wasser den Hosenboden beschwert, sei beruhigend gesagt: Jeder kommt zu seiner Sache, niemanden werden wohlerworbenen Rechte geschmäler.“

Einige Zeilen später hieß es schon etwas konkreter im Sinne der neue Machthaber: „Wer für die Gemeinschaft seine Pflicht erfüllt, dem wird selbstverständlich auch sein Recht; dessen Rat wir auch berücksichtigt werden. Wer sich aber der Gemeinschaft immer erst erinnert, wenn es Vorteile zu erhaschen gibt, dem wird künftig sein Platz in Reih und Glied angewiesen, dort hat er sich erst zu bewähren. Raunzer und Schwadronen haben zu schweigen!“⁷⁷

Sollten tatsächlich noch Zweifel unter der Bevölkerung darüber bestanden haben, dass der schmissig-ordinäre Tonfall dieser Mitteilung genau der neuen „Gesinnungsgemeinschaft“ entsprach, die Barth am 1. Mai gefordert hatte, so wurden sie schon bald ausgeräumt.

Steine und Flammen

Bereits am 24. Juni 1933 konnten die Menschen in Aalen zwei weitere Erscheinungsformen jenes „erziehungsmäßigen Geistes“ der neuen Zeit kennen lernen, von dem immer wieder die Rede war. Am „Tag der Jugend“ standen die Kinder und Schüler im Mittelpunkt. Sie marschierten am Vormittag des warmen Junitages von Aalen aus zu einer Kundgebung bei der



Das „Denkmal der Jugend“
auf dem Osterbuch.

Osterbuchhütte. Hier sollte in einigen Monaten ein „Denkmal der Jugend“ entstehen. Alle Schüler war dazu aufgefordert worden, einen Stein mit zu bringen. Dadurch sollten die Jungen und Mädchen „beweisen, dass sie zu den Willigen gehörten, die als Teilchen einer großen Einheit rastlos am Wiederaufbau unserer Nation mitarbeiten wollen“, wie Studiendirektor Haug bei seinem „Vaterländischen Appell“ feststellte.⁷⁸

Für den Parteigenossen und Pädagogen war es durchaus reizvoll, die Idee des mittlerweile wieder nach Aalen zurückgekehrten Apothekers Ernst Mutschler umzusetzen und dieses Symbol für die „neue deutsche Jugend“ durch diese selbst errichten zu lassen. Man mochte ihre Organisationen gleichschalten und dadurch kontrollieren können, „regimetreue Gefolgschaften“ würden aber dadurch nicht automatisch entstehen. Hier konnte das pädagogische Instrumentarium mehr bewirken. In den Händen eines überzeugten Nationalsozialisten ließ es sich zielgerichtet einsetzen: „Dieses Denkmal soll sagen, dass der einzelne für sich zwar wenig, doch in Zusammenwirken mit anderen Großes vermag“. Sollte diese Erklärung Haugs auch nicht von allen verstanden werden, so war dies unerheblich. Nach seinen Worten waren alle Anwesenden auf jeden Fall „nicht nur Miterleber, sondern auch Mitträger und Mitgestalter“. Diese Erfahrung, bei einer „großen Sache eben“ mitgemacht zu haben, das war der Kern der ganzen Aktion.

Die Kocherzeitung berichtete entsprechend: „Hut ab vor einer Jugend, musste man sich im stillen sagen, wenn man die Mädels und Buben sah, wie sie einen 10-15 Pfunder oder darüber hinaus, wenn auch mühsam so doch stolz erhobenen Hauptes daherschleppten. Gesunder Gemeinschaftsgeist herrschte in ihr, denn kein Stein durfte zurückbleiben. Rasch sprang der Kamerad für den andern ein, wenn dessen Kräfte nicht mehr ausreichten. Während drunten die Stadt in Ruhe und Arbeit lag, scharten sich ihre Kinder, ihre Söhne und Töchter auf der Höhe um die Osterbuchhütte zu einer würdigen vaterländischen Feierstunde.[...] Der Nationalsozialismus hat eine Volksgemeinschaft gegründet, in die auch ihr mit ganzem Wollen und können euch eingliedern sollt. Ihr habt ein leuchtendes Vorbild in unserem Führer Adolf Hitler. Suchet ihm nachzueifern! Ihn grüßen wir von der Höhe des Osterbuch mit einem dreifachen Sieg-Heil!“ Die weiteren „Erziehungsmaßnahmen“ übernahmen am Abend die Partei und die SA. Wenn sie auch wesentlich drastischer ausfielen als am Morgen, die Zielrichtung war dieselbe. Jungvolk, Hitlerjugend, BDM sowie sämtliche Aalener Sport- und Jugendvereine, soweit sie noch bestanden, hatten sich ab 20 Uhr auf dem MTV-Platz an der Rombacherstraße zur Sonnwendfeier einzufinden. Sturmbannführer Fridolin Schmid, der weder in rhetorischer und schon gar nicht in intellektueller Hinsicht an Studiendirektor Haug heranreichte, hielt die Ansprache. Von „Deutscher

Zucht und deutscher Kraft“, von „Opferbereitschaft in einer Welt voller Feinde“, handelte seine Rede. Auch die Standardformeln von den „Schützengräben des Weltkriegs mit ihrem Kanonendonner und Kugelprasseln“ oder Begriffspaare wie „Kameradschaft und Pflichterfüllung“ fehlten nicht. Als Schmid die Jugendlichen aufforderte „aus der Glut der Flammen [des Sonnwendfeuers] die Kraft zu ziehen, damit wir stark genug sind, unsere Überzeugung durchzufechten und nicht vor feigen Sentimentalitäten zurückschrecken“ steuerte die Veranstaltung auf ihren zerstörerischen Höhepunkt zu: die Bücherverbrennung.

„Höher als das Leben steht die Freiheit! Den Irrlehren des Marxismus gilt unser Kampf, der Wiederaufbau Deutschlands ist unser Ziel! Helft alle mit an diesem Werk, vernichtet die Lügenschriften dieser hysterischen Weltanschauung. Ins Feuer mit dem Schmutz und Schund, der sich berghoch in den letzten Jahren angesammelt hat und eine Giftpille unserer deutschen Kultur und besonders unserer Jugend war!“ Auf Befehl eines Mannes, den seine eigene Partei 1926 als Ortsgruppenleiter wegen Unfähigkeit abgelöst und zur SA abgeschoben hatte, verbrannten die Jugendlichen unter anderem Werke von Thomas Mann, Hermann Hesse, Mark Twain oder Romain Rolland.⁷⁹

Der Redakteur der Kocherzeitung, dessen Blatt noch am Morgen mit einer Viertelseitigen Anzeige stolz ihre Gleichschaltung zum 1. Juli bekannt gegeben hatte, berichtete in enger ideologischer Verbundenheit: „Als Beispiel wie es in jeder deutschen Familie gemacht werden soll, wenn dies noch nicht geschehen wäre, wurden die aus der hiesigen Volksbücherei entnommenen und ausgeschiedenen ungeeigneten und verderblichen Bücher ins Feuer geworfen und gierig fraßen die Flammen die von Judenkapital produzierten, den Untergang Deutschlands wollenden Schriften. So muss und wird die Idee des gesamten Marxismus in Flammen aufgehen. Nach dem Deutschlandlied, einem Sprechchor und Lied des Jungvolks, verschiedenen Märschen der Feuerwehr- (Stadt-) und SA-Kapelle und mehreren allgemeinen Liedern fiel endlich die auch sich bis zuletzt wehrende Fahne der „Eisernen Front“ den Bemühungen deutscher Kraft und gerechten Feuers zum Opfer.“ Die Abzeichen, Wimpel und Protokolle des Arbeiter-Turn-Vereins Jahn und der Naturfreunde waren schon zuvor vom Feuer vernichtet worden.

Etappensieg für OB Schwarz

Die Nationalsozialisten bestimmten Ende Juni unübersehbar das öffentliche Geschehen in der Stadt. Nach acht Wochen hatten sich nahezu alle Parteien außer der NSDAP aus dem gleichgeschalteten Gemeinderat zu-

*Der Führer der SA in Aalen,
Fridolin Schmid.*



rückgezogen. Entweder waren sie bereits verboten oder standen kurz vor der staatlich verordneten Auflösung. Per Gesetz wurde die NSDAP am 14. Juli 1933 die einzige Partei im Deutschen Reich.

Praktisch war damit der Prozess der Machtergreifung unumkehrbar. In Aalen hatten aber die Nationalsozialisten ihr strategisches Ziel bis zum Januar 1934 noch nicht erreicht. Ortsgruppenleiter Barth war zwar seit der Umbildung des Stadtparlaments auch stellvertretender Ortsvorsteher, doch sein politischer Widersacher, Oberbürgermeister Schwarz, blieb im Amt und verhinderte dadurch, dass er nach eigenem Belieben in der Stadt schalten und walten konnte. Geschickt nutzte der erfahrene Verwaltungsmann die neue Rechtslage.

Mit Gesetz vom 28. Juni 1933 regelte das württembergische Staatsministerium die Rechtsstellung der Ortsvorsteher neu. In Zukunft sollten sie nicht mehr von den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Gemeinden gewählt werden, sondern die zuständige Regierungsbehörde bestimmte, wer das Amt ausübte. Den Gemeinden wurde ein Vorschlagsrecht eingeräumt. Für die alten Amtsinhaber sollte eine Übergangsregelung gelten. Wer sich bis zum 20. Juni noch in Amt und Würden befand – im Klartext: wer also noch nicht als politisch missliebig erkannt oder anderweitig „negativ“ aufgeflogen und entlassen worden war – sollte fortan als „lebenslänglich ernannt“ gelten. Eine wesentliche Einschränkung gab es freilich noch: der Amtsinhaber durfte in den zwei Wochen nach dem Erlass des Gesetzes nicht „freiwillig“ auf seine Position verzichten. In der kommunalpolitischen Praxis jener Monate kam dies einer Aufforderung an die NS-Fraktionen gleich, aktiv zu werden. Sollte es in den 14 Tagen nicht gelingen, den Ortsvorsteher dazu zu bringen, seinen Abschied einzureichen, trat die Übergangsbestimmung in Kraft und er blieb im Amt.

Die Zielrichtung des Gesetzes ist klar zu erkennen: Es wurde erwartet, dass die Reihen der Amtsvorstände mit langer Berufserfahrung, noch stärker gelichtet würden. Der Rest, der dann zu übernehmen war, würde sich aus ideologischen, persönlichen oder anderen Gründen „linientreu“ verhalten. Oberbürgermeister Friedrich Schwarz ist der Beleg dafür, dass dieses Kalkül nicht zwingend aufgehen musste.

Gegen alle Bedrängnis und verbalen Rempeleien der NSDAP konnte er sich bis zum Stichtag im Amt halten. Wie er in seiner Ansprache im Gemeinderat am Abend des 20. Juli 1933 deutlich machte, hatte er aber nicht nur von einer Verzichtserklärung abgesehen, um der gesetzlichen Regelung zu entsprechen. Er betonte, dass gerade dies als offenkundiger Beweis seiner Treue zur Regierung verstanden werden müsse. Offensichtlich hatte er aus dem Vorgehen seiner Gegner bei der Amtsenthebung als Vorstand des Stromverbunds seine Lehren gezogen.

Stümpfig hatte sich neben der ehrenrührigen Unterstellung einer unkorrek-

ten Geschäftsführung auf die neue Gesetzeslage berufen, um seinen Rücktritt durchzusetzen. Jetzt verfuhr der Kommunalpolitiker Schwarz nicht anders.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 20. Juli 1933 stellte er gegenüber dem verblüfften Karl Barth und seinen Parteigenossen fest: „Eine Verzichtserklärung habe ich nicht abgegeben. Ich gelte also von heute ab als ein von der Regierung lebenslänglich ernannter Ortsvorsteher. Ich habe mich damit von neuem vorbehaltlos der gegenwärtigen Regierung unterstellt. Der schweren Verantwortung, die ich hiermit übernommen habe, bin ich mir voll bewusst. Ich werde meine ganze Kraft für mein Amt einsetzen und auch fernerhin als oberste Richtschnur für meine Amtsführung nehmen: das Wohl der Gemeinde und ihrer Angehörigen.“ Die seit 1. Juli gleichgeschaltete Kocherzeitung fasste diese Erklärung am nächsten Tag auf kürzestem Raum völlig sinnentstellend zusammen. Der Aalener Oberbürgermeister sei auf Lebenszeit gewählt. „In Treue zur Regierung werde er auch in Zukunft das Wohl der Gemeinde als einzige Richtschnur wählen“⁸⁰, hieß es hier. Dass er dies so nicht gesagt hatte, dürften auch die zehn NS-Stadträte bemerkt haben, die an der Sitzung teilnahmen.

„Wahre deutsche Kultur“

Das Ineinandergreifen der nationalsozialistischen „Erziehungsmaßnahmen“ in Aalen verdeutlicht vollends die Neugründung des „Kampfbundes für deutsche Kultur“. Am Abend vor dem „Tag der Jugend“ gab Apotheker Ernst Mutschler in der „Reichspost“ bekannt, dass er von Reichsleiter Alfred Rosenberg mit dem Aufbau einer Ortsgruppe beauftragt worden sei.⁸¹ Er knüpfte damit an seine Tätigkeit zu Beginn der 20er Jahre in der Ortsgruppe der „Schwäbischen Liga zum Schutze deutscher Kultur“ an.

Die neue Organisation, die ebenfalls einer Landesgeschäftsstelle in Stuttgart unterstand, sollte im ganzen Oberamt Aalen tätig sein und verstand sich als „Dachorganisation“ aller „selbständigen Kulturvereine“. Tatsächlich sollte sie jedoch die Koordination und Steuerung der sogenannten „geistigen Arbeit“ im Sinne der NS-Ideologie übernehmen.

So hatte der Kampfbundleiter bereits am 22. Juni die Gleichschaltung des „Volksbühne-Vereins Aalen“ mit der neugegründeten „Deutschen Bühne“ vollzogen. Die Mitgliederversammlung hatte seine Ausführungen als „besonders anregend und wertvoll“ empfunden. Wie dem Bericht über die Gründungsversammlung des Kampfbundes zu entnehmen ist, begrüßte Ernst Mutschler die beiden Rektoren Haug und Bauer als neue Vorstandsmitglieder der „Deutschen Bühne“ ganz herzlich in der

Der reaktivierte „Kampfbund für deutsche Kultur“ trat ab Ende Juni 1933 wieder in Erscheinung.

Deutsche Bühne e. V.

Vorstellung
des der Deutschen Bühne angegliederten
Volksbühnen-Vereins Aalen
am Donnerstag den 20. Juni 1933
im Löwentheateraal

„Schlageter“
von Hans Seibt.

Sozialstunden 7 1/2 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Eintrittspreise: I. Platz RM. 2.00 II. Platz RM. 1.70,
III. Platz RM. 1.00 (Stehplatz). — Schüler und
Arbeitslose 50 Pf.

Bauverkauf bei Carl Söhle, Hauptstraße 6
ab Samstag den 24. Juni — nachmittags.
Mitglieder RM. 1.—185 I. Platz, von da ab II. Platz.
Preise für die Mitglieder: I. Platz RM. 1.20
II. Platz RM. 0.80

Karten für Schüler und Arbeitslose werden vom
Montag den 26. Juni ab Seestraße 10 abgegeben.

Der Ausschuss.

„Reichspost“. Alle drei arbeiteten bereits an neuem Programm, das der „Idee wahrer deutscher Kultur“ dienen sollte.

Mit der Aufführung von Hanns Johsts Stück „Schlageter“ wurde am 4. Juli im Spritzenhaussaal eine erste Kostprobe davon geliefert. Am 26. Oktober folgte mit „Neidhart von Gneisenau“, ein weiteres „Meisterwerk“ mit einem- wie es hieß – der „Zeit entsprechendem heroisch-ernsten Inhalt“. Allerdings gab es auch vorsichtige Kritik am Spielplan, die als „Bedenken“ vorgebracht wurden. Die Vereinsleitung beteuerte am 24. November in der Kocherzeitung, dass sie mit dem Schauspiel „Die große Chance“ ein „durchaus heiteres Stück“ nach Aalen holen wollte. Schließlich sollte das Theater eine „Kultur- und Unterhaltungsstätte“ sein.

In der „Kulturinitiative“ des Kampfbundes wurde aber nicht nur dem gesprochenen Wort große Bedeutung zugemessen. Der Aufruf „Lesen!, Lesen!“, der am 6. November 1933 erschien, trug ebenfalls die Handschrift Ernst Mutschlers, der mittlerweile auch die Funktion als Kreispropagandaleiters übernommen hatte. Die Bevölkerung sollte mit einschlägigem Lesestoff versorgt werden. „Ob wir uns in die Gedanken führender Geister vertiefen, oder ob wir uns im Familienkreis mit unsren Kindern am Märchen- und Sagenschatz unseres Volkes erfreuen – unerschöpflich sind die Quellen der Freude und des inneren Gewinns, zu denen uns das gute Buch führt. Die Städtische Volksbücherei bietet jedem Gelegenheit, zu den günstigsten Bedingungen gute Bücher kennen zu lernen.“

Die erste „Bereinigung“ ihrer Bestände sowie das brachiale Vernichtungs-szenario auf dem MTV-Platz hatten für einen deutlichen Rückgang der Benutzerzahlen gesorgt. Hier musste gegengesteuert werden. Nach Meinung der „Kulturmäppfer“ waren jedoch nur einschlägige Bücher auch „gute Bücher“. Nach der Aussonderungsliste der Stadtbücherei gehörten hierzu keinesfalls Autoren wie Hermann Hesse, Jack London, Dostojewski, Thomas Mann, Romain Rolland, Tolstoi, Mark Twain, Oscar Wilde oder Emile Zola. Ihre Werke wurden vom Regal genommen, einige hatte man am 24. Juni verbrannt, andere wurden weggeschlossen.

Stattdessen sollten sich die Leser erfreuen an „schönen volkstümlichen Bänden, an deren Hand wir in zahlreichen guten Abbildungen und gemeinverständlichen Begleitworten die Ereignisse der letzten Jahre, das Leben und Ringen der Freiheitsbewegung und ihrer führenden Männer an uns vorüberziehen lassen.“⁸² Neben Hans Steguweits „Jüngling im Feuerofen“ zählten hierzu auch Gustav Frenssens „Lütte Witt“, Josef Göbbels „Michael“ oder Hartmanns „Fäuste, Hirne, Herzen“. Die Trilogie Erich Dwingers über den Ersten Weltkrieg war nur für „reife Menschen“ gedacht, ebenso Beumelburgs „Sperrefeuer über Deutschland“.

Auch die Musikpflege, die seit reichsstädtischen Zeiten in Aalen Tradition hatte, war im November 1933 bereits deutlich vom Mehltau der NS-

Ideologie befallen. Mit Händel, Schubert und Haydn wollte sich die „Orchestervereinigung Aalen“ am 22. November in den „Dienst am Aufbau der deutschen Kultur stellen“. Das Projekt wurde vom „Kampfbund“ in der Lokalpresse vorgestellt. „Es sind klassische Kunstwerke, aus denen drei große deutsche Musiker zu uns sprechen. Bei ihrem hervorragend künstlerischen Wert sind sie doch volkstümlich und darum jedem, auch dem Nichtmusiker, zugänglich. Wir sind heute in der glücklichen Lage, bewusst deutsche Werke zu pflegen“. Vor der Abendveranstaltung sollte sich die Bevölkerung zudem Zeit zur Hausmusik nehmen. „Denn der tiefste Einfluss auf die Gestaltung der geistigen Haltung einer Stadt kommt doch dem eigenen Musizieren zu.“

Ähnlich wie das Theater war auch die Musik den Nationalsozialisten in erster Linie Mittel zum Zweck. Gegen die Aussage Ernst Mutschlers „ das deutsche Volk muss nicht nur Brot, es muss auch Kunst bekommen“, war im Grundsatz nichts einzuwenden. Entscheidend ist jedoch, dass er dabei überhaupt nicht an ihren Genuss in einem wertfreien Sinne dachte. Das Schöneistige sollte zu einer „einheitlichen Kulturgesinnung erziehen“, die wiederum als Grundlage der NS-Gesinnungsgemeinschaft verstanden wurde. Diese Erscheinungsform des Nationalsozialismus hebt sich deutlich ab von dem gewohnten Bild der Aufmärsche und Ansprachen auf öffentlichen Plätzen. Keine Frage, an Schubert, Händel und Haydn reichte die fanasierte und größtenteils rabaukenhafte Truppe eines Fridolin Schmid niemals heran. Sie bediente und repräsentierte eine ganz andere Klientel. Genau dies trifft aber auch auf Ernst Mutschler, Studiendirektor Haug oder Musikdirektor Becker zu. Sie zählten ohne Zweifel zu den „Gebildeten“ in Aalen. Beruf und gesellschaftliches Ansehen machten sie zu Respektpersonen. Gerade deshalb ist ihre Multiplikatorenfunktion nicht zu unterschätzen. Sie mochten als „Kulturmäpfer“ subtiler vorgehen und durchaus großen Wert auf Niveau legen – in ihrer Zielsetzung, die Stadt und die hier lebenden Menschen der nationalsozialistischen Ideologie zu unterwerfen, unterschieden sie sich jedoch keineswegs von den braunen Marschkolonnen. Dass es dem Kreispropagandaleiter Ernst Mutschler Ende November 1933 gelang, diese beiden Formen der Agitation zusammenzuführen, macht deutlich, wie weit die Bestrebungen der NSDAP zur Vereinnahmung der Bevölkerung in Aalen gediehen waren.

Ansprüche und Widerspruch

Die „Choreographie“ der öffentlichen Aktionen im Herbst 1933 war im großen und ganzen noch dieselbe, wie in den Monaten zuvor. Wieder wurde zu „klingendem Spiel“ marschiert. Fahnen wehten an den Giebeln der



Auch der Film wurde von den neuen Machthabern als subtiles Propagandainstrument zur Massenbeeinflussung genutzt.

Erntedankfest am 1. Okt.

- 6.00 Uhr: Tagwache der SA-Kapelle.
- 9.00 " Allgemeiner Kirchgang vom Adolf Hitler-Platz. Die Verbände marschieren geschlossen in ihre Kirche (Jungvölk., HS., Bd.M., SA., SS., Stahlhelm, Ortsbauernhof).
- 11.00 " Übergabeung des Empfanges der Bauernführer beim Reichslandrat in Berlin. Sämtliche Schulen stehen am Adolf Hitler-Platz.
- 2.00 " Die Wagen der Ortsbauernhofen treffen an den 4 Ortseingängen der Stadt ein und zwar
in der Gmünderstraße Ecke Gutenbergstraße,
in der Rommacherstraße bei der Parkschule,
in der Heidenheimerstraße bei der Wallstraße,
in der Bahnhofstr. b. Transformatorhaus.
An diesen Orten werden die Wagengruppen um 2.15 Uhr von SA., SS., Stahlhelm, HS., Bd.M., Jungvölk. und Jungmädelshof abgeholt und zum Adolf Hitler-Platz geführt. Vor jeder Gruppe marschiert ein Spielmannszug (SA., HS., 2 vom Jungvölk.).
- 2.30 " Aufstellung auf dem Adolf Hitler-Platz zum Festzug in vier Abteilungen. Die erste Abteilung steht in der Bahnhofstraße. Spiege bei Buchhandlung Wirth, in folgender Zugordnung: Reitersport, SA-Kapelle, SA., Stahlhelm, SS., Wagengruppe, NS-Ariegsopfer, Bd.M., Veteranen und Militär-Verein, Kameradenbund Ulmer Königsregenadiere, Sanitätskolonne, Polizei. Die zweite Abteilung steht in der Unteren Bahnhofstraße. Spiege an der Schlesbriedenstraße, in folgender Zugordnung: Spielmannszug d. Jungvölk., Jungvölk. u. Jungmädelshof, Wagengruppe, Männer-Turn-Verein und Stadtverband für Leibesübungen, Verein Ellwanger Landsleute. Die dritte Abteilung steht vom Postamt bis Güterbahnhof in folg. Zugordnung: Spielmannsz. der SA., Bd.M., Wagengruppe, Reichsbahn, Reichspost, Postanio, Evang. Arbeiterverein, NSBO., Reichsausbeauftragungswerk und Betriebswerk. Die vierte Abteilung steht in der Karl., Olga- und Schubartstraße. Spiege beim Zollamt, in folgender Zugordnung: Spielmannszug der HS., HS., Wagengruppe, Feuerwehr, Evangelischer Jugendring, (Christlicher Verein Junger Männer, evangelische Jugendchor, Mädchen-Bläserkreis), Deutschnationaler Handlungshelfer-Verein, Reichssteuerverwaltung, Reichspostverwaltung, Reichsbank, Arbeitsamt, Allgemeine Länderverwaltung, Justiz, Forstverwaltung, Kommunalbeamte, NSBO. und Gewerkschaften.
- 3.00 " Abmarsch des Festzuges durch den Nördl. Stadtgraben zur Spitalsstraße, Spitälerhausplatz, Löwen-, Haupt-, Gmünder-, Friedhof-, Wilhelm-Garten-, Al-, Gmünder-, Lange-, Schiller-, Bahnhofstraße, Adolf Hitler-Platz.
- 4.00 " Kundgebung auf dem Adolf Hitler-Platz: SA-Kapelle, Sängerkloft von Alten, Ansprache des Kreisbauernführers.
- 5.00 " Übergabeung der Rede des Reichslandz., sowie der Ansprache des Reichsbaurnführers Darre.
- 8.00 " Volksabend im „Löwenleßer“ mit musikalischen Darbietungen, Volkstänzen, Sprechchören und Gesängen. Jugend unter 14 Jahren hat keinen Zutritt.
- Die Abzeichen werden von den Jugendabteilungen zum Preise von 20 Pf. verkauft. Der Erlös ist für das Winterhilfswerk bestimmt.



Zwei weitere Beispiele für die Vereinnahmung der Bevölkerung durch die neuen Machthaber. Egal ob Verein, Verband oder Standesvertretung, bei den Umzügen und Aufmärschen in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 hatten alle mitzumarschieren.

Programm

für die

Werbewoche des Handwerks vom 14.-21. Oktober 1933 in Aalen.

Samstag, 14. 10. von 2 bis 5 Uhr werden die Werbeabzeichen von Mädels des BdM Aalen verkauft.

Sonntag, 15. 10. vormittags 1/2 Uhr Werden durch die SA.-Kapelle. Um 1/2 Uhr marschieren die Innungen im Straßenanzug oder NS.-Uniform mit den eingekleideten neuen Innungsfahnen zum Bohlshuplatz. Dasselbe beginnt um 1/2 Uhr der **Geldgottesdienst**, wobei die Geistlichen beider Konfessionen sprechen. Die SA.-Kapelle und die Gesangvereine Liederkranz und Rustania werden den Gottesdienst verichern. Anschließend an den Gottesdienst findet die **Wahl** von 8 neuen Innungsfahnen und der Kreishagofahne durch Pg. Kreisleiter Kling statt.

Stachmittags 2 Uhr ist der **Umzug des Festzuges** auf dem Adolf Hitlerplatz. Zur Aufstellung des Festzuges, welcher um 1/2 Uhr stehen muß, wurde derselbe in drei Züge eingeteilt. (Siehe besondere Veröffentlichung.) Der Festzug sieht sich zusammen: SA.-Reiter, Platzträger, SA.-Kapelle, Hitlerjugend, Fahnenabordnung, SA., SS., Kreis- und Ortsgruppenleiter und Amts- walter, NS.-B.D., Platzträger, Hagoführung, Hago- fahne und Innungsfahnen, dann folgen die Innungen in vier Berufsgruppen aufgeteilt, insgesamt 30 verschiedene Berufe. NS.-Hago- und GbG.-Mitglieder, Gewerbeverein mit sämtlichen nicht bei einem Verband vertretenen Gewerbetreibenden und Einzelhändler. — Die Innungen haben ihre Mitglieder, diese ihre Gefellen und Lehrlinge verpflichtet, an diesem Festzuge teilzunehmen. Von den Innungen usw. wurden insgesamt 23 Festwagen gemeldet. Der Marschweg ist besonders veröffentlicht. Das Ziel ist wieder der Adolf Hitler- platz. Dasselbe wird noch ein Abpfiff sein.

Dienstag, 17. 10. abends 8 Uhr spricht im „Löwenfeller“ Pg. Handwerkskammerpräsident Wölz von Ulm. Die gesamte deutsche Bevölkerung ist hier eingeladen. Die SA.-Kapelle wird den Abend verichern.

Donnerstag, 19. 10. abends 8 Uhr findet im „Löwenfeller“ ein Meister- und Elternabend statt, veranstaltet von der Hitlerjugend aus der Gewerbeschule. Ein gutes Programm mit einem Lichtbildvortrag wird jedem Besucher erfreuen.

Samstag, 21. 10. abends 8 Uhr findet die Handwerkerwoche ihren Abschluß im „Löwenfeller“. Ein reichhaltiges Programm wird den Besuchern dargeboten. Einige ausgewählte Münzfächer der SA.-Kapelle werden die Einleitung bilden. Hierauf folgt noch ein langer Vortrag und Rückblick über die Bedeutung der Handwerkerwoche. Das folgende Handwerkerfestspiel „Roland der Zimmergeselle“ ist ein Drei-Alter und wird von hiesigen Laienspielern aufgeführt. Ein Gesang wird den Schluß des offiziellen Teils bilden. Soweit noch Zeit vorhanden, wird noch bis 1 Uhr Tanzgelegenheit sein.

Während der Handwerkerwoche wird für Schulkinder ein Preisausschreiben stattfinden. Die besten Arbeiten und die Preise werden im Spritzenhaus ausgestellt werden. — Genaue Veröffentlichung erfolgt noch.

Heil Hitler!

A u c
NS.-Hago.-Kreisführer

T h. Rau

Hago.-Bezirksleiter für Presse

Aufstellung des Festzuges:

- Zug I. SA.-Reiter, Platzträger, SA.-Kapelle, Hitlerjugend, SA., SS., NS.-B.D., Kreis- und Ortsgruppenleiter stellt sich auf dem Adolf Hitlerplatz auf. Späte Buchhandlung Wirth, in 3 Zügen nebeneinander. Soweit Platz nicht reicht, der Reit dem Kino entlang.
- Zug II. Kapelle, Hagoführung, Hago Fahne und Innungsfahnen. Innungen des Lebensmittel- und Bekleidungsgewerbes. Die Späte am Kaffee Kraut, dann Bahnhofstraße abwärts gegen Waifralingen zu.
- Zug III. Innungen verschiedener Gewerbe und Baugewerbe. NS.-Hago und GbG.-Mitglieder, Gewerbeverein usw. Als Späte die Gartner, Ede Kanal- u. Eberhardstraße in der Eberhardstraße bis Riegerwerk. Anmarsch zu diesem Sammelplatz über den Bohlshuplatz.

Die drei Gruppen haben bis 1/2 Uhr lt. obigen Angaben an ihrem Platz zu stehen.

Aufstellung der Innungen:

1. Lebensmittelbranche
a) Bäder, b) Brauereien, c) Mehlger, d) Konditoren, e) Wirt.
2. Bekleidungsgewerbe:
a) Schuhmacher, b) Schneider, c) Schneiderinnen, d) Gerber und Lederländer.
3. Verschiedene Gewerbe:
a) Gärtnerei, b) Friseure, c) Sattler und Tapezier, d) Buchbinden, e) Küfer, f) Kaminfeger, g) Schmiede u. Wagner, h) Rohstoffhändler, i) Kraftfahrzeuggewerbe, k) Buchdrucker.
4. Baugewerbe:
a) Flaschner, b) Gipser, c) Glaser, d) Maler, e) Maurer, f) Zimmerleute, f) Schlosser, g) Schreiner.

Festzug der Handwerker-Werbewoche.

1. SA.-Reiter, 2. Platzträger,
3. SA.-Kapelle, 4. Hitler-Jugend,
5. SA. mit Fahne, 6. SS.,
7. Kreis- und Ortsgruppenleiter und Amts- walter,
8. NS.-B.D., 9. 2 Platzträger,
10. Kapelle,
11. Hagoführung,
12. Hago Fahne und Innungsfahnen,
13. Innungen lt. besonderer Aufstellung:
a) Platzträger mit Namen der Innung, b) evtl. ein Symbol der Innung, c) Obermeister oder Stellvertreter der Innung, d) Lehrlinge und Gehilfen, e) Festwagen, der von Gehilfen nach rechts und links u. am Schluß begleitet wird, f) Altmeister und Innungsmitglieder.
14. NS.-Hago, GbG.-Mitglieder,
15. Gewerbeverein mit sämtlichen nicht bei einem Verband vertretenen Gewerbetreibenden und Einzelhändler.

Marschweg.

Adolf Hitler Platz Start. Dann Bahnhofstraße, Steinstraße, Spritzenhausplatz, Spitalstraße, Friedhofstraße, Rombacherstraße, Parkstraße, nach der Friedhofstraße, zurück an Buchdrucker Wohl vorbei zur Grünstraße bis Bäder Herk. Von hier links ab in die Langenstraße und herunter bis Bäder Herk. reiter, alsdann durch den Südlichen Stadtgraben bis Stierlin. Dann rechts in den Marktplatz und durch die Hauptstraße und Bahnhofstraße bis zum Adolf Hitler Platz. Bei Schneider Fischer fahren die Festwagen gleich ab in die Kanalstraße, Eberhardstraße, Weidenfelderstraße rechts in den Nördlichen Stadtgraben am „Engel“ vorbei heimwärts.

Der Reit des Festzuges marschiert derweil auf dem Adolf Hitler Platz in Reihen auf, woselbst noch ein würdiger Abschluß stattfinden wird.



Anzeigen in der Tageszeitung forderten auch von privater Seite einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Gebäude, Standarten wurden in den Straßen der Kocherstadt umhergetragen, Ansprachen auf dem Marktplatz wechselten mit Appellen auf dem Bohlschulplatz. Die „gegebenen Anlässe“ waren dieses Mal das Erntedankfest mit seiner ausgeprägten „Blut und Boden“-Symbolik, das die Bedeutung des „Bauernstands“ für die NS-Volksgemeinschaft vor Augen führen sollte. Die von NSBO-Leiter Sauerborn organisierte „Werbewoche des Handwerks“ rückte die „Schaffenden der Faust“ vor allem im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in das Blickfeld der Bevölkerung.

Mit den Feierlichkeiten zum Totensonntag am 26. November 1933 wurde das bisher praktizierte Schema der Veranstaltungen dahingehend erweitert, dass dem Anlass nicht mehr nur durch Marsch und Ansprache Genüge getan werden sollte. So führte zwar der „Zug der Trauer“ vom Marktplatz zum St.-Johann-Friedhof, wo das neue Kriegerdenkmal geweiht wurde. In diesem Rahmen erfolgten die Ansprachen des NSDAP-Kreisleiters Adolf Kling und die Widerrede des katholischen Stadtpfarrers Ruß. Für den Abend war jedoch die Fortsetzung der Feier in der Stadtkirche geplant. Auf Veranlassung Ernst Mutschlers hatte sich der Liederkranz an die Aufführung des „Deutschen Requiems“ von Johannes Brahms gewagt. Die SA-Standartenkapelle sorgte mit Mozarts „Maurischer Trauermusik“ für den Auftakt und übernahm anschließend die musikalische Begleitung des Chores. Sie war auch bereits am Vormittag auf dem Friedhof zu hören gewesen.

Diese Kombination von bislang getrennt angewandten Modulen der Agitation war darauf angelegt, doppelte Wirkung zu erzielen – bei den Teilnehmern wie bei den Zuschauern. Nicht alle, die für den symbolträchtigen Aufmarsch verpflichtet wurden, waren jedoch bereit, sich in die hier vorgeführte „Gesinnungsgemeinschaft“, die auch auf die Toten Anspruch erhob, ohne weiteres einzureihen. Zunächst aber zum Zug selbst.

„An seiner Spitze das neue Deutschland, des Kanzlers Jugend und Hoffnung, dann die Schüler, die Gesangvereine, die Angehörigen der Gefallenen, denen dieser Tag ja von tiefster und schmerzlichster Bedeutung ist, die Kriegsopfer. Dumpf tönen die Trommelwirbel, in langsam Rhythmen spielt die SA-Kapelle den Trauermarsch.

Und nun folgen die braunen- und feldgrauen Kolonnen in tadeloser Marschordnung, Gemeinderat, Blockwarte, SA, HJ, JV, BdM, NSBO, NS-KOB, Offiziersbund und Militärverein, Kameradenbund Ulmer Königsgrenadiere, Pionierverein, Verein ehemaliger 126er, Freiwillige Feuerwehr und Sanitätskolonne, Reichsbund der deutschen Beamten, MTV, Stadtverband für Leibesübungen, Schützengilde, Kriegsschwestern und Lazaretthelferinnen vom Roten Kreuz, Gesamtverband der Deutschen Angestellten, evangelischer Arbeiterverein, CVJM, Katholischer Arbeiter-

und Gesellen-Verein, Verein Ellwanger Landsleute, Neu Deutschland Aalen, Katholischer Jungmännerverein und sonstige Teilnehmer.“ Sämtliche Organisationen in Aalen, auch die der beiden Kirchen hatten zu dem düsteren Zeremoniell anzutreten. Während Oberbürgermeister Schwarz mit Dank an die zahlreichen Spender die „würdige Stätte des Gedenkens in die Obhut der Stadt übernahm“ und der Vorsitzende des Denkmaalausschusses, Dr. Werner, den Entstehungsprozess beleuchtete, sprach Kreisleiter Kling von den Denkmälern als Erinnerungszeichen dafür, dass „dem Deutschen Volke von Grund auf die Verpflichtung zum Danke klar gemacht werden muss.“

In seinem Sinne waren die Granitblöcke vor der Aussegnungshalle des St.-Johann-Friedhofs keine Denk-, sondern „Dankmäler“. „Das erste Dankmal erstand, als Adolf Hitler das Braunhemd schuf als Fortführung des feldgrauen Heerkleides, als er das Volk mit neuem Glauben erfüllte. Sein Programm war ein weiteres Dankmal, vielleicht das größte war der 12. November, an dem das ganze deutsche Volk in all seinen Schichten anerkannte, dass es nur ein einziges Heldenamt gibt, das Vaterland zu erhalten.“ Wenn es einen Tag im Jahr 1933 gab, an dem die Aalener Nationalsozialisten eine wesentliche Grundlage ihrer Ideologie offen zeigten, so geschah dies am 26. November. Vor den Toren des St.-Johann-Friedhofs brachte der oberste Repräsentant der „Bewegung“ im Bereich der Ostalb zum Ausdruck, dass die Partefunktionäre und Hitleranhänger im Geiste niemals die Schützengräben des 1. Weltkriegs verlassen hatten.

Ganz andere Akzente setzte dagegen der katholische Stadtpfarrer Russ. Für ihn war die Gedenkfeier vornehmlich eine „Erinnerung der Lebenden dar-

Gefallenens-Gedächtnisfeier

am Totensonntag, den 26. November, abends 6 Uhr
in der evangelischen Stadtkirche, Aalen.

Ausführende:

Fräulein Emma Reinhardt Sopran
Herr Uchenbach Bariton
Fräulein Kurz Harfe
Der gemischte Chor des Liederkranzes Aalen
SA-Standartenkapelle 119, verstärkt durch heilige Musiker

Leitung: Herbert Becker

Maurische Trauermusik von W. A. Mozart
Gedächtnisworte
Deutsches Requiem von Joh. Brahms

Karten zu RM. 1.— und RM. 2.— (num.) bei Herrn Högl

Am Abend des Totensonntags
spielte die SA-Kapelle 119 in
der evangelischen Stadtkirche.



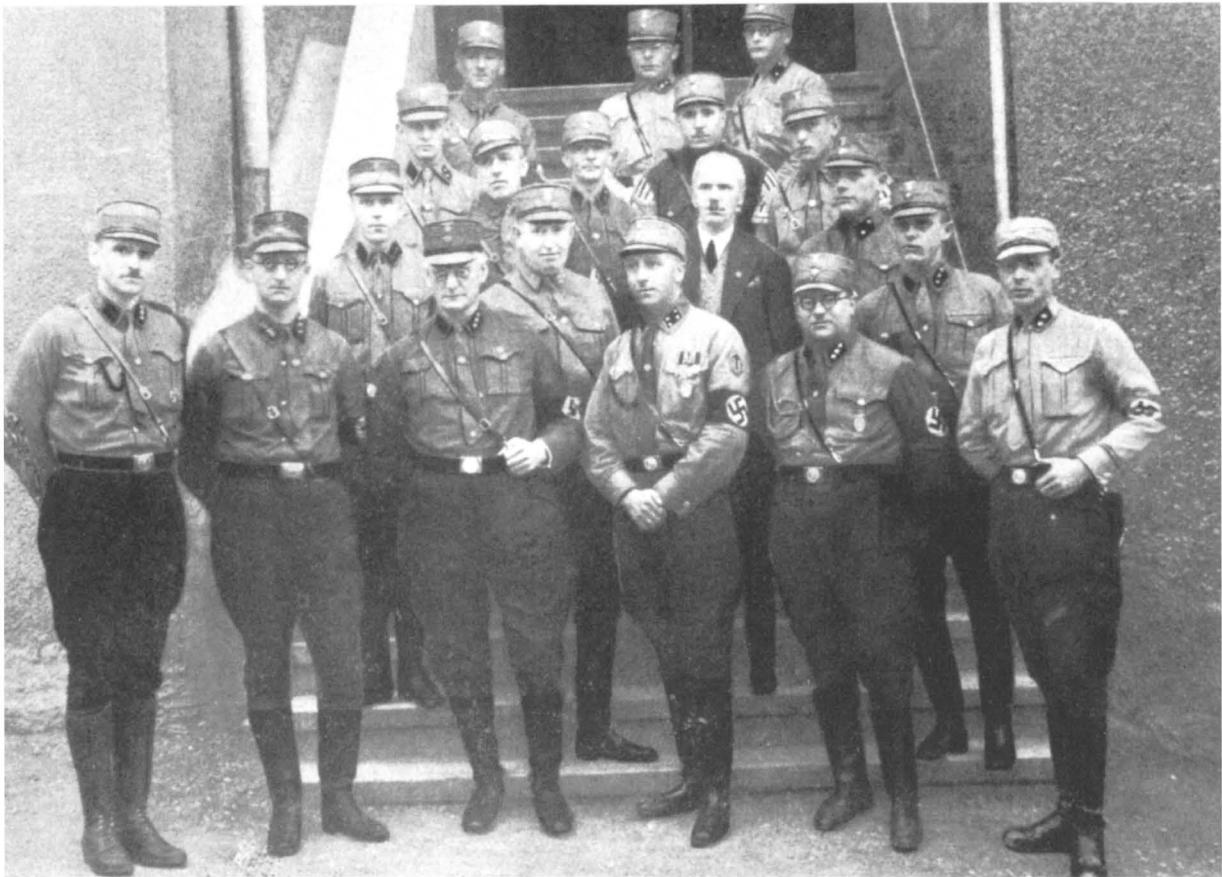
Hochwürden Matthias Russ,
Katholischer Stadtpfarrer in
Aalen von 1925 bis 1944.

an, die Toten nicht zu vergessen“. Nach seiner Interpretation rief die neue Anlage die Toten in das Gedächtnis der Menschen zurück. „Und draußen stehen viele Tausende von Soldatengräbern. Das geht uns ans Herz, wenn wir lesen, hier ruht ein unbekannter Soldat, er starb für sein Vaterland. Wir kennen nicht einmal mehr seinen Namen und doch hat er sein Höchstes für uns gegeben. Haben wir uns dieses Opfers immer für würdig gezeigt? Wer möchte dies bejahen. Einst hieß es, am Deutschen Wesen soll die Welt genesen, möge zuerst unser eigenes Volk daran genesen können. Weil dann würden wir auf schönste Weise unserer Dankespflicht genügen.“ Pfarrer Russ war es gewesen, der verhindert hatte, dass die SA mit Fahnen und Standarten den Gottesdienst am 1. Mai in der Salvatorkirche besucht hatte. Kreisleiter Kling hatte ihn öffentlich bei der Erntedankfeier am 1. Oktober gerügt. „Es ist umso bedauerlicher, dass seitens der katholischen Geistlichkeit weder in Aalen noch in Unterkochen der Arbeit unserer Regierung und des Führers auch nur mit einem Worte gedacht worden ist. Denn man muss sich doch die Frage vorlegen, ob es eine christlicheren Menschen gibt als ihn.“ Jetzt sprach Stadtpfarrer Russ in der Öffentlichkeit von der Genesung des deutschen Wesens. Wobei er im Gegensatz zum Kreisleiter mit Sicherheit nicht die NS-Ideologie als Medizin meinte.

„Kein lustiges Spiel“

Es liegt in der Natur der Sache, dass man aus einer gleichgeschalteten Presse mehr über das Regime erfährt, als über seine Gegner oder diejenigen, die der Entwicklung kritisch gegenüberstehen. Die zwischen Juli und Oktober 1933 veröffentlichten Kurzmeldungen über Personen, die ihre „Zunge nicht in Zaum halten“ konnten und daher verhaftet wurden, können heute nicht mehr auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden. Auch Falschmeldungen waren Propagandamaßnahmen.

Umso bemerkenswerter ist es jedoch, dass die Zeitung ganz offensichtlich im Auftrag der Partei am 28. November 1933 das Verhalten der Bevölkerung massiv kritisierte. Mochten auch bei den Aufmärschen und Umzügen viele Menschen die Straßenränder säumen, so ist dies nicht automatisch mit Sympathien für das neue Regime gleichzusetzen. „Vielmehr musste festgestellt werden, dass nur wenige im Publikum, den Fahnen und damit den Gruppen den Deutschen Gruß erwiesen. Alle anderen schauten wohl interessiert zu, fanden es aber nicht für nötig, der Weisung nachzukommen, alle Fahnen und Symbole der Formationen der NSDAP und der NSBO zu grüßen. Und wenn man schon grüßt, dann kann man nicht die linke Hand in der Tasche lassen oder die Zigarette im Mund.“ Immerhin unterstellte man der Bevölkerung, dass ihr der Sinn der Aufmärsche im



Großen und Ganzen noch verborgen geblieben war. „In den Zügen ist immer ein hoher Sinn ausgedrückt, die Geschlossenheit der Marschierenden unter einer Idee, die Freiheitsgesinnung, die mit dem Führer eins geht, der offene Mut, allen zu zeigen, dass der gleiche Tritt, der Gleichklang der Herzen, das einigende Band der Volksgemeinschaft kund tut. Alles andere ist äußerlich und Äußerlichkeit ist von Übel!“

Dass nicht allen, die an den Zügen teilnahmen eine nationalsozialistische Gesinnung unterstellt werden konnte, machte der Verfasser deutlich, als er sich an die übrigen Teilnehmer wandte. „Den mitmarschierenden Vereinsmitgliedern sei gesagt, dass es bei solchen machtvollen Kundgebungen erforderlich ist, ebenso wie die strammen Formationen der SA, SS, HJ gleichen Schritt zu halten und nicht der Ansicht zu huldigen, ein geschlossener Umzug sei ein Spaziergang. Denn die eindringliche Sprache, die im geschlossenen Zug geführt von der Fahne, redet, soll übergreifen auf die Zuschauer, die wissen müssen, dass hier der einheitliche Wille zum Ausdruck kommt und kein lustiges Spiel vorgeführt wird.“

Es gibt nur einen Schluss, der aus dieser Verlautbarung gezogen werden kann: die neuen Machthaber waren mit dem Volk nicht zufrieden. Umgekehrt hatte ein großer Teil der Menschen in Aalen gegen Ende des Jahres genug von den Aufmärschen und Appellen. Die Beanspruchung war so groß, dass den Menschen kaum noch Energie für Freizeitaktivitäten und Zerstreuung blieb. So begründete der Kinobesitzer Jean van Daalen seinen

NSDAP-Kreisleitung,
SA-Standartenführung,
SA-Reserve- und Motor-
sturmführung im Herbst 1933.

*Mit der endgültigen
Eroberung des
Rathauses Anfang
Februar 1934 endete
die Phase der
„Machtergreifung“
in Aalen.*

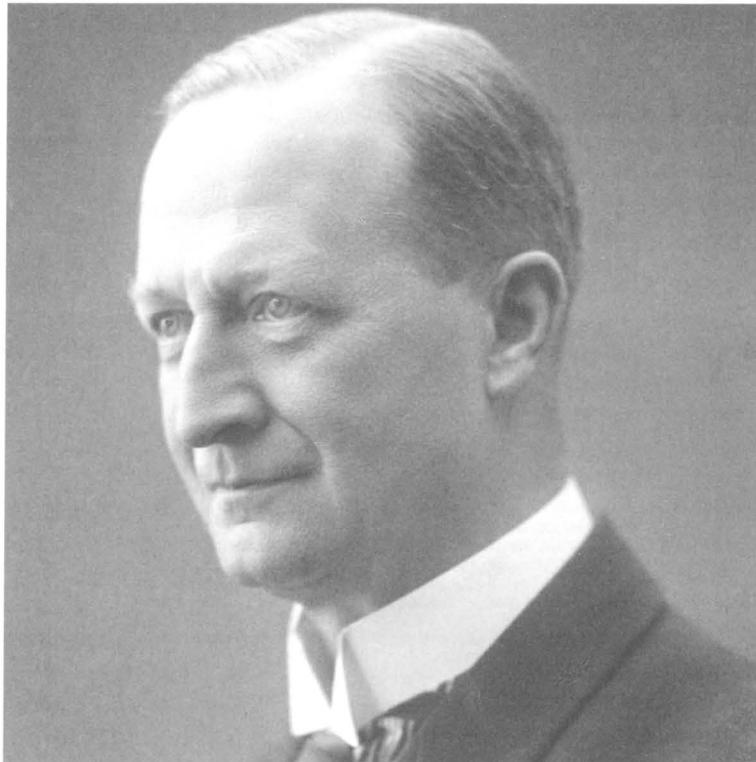


Antrag auf Nachlass der Vergnügungsteuer im August 1934 damit, dass „die Massenveranstaltungen politischer Art und die vielen Feiern des Jahres 1933 trotz größter Bemühungen den Besuch der Filmdarbietungen stark beeinträchtigt“ hätten.⁸³ Der NS-Gemeinderat, der jetzt schalten und walten konnte, wie er es für richtig hielt, lehnte das Gesuch natürlich ab.

OB Schwarz wird gestürzt

Nach seinem Überraschungscoup vom 20. Juli hatte Oberbürgermeister Schwarz seine Ankündigung wahr gemacht und die Amtsgeschäfte weiter zum besten der Stadt und ihrer Einwohner geführt. Die Kunst des Regierens bestand vor allem darin, den politischen Gegner nicht zu sehr zu reizen. Anlass hierzu boten weniger kommunalpolitische Themen, als die Gegnerschaft des Vorsitzenden und seines Stellvertreters Karl Barth. Oberbürgermeister Schwarz versuchte im wahrsten Sinne des Wortes die „Luft aus den Verhandlungen zu nehmen“. Es war nicht einfach, eine solche Verzögerungstaktik durch- bzw. auszuhalten. In der Sitzung vom 20. Oktober 1933 wurden die Fragen der Stadträte nach der „Untersuchungssache Sigler“ sehr drängend. Der ehemalige Ratsschreiber war wie der Direktor des Elektrizitätswerks Wolter wegen „Unregelmäßigkeiten im Dienst“ auf Drängen der NS-Fraktion suspendiert worden. Anfang Herbst hatte Barth festgestellt, dass mit Billigung des Oberbürgermeisters an Sigler noch immer der Gehalt gezahlt wurde. Damit, wie auch mit dem Verfahren müsse endlich Schluss sein, forderten die Nationalsozialisten. Schwarz versprach, sich beim Landgericht nach dem „Stand der Dinge“ zu erkundigen.⁸⁴ Dass er den Bogen nicht überspannen durfte, hatte er bereits beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt feststellen müssen.

Ein NS-Stadtrat hatte berichtet, dass Stadtpfleger Schönlín von der politischen Polizei verwarnt worden sei, die seit vier Wochen eine Außenstelle für die Bezirke Aalen, Heidenheim, Gmünd, Ellwangen und Neresheim im Rathaus am Marktplatz unterhielt. Laut Protokoll wurde ihm vorgeworfen einen „Verräter am nationalen Staat“ unterstützt zu haben. Zur Klärung des Sachverhalts erteilte der Vorsitzende dem Beschuldigten in der Sitzung das Wort. Der Kämmerer erklärte, dass die Verwarnung nicht nötig gewesen sei, er habe „sich an der Unterhaltung die an einem Nebentisch in der Bahnhofrestauration geführt worden sei mit keinem Wort beteiligt, nur auf die Anfrage eines am Nebentisch sitzenden Beamten habe er bestätigt, dass er wisse, das Apotheker Mutschler bei der Revolution im Jahre 1918 mit Sonderzug nach Stuttgart gefahren sei, um dort für die Sozialdemokratie Reden zu halten. Etwas anderes habe er nicht getan und nicht gesagt.“ Als deutlich wurde, dass eine weitere Abstrafung des Stadtpflegers nicht im



Oberbürgermeister Friedrich Schwarz (1901-1934)

Interesse der NS-Gemeinderäte war, bestärkte sie OB Schwarz in dieser Haltung. Allerdings ist zu bezweifeln, dass im Protokoll seine Ausführungen im korrekten Wortlaut überliefert sind. So soll er beteuert haben, dass sich im Rathaus alle Beamten „der nationalsozialistischen Bewegung“ unterstellt hätten. Dass diese Formulierung um den hier kursiv wiedergegebenen Wortteil ergänzt worden ist, nachdem an dieser Stelle radiert wurde, ist auf der Seite klar zu erkennen.⁸⁵

Aber auch ohne die Möglichkeit, dieses Detail letztlich klären zu können, ist offensichtlich, dass sich die bereits stark durch Misstrauen vergiftete Atmosphäre im Gremium noch weiter verschlechterte. Schließlich fühlten sich die Nationalsozialisten stark genug, um in der ersten Sitzung des Jahres 1934 zum Frontalangriff auf das renommierte Aalener Stadtoberhaupt über zu gehen. Bezeichnenderweise überließ der Fraktionsvorsitzende Karl Barth diese Aufgabe seinem „Mann fürs Grobe“, dem SA-Führer Fridolin Schmid. In dem Moment als der Vorsitzende zu seinem traditionellen Jahresrückblick ansetzen wollte, kam es zum Eklat.

Oberbürgermeister Schwarz hatte nicht mehr die Kraft, diesen Angriffen

der NS-Fraktion etwas entgegen zu setzen. Schon am nächsten Tag reichte er sein Urlaubsgesuch aus „gesundheitlichen Gründen“ ein, um im Herbst des Jahres schließlich in Pension zu gehen. In seiner Funktion als stellvertretender Ortsvorsteher übernahm vorerst Stadtrat Karl Barth die Amtsgeschäfte. Unter seiner Führung hatte sich die Aalener NSDAP als uneingeschränkter „Wächter des neuen Staates“ in der Kocherstadt durchgesetzt. Damit war für Aalen der Prozess der „Machtübernahme“ am 1. Februar 1934 abgeschlossen.

R. Schurig

Aalener Gemeinderat

Aalen, 1. Febr. Vorl.: Obm. Schwart; antritt sind 10, später — nach Eintreffen von St.Rt. Barth — 11 Stadträte.

Vor der Eröffnung der Sitzung bzw. dem Eintritt in die Tagesordnung teilte St.Rt. Schwart um das Wort zur Geschäftsordnung mit folgendem Wortlaut:

„1. Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung, augleich bitte ich die Presse, den Bericht genau so zu bringen, wie er vorgetragen wird.

2. Wir nationalsozialistischen Gemeinderäte haben von Anfang an nicht glauben können, daß Sie das, was Sie, Herr Oberbürgermeister, bei der Verpflichtung auf den neuen Staat gelobten, einhalten würden.

3. Das muß bei der ersten Sitzung im neuen Jahre gesagt werden.

4. Die Gerichtsverhandlung in Ellwangen im Fall Sigler zeigt, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, den Mann heute noch bedenken, die Verhandlung zeigt weiter, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, die Beschlüsse des alten Gemeinderates nicht ausführen. Ich erinnere an die Beschwerden der hiesigen Bauverwaltungsmeister.

5. Der Richter hat Sie hier voll überviert.

6. Genau so wie Sie, Herr Oberbürgermeister, die Beschlüsse des alten Gemeinderates nicht beachtet, so verlügen Sie es mit dem heutigen zu machen.

7. Herr Oberbürgermeister, Sie haben den Beschluß des Gemeinderats betreffs Auswanderaufzähldung, der berechtigt abgelehnt wurde, nicht beachtet und sich die Heider selbst genehmigt, d. h. auf dem Umweg über Stuttgart. Sie waren jahrelang zu hoch eingestuft und müssen deshalb davon noch Rücklagen haben.

8. Wir sind nicht gewillt, diese hinterlistigen Manöver mit Ihnen weiter zu treiben.

9. Wir lehnen es ab, mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, weiter zu verhandeln.

10. Unserer Meinung nach sind Sie, Herr Oberbürgermeister, im nationalsozialistischen Stadtparlament nur gebüdet.

11. Ich bedaure sehr, daß Sie das vorgesetzten haben, Herr Oberbürgermeister.

12. Sie haben weiter den Gemeinderat, noch

den Finanzausschuß von dieser Schiebung in Kenntnis gesetzt.

13. Die Stadt sind wir, und nicht Sie, Herr Oberbürgermeister. Wir sind verantwortlich der Bürgerschaft gegenüber. Sie gehen bei der nächsten Gelegenheit ab, die Verantwortung der Stadt liegt auf unseren Schultern.

14. Die Methoden, Herr Oberbürgermeister, die einst bei Ihnen roten und schwarzen Stadträten zogen, ziehen heute nicht mehr.

15. Bei der ersten Sitzung der neu zusammengestellten Stadtvertretung habe ich erklärt, daß wir nur nationalsozialistische Politik in der Stadtverwaltung unterstützen, die tragbar ist für die Stadt, aber das Eine darf nicht sein, die Stadtverwaltung ist nicht da, um ein möglichst großes Beamtenheer zu verhalten, sondern die Stadtverwaltung ist da, den Bürger zu erhalten.

16. Wir nationalsozialistischen Stadträte haben die Aufgabe, über den Staat zu wachen, daß unseres Staates, den wir schufen, nichts passiert; daß verschiedene Beamte noch an diesem Staate uninteressiert sind, ist mir klar, deshalb sind wir die Wähler dieses Staates.

17. Das ist die deutliche Sprache des Nationalsozialismus, Herr Oberbürgermeister.

18. Wir stellen es Ihnen anheim:

1. die Sitzung zu schließen, oder
2. wenn eine wichtige Tagesordnung vorliegt, diese ohne den Vorsitzenden zu erledigen. Sollte das der Herr Oberbürgermeister nicht verstehen können, dann wird der gesamte Gemeinderat den Sitzungssaal verlassen.

19. Nun, Herr Oberbürgermeister, was wollen Sie tun?

Der Vorsitzende wendet sich hierauf an den verspätet erschienenen St.Rt. Barth mit der Frage, ob er Kenntnis von diesem Schritt habe und damit einverstanden sei. St.Rt. Barth bejaht diese Fragen. Darauf erklärt der Vorsitzende: Ich verlange schriftliche Einreichung der gegen mich erhobenen Vorwürfe und schließe die Sitzung.

Anmerkungen

- ¹ vgl. Hew Strachan, *Der erste Weltkrieg*. München 2003, S. 383.
- ² vgl. Kocherzeitung v. 17. September 1918.
- ³ vgl. Sebastian Haffner, *Die deutsche Revolution 1918/19*, S. 43ff.
- ⁴ vgl. ebda., Seite 42.
- ⁵ vgl. Kocherzeitung v. 7. Oktober 1918.
- ⁶ vgl. ebda. v. 8. Oktober 1918.
- ⁷ vgl. ebda. Berichte v. 8., 9. u. 10. Oktober 1918.
- ⁸ vgl. ebda. v. 10. Oktober 1918.
- ⁹ vgl. StA Aalen, FL 9521: *Feldanblü-mungsübersichten 1914 – 1926*.
- ¹⁰ vgl. Kocherzeitung v. 22. Oktober 1918.
- ¹¹ vgl. StA Aalen *Gemeinderatsprotokoll 1917*, S. 373.
- ¹² vgl. Kocherzeitung v. 1918; Hans-Karl Biedert, *Das Ende des Ersten Weltkrieges und der Umsturz von 1918 in Aalen*. In: *Aalener Jahrbuch* 1988, S. 234.
- ¹³ vgl. Kocherzeitung v. 25. Oktober 1918.
- ¹⁴ vgl. Kocherzeitung v. 1. Oktober 1918.
- ¹⁵ vgl. Christian Graf von Krockow, *Hitler und seine Deutschen*. München 2003, S. 46.
- ¹⁶ vgl. StA Aalen, *Gemeinderatsprotokoll 1918 – 19*, S. 229f..
- ¹⁷ vgl. Kocherzeitung v. 19. 12. 1918.
- ¹⁸ wie Anm. 3, S. 135.
- ¹⁹ vgl. StA Aalen *Gemeinderatsprotokoll 1920*, S. 281.
- ²⁰ vgl. ebda. 1924, S. 205.
- ²¹ vgl. Kocherzeitung v. 26. April 1919.
- ²² vgl. Kocherzeitung v. 24. Juni 1919.
- ²³ vgl. Jürgen Genuneit, *Völkische Radikale in Stuttgart. Zur Vorgeschichte und Frühphase der NSDAP 1890 – 1925*. Stuttgart 1982.
- ²⁴ vgl. Kocherzeitung v. 4. November 1919.
- ²⁵ vgl. ebda. v. 24. Oktober 1919.
- ²⁶ vgl. ebda. v. 4. Juni 1920.
- ²⁷ vgl. ebda. v. 29. September 1920.
- ²⁸ vgl. ebda. v. 1. u. 5. September 1921.
- ²⁹ vgl. ebda. v. 14. August 1922.
- ³⁰ vgl. ebda. v. 11. April 1924.
- ³¹ vgl. ebda. v. 22. Januar 1929.
- ³² vgl. ebda. 6. Februar 1929.
- ³³ vgl. ebda. 27. März 1929.
- ³⁴ vgl. ebda. v. 6. März 1929 u. StA Aalen, *Gemeinderatsprotokoll 1929*, S. 122.
- ³⁵ vgl. ebda. v. 12. Juni 1929.
- ³⁶ vgl. ebda. v. 10. Juni 1929.
- ³⁷ vgl. Thomas Schnabel, *Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928-1945/46*. Stuttgart 1986, S. 67ff..
- ³⁸ vgl. Kocherzeitung v. 11. Februar 1930.
- ³⁹ vgl. ebda. v. 1. November 1930.
- ⁴⁰ vgl. ebda. v. 15. April 1930.
- ⁴¹ vgl. Kocherzeitung v. 14. März 1930.
- ⁴² vgl. ebda. v. 8. Juli 1933.
- ⁴³ vgl. ebda. v. 21. Juli 1930.
- ⁴⁴ vgl. ebda. 29. August 1930.
- ⁴⁵ vgl. hierzu jüngst Armin Leberzammer, *Wer wählte rechts? Reichstagswahlen in Nürnberg 1919-1933*. In: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 63 (2003), S. 225 – 251. Hier auch ein kurzer und prägnanter Überblick über die div. Forschungsansätze früherer Jahrzehnte.
- ⁴⁶ vgl. Kocherzeitung v. 15. September 1930.
- ⁴⁷ vgl. ebda. v. 19. Oktober 1931.
- ⁴⁸ vgl. ebda. v. 5. Mai 1931.
- ⁴⁹ vgl. ebda. v. 30. Juli 1931.
- ⁵⁰ vgl. ebda. v. 4. Juli 1931.
- ⁵¹ vgl. ebda. v. 11. August 1931.
- ⁵² vgl. ebda. v. 10. Oktober 1931.
- ⁵³ vgl. ebda. v. 14. Dezember 1931.
- ⁵⁴ vgl. StA Aalen, A 74.
- ⁵⁵ vgl. ebda. v. 24. Oktober 1931.
- ⁵⁶ vgl. ebda. v. 7. November 1931.
- ⁵⁷ vgl. ebda. v. 15. September 1931.
- ⁵⁸ vgl. ebda. v. 26. Februar 1932.
- ⁵⁹ vgl. StA Aalen *Gemeinderatsprotokoll 1932*, S. 738.
- ⁶⁰ vgl. ebda. v. 2. Dezember 1932.
- ⁶¹ vgl. ebda. v. 31. Januar 1933.
- ⁶² vgl. ebda. v. 3. März 1933.
- ⁶³ vgl. ebda. 27. Februar 1933.
- ⁶⁴ vgl. ebda. v. 7. März 1933.
- ⁶⁵ vgl. ebda. v. 8. März 1933.
- ⁶⁶ vgl. ebda. v. 10. März 1933.
- ⁶⁷ vgl. ebda. v. 22. März 1933.
- ⁶⁸ vgl. ebda. v. 25. März 1933.
- ⁶⁹ vgl. ebda. v. 28. März 1933.

- ⁷⁰ vgl. ebda. v. 9. Mai 1933.
- ⁷¹ Paul Saur, Würtemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ulm 1975, S. 89ff..
- ⁷² vgl. Kocherzeitung v. 8. April 1933.
- ⁷³ Der Gemeinderat in Wasseralfingen wurde von 18 (Zentrum 7, SPD 6, Freie Wähler 5 sitze) auf 12 Sitze verkleinert. Davon entfielen auf die NDSAP 5 und das Zentrum 7 Sitze. Die SPD hatte auf ihren Anteil verzichtet. Die Freien Wähler wurden als „unpolitische Partei“ nicht berücksichtigt. In Unterkochen behielt das Zentrum die Mehrheit mit 6 Sitzen, die NSDAP stellte 3 Gemeinderäte, die SPD einen. In Fachsenfeld erhielt die NDSDAP 1, die SPD 1 und das Zentrum 6 Sitze. Von den 8 Sitzen des Gesamtgemeinderats in Dewangen erhielt die NSDAP 2, das Zentrum 5 sowie der Bauern- und Weingärtnerbund 1 Sitz. Dem Wahlbündnis von NSDAP und Bauernbund wurden von den 10 Sitzen im Unterrombacher Gemeinderat 3 zu-
- ⁷⁴ geteilt, ebenso dem Zentrum. Auf die SPD entfielen 4 Sitze. Der Ebnater Gemeinderat bestand nur noch aus 8 Sitzen, wovon 3 auf die NSDAP und 5 auf das Zentrum entfielen. Das Reichstagswahlergebnis in Hoffen war so eindeutig ausgefallen, dass sämtliche 8 Sitze des Gemeinderats mit Vertretern des Zentrums besetzt wurden.
- ⁷⁵ wie Anm. 15, S. 157.
- ⁷⁶ vgl. Kocherzeitung v. 3. Mai 1933.
- ⁷⁷ vgl. ebda. v. 3. Mai 1933.
- ⁷⁸ vgl. ebda. v. 13. Juni 1933.
- ⁷⁹ vgl. ebda. v. 26. Juni 1933.
- ⁸⁰ vgl. StA Aalen FL 5630, Volksbücherei: Liste der ausgeschiedenen Bücher.
- ⁸¹ vgl. Kocherzeitung v. 21. Juli 1933.
- ⁸² vgl. ebda. v. 24. Juni 1933.
- ⁸³ vgl. Kocherzeitung v. 22. November 1933.
- ⁸⁴ vgl. StA Aalen, Gemeinderatsprotokoll 1934, S. 495.
- ⁸⁵ vgl. ebda. 1933, S. 243.
- ⁸⁶ vgl. ebda. S. 243.